
8 deutsche architektur
Berlin
August
1973
Zwanzig Jahre Karl-Marx-Stadt ■ Wohngebiete in Moskau und Vilnius ■ Wettbewerb Warschau-Goclaw ■ Stadthalle in Suhl
Preis 5,– Mark

Die Zeitschrift

deutsche architektur

erscheint monatlich

Heftpreis 5,– M

Bezugspreis vierteljährlich 15,– Mark

Bestellungen nehmen entgegen:
Заказы на журнал принимаются:
Subscriptions of the journal are to be directed:
Il est possible de s'abonner à la revue:

In der Deutschen Demokratischen Republik:

Sämtliche Postämter, der örtliche Buchhandel
und der VEB Verlag für Bauwesen, Berlin

Im Ausland:

· Sowjetunion
Alle Postämter und Postkontore
sowie die städtischen Abteilungen Sojuspetchatj

· Volksrepublik Albanien
Ndermarrja Shtetnore Botimeve, Tirana

· Volksrepublik Bulgarien
Direktion R. E. P., Sofia, Wassil-Lewsky 6

· Volksrepublik China
Waiwen Shudian, Peking, P. O. Box 50

· Volksrepublik Polen
Ruch, Warszawa, ul. Wronia 23

· Sozialistische Republik Rumänien
Directia Generala a Postei si Difuzarii Presei Palatul
Administrativ C. F. R., Bukarest

· Tschechoslowakische Sozialistische Republik
Postovni novinová služba, Praha 2 – Vinohrady,
Vinohradská 46 –
Bratislava, ul. Leningradska 14

· Ungarische Volksrepublik
Kultura, Ungarisches Außenhandelsunternehmen
für Bücher und Zeitungen, Budapest I, Vö Utja 32

· Österreich
GLOBUS-Buchvertrieb, 1201 Wien,
Höchstädtplatz 3

· Für alle anderen Länder:
Der örtliche Buchhandel
und der VEB Verlag für Bauwesen
108 Berlin, Französische Straße 13–14

· BRD
· Westberlin
Der örtliche Fachbuchhandel
und der VEB Verlag für Bauwesen, Berlin

Verlag

VEB Verlag für Bauwesen, Berlin
Französische Straße 13–14
Verlagsleiter: Georg Waterstradt
Telefon: 22 03 61
Telegrammadresse: Bauwesenverlag Berlin
Fernschreiber-Nr. 011 441 Techkammer Berlin
(Bauwesenverlag)

Redaktion

Zeitschrift „deutsche architektur", 108 Berlin,
Französische Straße 13–14
Telefon: 22 03 61
Lizenznummer: 1145 des Presseamtes
beim Vorsitzenden des Ministerrates
der Deutschen Demokratischen Republik
P 230/73, P 3/43/73 bis P 3/45/73

Gesamtherstellung:

Druckerei Märkische Volksstimme, 15 Potsdam,
Friedrich-Engels-Straße 24 (I/16/01)
Printed in GDR

Aus dem vorigen Heft:

Gedanken zum Wohnen und zum Wohnungsbau
Moskau – Tschertanowo Nord
Mensch, Betrieb, Stadt
Kulturhaus „Bergkristall" in Waldau
Centrum-Warenhaus in Schwedt (Oder)
Städtebauliche Aspekte im rumänischen Wohnungsbau
Mensa der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt

Im nächsten Heft

Was gehört zur schöpferischen Arbeit im Entwurfsprozeß?
Architekturwettbewerb 1972
Wohngebiet Rostock-Schmarl
Versorgungszentrum Hermsdorf
Versorgungszentrum in Eisenhüttenstadt
Kinderklinik in Görlitz

Redaktionsschluß:

Kunstdruckteil: 1. Juni 1973
Illusdruckteil: 8. Juni 1973

Titelbild:

Neues Wahrzeichen von Karl-Marx-Stadt:
Das Marx-Monument von Prof. Lew Kerbel
Foto: Nikolaus Griebel

Fotonachweis:

Jürgen Graetz, Berlin (2); Inge Blohm, Berlin (1); S. Thost, Karl-Marx-Stadt (10); Nikolaus Griebel, Karl-Marx-Stadt (13); Werner Rietdorf, Berlin (6); Martin Skoyan, Leipzig (12); TU Dresden, Universitätsfilm- und -bildstelle (6); Heinz Reiche, Weimar (6)

8 deutsche architektur

XXII. Jahrgang
Berlin
August 1973

Herausgeber: Bauakademie der DDR und Bund der Architekten der DDR

Redaktion: Dr. Gerhard Krenz, Chefredakteur
Dipl.-Ing. Claus Weidner, Stellvertretender Chefredakteur
Bauingenieur Ingrid Korölus, Redakteur
Detlev Hagen, Redakteur
Ruth Pfestorf, Redaktionssekretärin

Gestaltung: Erich Blocksdorf

„da"-Kommentar: Die Wohnungsfrage wird gelöst

Die Perspektive des Wohnungsbaus war wohl in den letzten Wochen und Monaten seit der 9. Tagung des ZK der SED unter den Bauschaffenden Diskussionsthema Nummer 1.

Als Architekten sind wir zwar gewohnt, uns nicht nur mit der Gegenwart, sondern auch mit der Zukunft auseinanderzusetzen. Das gehört gewissermaßen zu unserem Beruf, denn wir wissen, daß jedes Projekt, das unter unseren Händen entsteht, für die Zukunft gebaut wird. Aber oft drängen die Aufgaben des Tages dermaßen, daß nur zuwenig Zeit bleibt, an das Morgen zu denken. Ja, wir wollen auch das nicht übersehen: Mitunter wurde perspektivisches Denken als ein Ablenken von den konkreten Planaufgaben angesehen.

Die Gedanken, die der Erste Sekretär des ZK der SED auf dem 9. Plenum zu den Problemen der langfristigen Planung darlegte, haben in dieser Hinsicht prinzipielle Bedeutung. Sie geben unserer Arbeit eine begeisternde Perspektive und fordern uns zugleich zum Mitdenken auf.

Die Orientierungspunkte, die der Ausarbeitung einer Grundkonzeption für die Entwicklung bis zum Jahre 1990 zugrunde gelegt werden sollen, machen deutlich, daß hier das weitreichendste sozialökonomische Programm im Entstehen ist, das unsere Republik je in Angriff nehmen konnte. Die auf dem 9. Plenum genannten Zahlen verdeutlichen das:

- Es erscheint möglich, daß sich das produzierte Nationaleinkommen bis 1990 im Vergleich zu 1970 annähernd verdreifachen wird.
- Bei der industriellen Warenproduktion wird von Zuwachsraten ausgegangen, die darauf hinauslaufen, daß 1990 ein viermal höheres Produktionsvolumen erreicht wird als 1970.
- Bei der Arbeitsproduktivität erscheint eine Steigerung auf das 3,5fache erreichbar.
- Die durchschnittlichen Nettogeldeinnahmen je Kopf der Bevölkerung werden sich nach den bisherigen Berechnungen mehr als verdoppeln.
- Für den Konsumtionsfonds wird etwa das 2,5fache erreicht werden.

Obwohl dies nüchterne Zahlenangaben sind, gehört nur wenig Phantasie dazu, sich auszumalen, was eine solche wirtschaftliche Entwicklung für das Leben der Menschen bedeuten wird.

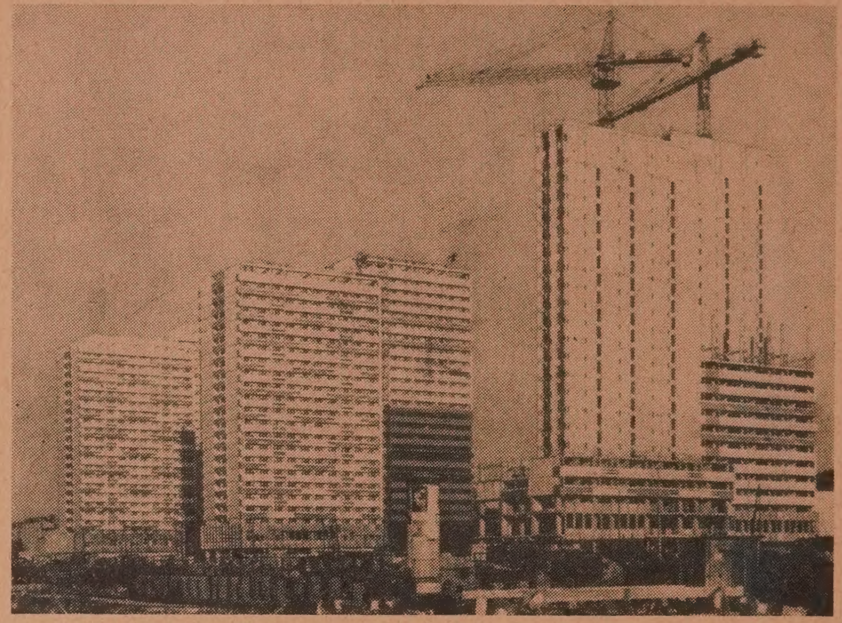
Bei der weiteren Verbesserung der Lebensbedingungen nimmt der Wohnungsbau einen besonderen Rang ein. Im nächsten Fünfjahrplan sollen 700 000 bis 800 000 und im Zeitraum bis 1990 2,8 bis 3 Millionen Wohnungen neugebaut beziehungsweise modernisiert werden. Hinter diesen Zahlen verbirgt sich ein gewaltiges Bauprogramm, mit dem wir, wie Genosse Honecker betonte, in diesem Zeitabschnitt die Wohnungsfrage lösen werden.

Man kann ohne Ubertreibung sagen, daß damit alle Bauschaffenden der DDR vor die größte und zugleich sozialste Aufgabe gestellt werden. Aber es wird auch die schwierigste Aufgabe sein, vor der wir als Architekten je standen.

Auf allen Ebenen, wo Architekten wirken, sind dabei vielfältigste Probleme zu lösen. Der Bund der Architekten der DDR wird mit der ganzen Kraft seiner gesellschaftlichen Tätigkeit daran mitwirken. Er wird mit seinen Fachgruppen die Arbeit an der langfristigen städtebaulichen Planung unterstützen, damit die Auswahl der günstigsten Standorte des Wohnungsbaus eingebunden wird in eine harmonische Gesamtentwicklung der Städte. Die Mitglieder der BdA-Betriebsgruppen werden gemeinsam mit allen Kollegen in den Wohnungsbaukombinaten dazu beitragen, die Qualität der Projekte für den komplexen Wohnungsbau allseitig zu erhöhen. In vielfältigen Weiterbildungsveranstaltungen wird unser Fachverband helfen, die fortschrittlichsten internationalen Erkenntnisse, besonders unserer sozialistischen Bruderländer, auf dem Gebiet des Wohnungsbaus für unsere Arbeit zu erschließen.

Der Bund wird sich aber gleichzeitig den neuen mit der Lösung der Wohnungsfrage verbundenen künstlerisch-ideologischen Problemen mit verstärkter Aufmerksamkeit und ohne Scheu vor kritischen Auseinandersetzungen widmen müssen.

Der Wohnungsbau mit seinem großen Volumen wird in den nächsten Jahrzehnten unsere Städte und Gemeinden grundlegend verändern. Um so mehr wird es auf die Qualität dieser Veränderungen ankommen. Der „Schritt vom Heute ins Morgen und Ubermorgen", von dem Genosse Honecker auf dem 9. Plenum sprach, braucht den Meinungsstreit um neue Ideen. G. K.



Ein großer Neubaukomplex, vorwiegend mit Wohnungsbauten, ist in der Leipziger Straße in Berlin im Entstehen (Entwurf: Dr.-Ing. Werner Strassenmeier)

5. Bundesvorstandssitzung des BdA der DDR

Probleme der langfristigen städtebaulichen Planung waren Hauptgegenstand der Beratungen der 5. Bundesvorstandssitzung des BdA der DDR, die am 27. 4. 1973 in Halle unter der Leitung des Präsidenten, Prof. Edmund Collein, stattfand.
Zum Hauptthema „Die Aufgaben der Städtebauer und Architekten bei der Ausarbeitung der Generalbebauungsplanung in den Territorien" referierte Architekt Weise, Mitarbeiter der Abteilung Städtebau des Ministeriums für Bauwesen. Er betonte die Notwendigkeit, immer die Stadt als Ganzes zu betrachten und Inselplanungen zu vermeiden.
Dipl.-Ing. Weigel forderte in seinem Referat über Probleme der Generalbebauungsplanung, langfristige Planungen schrittweise auch für kleinere Städte durchzuführen und zog eine Reihe von Schlußfolgerungen für die Tätigkeit des BdA/DDR.
Dr.-Ing. Schlesier berichtete über Erfahrungen bei der Generalbebauungsplanung im Bezirk Halle und hob dabei besonders die Koordinierung mit der perspektivischen Planung der Baukapazitäten hervor.
Die wichtigsten Vorschläge aus den Referaten und der anschließenden Diskussion sollen zu Empfehlungen und Schlußfolgerungen zusammengefaßt werden.
Der Bundesvorstand beriet und beschloß über Vorschläge für die internationale Arbeit des BdA, die die zentrale Kommission „Internationale Arbeit" unter Leitung von Prof. Schneidratus unterbreitet hatte, und kooptierte den Kollegen Dipl.-Ing. Günter Gerhardt in den Bundesvorstand.

Architekturpreis für Studenten

Im Rahmen des Wettstreites der Studenten und jungen Wissenschaftler um hohe Leistungen sowie zur Stimulierung der Messe der Meister von morgen wurde durch das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen und den Bund der Architekten der DDR ein Wettbewerb unter den Studenten der drei Architekturausbildungsstätten der DDR ausgeschrieben. Dieser Leistungsvergleich findet alljährlich statt — erstmalig im Oktober dieses Jahres.

Aus den besten Studentenarbeiten des jeweils ablaufenden Studienjahres werden durch eine zentrale Jury die drei hervorragendsten Lösungen ermittelt. Die betreffenden Autoren erhalten eine Prämie in Form einer vierzehntägigen Studienreise in eines der sozialistischen Bruderländer; ihre Arbeiten werden veröffentlicht und sind zur Beschickung internationaler Ausstellungen vorgesehen.

Als Bewertungskriterien gelten:

- Erfüllung der gesellschaftspolitischen Zielstellung
- Lösung funktioneller, konstruktiver, technologischer, ökonomischer und gestalterischer Forderungen
- Qualität der schöpferischen Gesamtleistung
- Synthese von Architektur und bildender Kunst
- Praxisbezogenheit
- Qualität der Darstellung, Verständlichkeit sowie Gründlichkeit der Aussage

Dr. Geyer

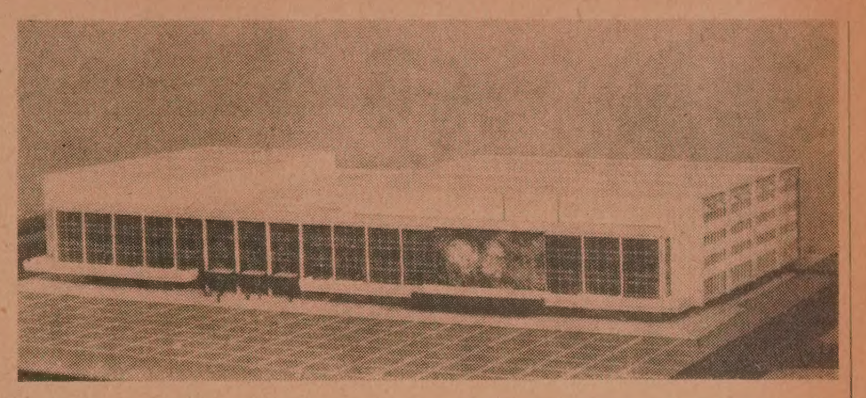


Leningrad

Am Leningrader Heldenprojekt soll dieser Institutskomplex, der hauptsächlich wissenschaftliche Arbeitsplätze und Laboratorien umfaßt, gebaut werden.
Entwurf: Autorenkollektiv unter Leitung von Architekt A. W. Shuk

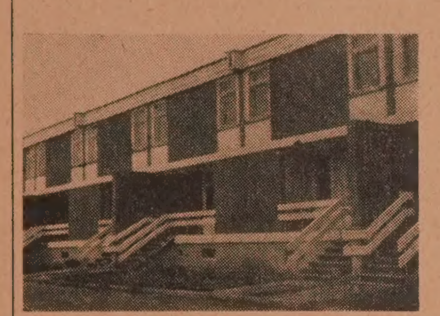
Seminar „Fabriken der Chemie"

In der Zeit vom 16. bis 19. Oktober 1973 wird in der VR Polen, unweit von Warszawa, in dem bezaubernden Renaissancestädtchen Kazimierz an der Weichsel, ein Internationales Seminar abgehalten, das den Problemen der Planung der chemischen Industrie gewidmet sein wird.
Das Seminar wird vom Ministerium der Chemischen Industrie der Volksrepublik Polen organisiert und von dem Unternehmen für Planung und Realisation PROCHEM in Warszawa repräsentiert. Teilnehmen werden auch Vertreter der Polnischen Akademie der Wissenschaften, der Vereinigung Polnischer Architekten, der Technischen Generalorganisation sowie des Internationalen Instituts für Industrieplanung aus Wien.
Hauptthemen werden u. a. die Entwicklung der Chemie und das Modell eines chemischen Industriewerkes, funktionelle Probleme, Umgebung und Technik der chemischen Industriewerke sowie das chemische Industriewerk und die natürliche Umgebung sein.
Z. P.



Palast der Republik in der Hauptstadt der DDR

Auf dem Marx-Engels-Platz im Zentrum von Berlin, der Hauptstadt der DDR, soll in den nächsten Jahren ein Palast der Republik gebaut werden. Mit diesem Gebäude wird die städtebauliche Gestaltung des zentralen Platzes der Hauptstadt vollendet werden.
Der Palast der Republik wird ständige Tagungsstätte der Volkskammer sein. Für bedeutende politische und kulturelle Veranstaltungen wird er einen großen, vielseitig nutzbaren Saal mit 5000 Plätzen erhalten.
Darüber hinaus wird der Gebäudekomplex Arbeits- und Konferenzräume, Lese- und Klubräume sowie gastronomische und andere Einrichtungen umfassen, die gesellschaftlichen Organisationen und der ganzen Bevölkerung zur Verfügung stehen werden. (Projektierungskollektiv unter Leitung von Architekt Heinz Graffunder)



Zweigeschossige Reihenhäuser im Sowchos „Ljuban" in der UdSSR
(Architekten J. P. Nikiforow, A. D. Botschorow u. a.)

Bauhochschulen forschen mit

An der Hochschule für Architektur und Bauwesen in Weimar berieten kürzlich Rektoren und Prorektoren der Hochschule des Bauwesens und der TU Dresden gemeinsam mit dem Präsidium der Bauakademie der DDR die Zielstellungen langfristiger Forschungsprogramme im Bauwesen. Im Mittelpunkt des wissenschaftlichen Meinungsaustauschs stand die stärkere Einbeziehung des Forschungspotentials der Hochschulen in die Hauptaufgaben der Bauforschung auf der Grundlage des Zentralen Plans Wissenschaft und Technik. Die Mitarbeit der Bauhochschulen soll vor allem auf von der Bauakademie und Kombinaten des Bauwesens auszuarbeitende langfristige Forschungsprogramme konzentriert und damit gleichzeitig eine engere Verbindung zu Lehre und Erziehung hergestellt werden. Forschung und Lehre leisten damit gemeinsam einen wichtigen Beitrag zur weiteren Industrialisierung und Durchsetzung des leichten ökonomischen Bauens. Die Wissenschaftler erarbeiteten einen gemeinsamen Standpunkt für eine Vereinbarung des Präsidenten der Bauakademie mit dem Minister für Hoch- und Fachschulwesen, durch die eine systematische Zusammenarbeit zwischen dem Hochschulwesen und der Akademie an langfristigen Forschungsprogrammen des Bauwesens gesichert werden soll.

Beton bleibt wichtigster Baustoff

Auf der VII. Allunionskonferenz über Beton und Stahlbeton, die Ende 1972 in Leningrad stattfand, waren sich die Experten darüber einig, daß die Prognosen über die Entwicklung des Bauwesens in den nächsten zehn Jahren zu der Schlußfolgerung führen, daß der Beton und der Stahlbeton ihre führende Position behalten werden. Bis 1980 rechnet man mit einer Verdoppelung dieser Produktion. Die wichtigste Entwicklung des Betons sehen die sowjetischen Fachleute im Übergang zu leichteren Konstruktionen und in der Senkung der Konstruktionsmasse. Gegenwärtig wird die Aufgabe gestellt, Leichtbetone für tragende Konstruktionen der Güteklasse 200 bis 300 in die Produktion aufzunehmen. Ebenso sollen umschließende Konstruktionen aus Leichtbeton mit einer Rohdichte von 1,4 bis 1,7 kg/dm³ und einer Festigkeit von 300 bis 500 kp/cm² entwickelt werden.

Bei der Entwicklung von Zellbetonen wird eine Masse von 0,55 bis 0,60 kg/dm³ und eine Festigkeit von 25 bis 30 kp/cm² angestrebt. Der Anteil des Leichtbetons soll bis 1980 auf rund 50 Prozent der vorgefertigten Betonelemente erhöht werden. Für Stützen und weitgespannte Konstruktionen sollen künftig hochfeste Betone der Güteklassen 600 bis 800 zur Anwendung kommen.

Für den Prognosezeitraum 1990 bis 2000 wurde auf der Konferenz unter anderem das Ziel gestellt, Betonkonstruktionen mit einer Festigkeit von 800 bis 1000 kp/cm³ zu entwickeln.

Altbau wird „Jugendhaus"

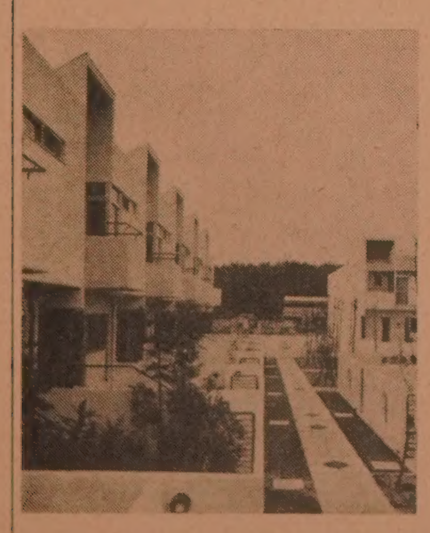
Im WBK Berlin, Bereich Forschung und Projektierung, haben mehrere Jugendliche einen FDJ-Baustab gegründet, der sich die Gewinnung von zusätzlichem Wohnraum in Altbauten zum Ziel gesetzt hat.
Als erstes Objekt wurde ein seit Jahren ungenutztes Quergebäude in Angriff genommen. In kollektiver Eigenleistung sollen acht Wohnungen in bezugsfertigen Zustand gebracht und dann von jungen Kollegen des WBK genutzt werden. Im Erdgeschoß sollen Gemeinschaftseinrichtungen (Duschzellen, Kinderwagenraum, Klubzimmer) entstehen. Grundlage für diese Initiative sind Vereinbarungen mit der Kombinatsleitung und der Kommunalen Wohnungsverwaltung. Die FDJler, junge Projektierungsingenieure und technische Zeichnerinnen, erarbeiten sämtliche Projektunterlagen.
Die Übergabe des fertigen „Jugendhauses" ist für März 1974 vorgesehen.
W. Kl

Qualitätssicherung im Hochbau

... ist das Thema des 2. Informationstages, den der Bezirksverband Erfurt der KdT am 17. 10. 1973 in Erfurt durchführt. Schwerpunkte der Tagung sind u. a. Probleme der passungstechnischen und vermessungstechnischen Projektierung für die WBS 70, Bautoleranzen und Baupassungen.
Anmeldungen: KdT, Bezirksverband Erfurt, 50 Erfurt, Cyriakstr. 27.

Der 1. Vizepräsident des BdA/DDR, Prof. Hans Gericke, und der Chefredakteur der „deutschen architektur" nahmen die Auszeichnung der Preisträger im „Architekturwettbewerb 1972" vor. Einen der 1. Preise erhielt Architekt Heinz Graffunder. Im nächsten Heft berichten wir ausführlich über den Wettbewerb.





Um kleine Gartenhöfe gruppieren sich die Reihenhäuser einer neuen Wohnsiedlung in Tokio
(Entwurf: Takeuchi Architekts)

Qualifizierung und Information auf dem Gebiet des Städtebaus

Erfahrungen im Bezirk Erfurt

Dipl.-Ök. Ing. Kurt Weinrich

Die Meisterung der von der sozialistischen Gesellschaft gestellten Forderungen auf dem Gebiet des Städtebaues, wie sie von der Partei und der Regierung formuliert und beschlossen wurden, setzt bei den Werktätigen und örtlichen Organen ein hohes Maß an Sachkenntnis, wissenschaftliche Arbeitsweise und umfassende Informationen voraus. Der wissenschaftlich-technische Fortschritt wie auch die schnelle Entwicklung der Kultur in unserer Republik verlangen zudem eine schnellwirkende Organisation der Weiterbildungs- und Informationstätigkeit. Hierbei muß die Besonderheit des Städtebaues, eine Querschnittsaufgabe in der gesamten Volkswirtschaft zu erfüllen, beachtet werden. Daraus leiten sich ein breit gefächertes Informationsfeld und spezifische Anforderungen an die Weiterbildung und Information ab, die generell in jeder Arbeitsebene die für den Städtebau notwendige Komplexität des Erkenntnisvorlaufes sichern.

Im Bezirk Erfurt hat man folglich unterschiedliche Formen der Weiterbildung entwickelt. In diese sind die Kreis- und Stadtarchitekten, die Stadtbaudirektoren und Stadträte für Bauwesen der Städte (mit über 5000 Einwohnern ohne Stadtarchitekten), die Hoch- und Fachschulkader des Büros des Bezirksarchitekten und alle weiteren Mitglieder der Fachgruppe Städtebau der Bezirksgruppe des BdA/DDR einbezogen. Dieser breite Kreis der angesprochenen Fachleute – insbesondere aus den örtlichen Räten – sichert eine dementsprechende Streuung der Informationen, die eine zunehmende Verbesserung der Qualität städteplanerischer Entscheidungen in den einzelnen Territorien zur Folge hat. Ein Beweis hierfür ist z. B. die schnelle und sachgerechte Umsetzung der Beschlüsse von Partei und Regierung zur Verwirklichung des Eigenheimbaues in den Kreisen, Städten und Gemeinden.

Träger der in der bezirklichen Verantwortung liegenden Weiterbildung für die im Städtebau Tätigen sind in erster Linie das Institut für Weiterbildung der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar (WBI), die Führungsakademie des bezirksgeleiteten Bauwesens, das Büro des Bezirksarchitekten und die Bezirksgruppe des BdA/DDR. Ihre Bildungs- und Informationstätigkeit ist von der Absicht getragen,

- den Wissenszuwachs im Fachbereich Städtebau und berührender Nachbarwissenschaften unmittelbar weiterzuvermitteln;
- wissenschaftliche Erkenntnisse mit unmittelbarem Bezug auf die z. Z. laufenden Arbeiten sofort umzusetzen;
- sich anbahnende Fachaufgaben durch gezielte Wissensvermittlung aufzugreifen und Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen;
- das vorhandene Wissen auf den einzelnen Gebieten des Städtebaues zu vertiefen und zu festigen;
- anstehende Probleme der täglichen Arbeit sichtbar zu machen, um Maßnahmen der wissenschaftlichen Durchdringung einzuleiten.

In Abstimmung mit dem Bezirksbauamt werden von den Leitkadern sowie den Stadtarchitekten der Bezirksstadt und bedeutenden Städten des Bezirkes die Lehrgänge des WBI besucht. Nach mit dem WBI koordinierten Ausbildungsplänen wird ab Herbst 1973 die Führungsakademie des bezirksgeleiteten Bauwesens die Stadt- und Kreisarchitekten sowie Kader der mittleren Leitungsebene des Büros des Bezirksarchitekten sowie der Büros der Stadt- und Kreisarchitekten weiterqualifizieren. Das Grundgerüst der bezirklichen Weiterbildung für alle im Städtebau Tätigen stellen die Gemeinschaftsveranstaltungen des Büros des Bezirksarchitekten mit der Fachgruppe Städtebau der Bezirksgruppe des BdA/DDR dar. Die Leitungen der genannten Institutionen arbeiten auf dem Gebiet der Qualifizierung bereits seit 13 Jahren zusammen. Beginnend mit dem Jahr 1960 wurden je Jahr ein bis zwei Wochenlehrgänge durchgeführt. Diese Lehrgänge standen unter einem Leitthema und schlossen ein bis drei Tage andauerndes Entwurfsseminar ein.

Die Aktualität der Themenstellung vermittelt eine Auswahl aus den letzten Jahren:

- Entwicklung der städtebaulichen Planung von Kleinstädten;
- Umgestaltung, Werterhaltung und Modernisierung in den Klein- und Mittelstädten;
- Sozialistische Landeskultur und Stadtgestaltung;
- Denkmalpflege und Rekonstruktion von Stadtzentren;
- Ingenieurtechnische Versorgung und Verkehr in Mittelstädten;
- Entwicklung neuer Bauweisen im Wohnungs-, Gesellschafts- und Industriebau.

Seit einigen Jahren findet innerhalb des Lehrganges eine Gemeinschaftsveranstaltung mit den Stadt- und Kreisarchitekten des Bezirkes Suhl statt, der ausgehend von gebotenen Fachvorträgen sich zum Erfahrungsaustausch entwickelt. In der Regel nehmen an den Vortragsveranstaltungen auch die zur Fachgruppe Städtebau gehörenden Kollegen, die nicht Mitglied des BdA/DDR sind, teil. Hierunter sind Mitarbeiter aus dem Büro für Territorialplanung, für Verkehrsplanung, den Betrieben VEB Wasserversorgung und Abwasserbehandlung, VE Energiekombinat und Bezirksdirektion Straßenwesen, auch von Hoch- und Fachschulen wie Martin-Luther-Universität, Hochschule für Architektur und Bauwesen, Fachschule für Staatswissenschaft und Ingenieur-Schulen des Bauwesens zu rechnen.

In den ersten Jahren nahmen über den genannten Personenkreis hinaus auch Studenten der Vertiefungsrichtung Städtebau an der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar teil. Diese Einbeziehung von Studenten stellte eine Bereicherung dar, die von großem Nutzen für alle Beteiligten war. Man sollte nach Wegen suchen, um eine Teilnahme von Studenten wieder zu ermöglichen.

Als bedeutender Bestandteil der Lehrgänge hat sich das angeschlossene Entwurfsseminar erwiesen. An den Arbeitsobjekten wurden einmal die theoretisch vermittelten Kenntnisse unmittelbar umgesetzt – wobei die Diskussion in den einzelnen Entwurfsgruppen wesentlich beitrug – und zum anderen die Entwurfsarbeit geübt, wie sie in dieser Intensität und Breite in den Arbeitsbereichen der Masse der Kreis- und Stadtarchitekten kaum ansteht. Allein aus letztgenanntem Grund findet die Entwurfstätigkeit großes Interesse und führt in der Regel zu einer Wettbewerbsatmosphäre. Mit Hilfe dieser Seminare konnten für alle Kreisstädte im Bezirk Vorschläge für die Umgestaltung der Zentren in mehreren Varianten vorgelegt werden, die wertvolle Grundlagen für detaillierte städtebauliche Untersuchungen geschaffen haben. Das bedeutet, daß neben dem Effekt der Qualifizierung ein für die Arbeit der örtlichen Organe wichtiges Ergebnis vorgelegt wurde. Diese Form der Qualifizierung wird auch in der Zukunft mindestens einmal im Jahr weitergeführt. So ist vorgesehen, in den nächsten Lehrgängen sich seminaristisch insbesondere mit der Entwicklung der Kleinstädte im Bezirk zu beschäftigen.

Neben den Jahresqualifizierungslehrgängen finden monatliche Eintages-Schulungen statt. Hauptanlaß ist die Beratung von bzw. Information über aktuelle Fragen der städtebaulichen Leitungstätigkeit und Planungspraxis. Diese Beratungen werden durch Fachvorträge ergänzt, deren Inhalt mit dem Leitthema des Jahreslehrganges abgestimmt ist. Dabei wird Wert auf aufbauende Themen, d. h. eine kontinuierliche Fortsetzung der Vortrags- und Diskussionsfolge gelegt. So wurde beispielsweise 1972 das Thema „Farbe im städtebaulichen Raum" über mehrere Veranstaltungen verfolgt. Es umfaßte Fragen des Zusammenwirkens von Plastik und Farbe, der Wirkung der Farbe im städtebaulichen Raum, der Wahl von Farb- und Oberflächenmaterialien, der Farbschäden und deren Verhinderung, der Wirkung von Werbemitteln, der Wirkung der Bepflanzung der Freiflächen als Farbkomponente und des Einsatzes von Fachkräften für Farbgestaltung in den Städtebaubüros sowie Stadtbauämtern.

Im Jahr 1973 werden sich die monatlichen Beratungen vorzugsweise mit der Erzeugnisstruktur des zum komplexen Wohnungsbau gehörenden Gesellschaftsbaues beschäftigen.

Um den überbezirklichen Erfahrungsaustausch zu erweitern und den Blick auf Entwicklungen in anderen Bezirken zu lenken, wird alljährlich eine mehrtägige Fachexkursion von der Fachgruppe Städtebau gemeinsam mit allen Verantwortlichen für den Städtebau in den Kreisen und Städten durchgeführt. Der größte Gewinn wurde hier bei auf ein bestimmtes Ergebnis gerichteten Fahrten erreicht. Das schließt nicht aus, daß die Besichtigungen einen Eindruck vom Stand des Städtebaues in den jeweiligen Bezirken vermitteln. So führte 1972 die Jahresexkursion mit dem Auftrag „Studium der Formen der Zusammenarbeit von städtebaulichen Planungsbüros mit den VEB Baureparaturen bei der Vorbereitung komplexer Werterhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen der Wohnsubstanz" in die Städte Leipzig, Halle und Potsdam.

Eingeschlossen waren Besichtigungen der Ausstellung von Eigenheimen in Halle und des Stadtzentrums von Potsdam. Die Stadt Potsdam bot zugleich die Möglichkeit, das politische Wissen der Teilnehmer mit dem Besuch des Schlosses Cecilienhof und des Armeemuseums zu festigen und zu erweitern.

Mit großem Interesse werden die Möglichkeiten der Weiterbildung genutzt, die der Bezirksvorstand des BdA/DDR alljährlich bietet. Seitens des Büros des Bezirksarchitekten erfolgt eine Delegierung der Mitarbeiter; die Kreis- und Stadtarchitekten haben alle die Möglichkeit der Teilnahme. In der Regel finden die Vortragsveranstaltungen – in Form eines zeitgestreckten Lehrganges – im 1. Halbjahr statt. Sie umfassen in der Regel 12 bis 15 Vorträge, die unter einem Generalthema stehen und mit einem städtebaulichen Entwurfsseminar enden.

So wurden 1971 Probleme der Prognose von Städtebau und Architektur und 1972 Fragen der Ökonomie im Bauwesen behandelt. Der Lehrgang 1973 beschäftigte sich mit der Entwicklung der sozialistischen Lebensweise und der Gestaltung der Arbeits- und Wohnumwelt. Darüber bietet der Bezirksvorstand des BdA/DDR weitere Möglichkeiten des städtebaulichen Studiums. Seit vielen Jahren wird alljährlich eine Jahresexkursion in die Länder des befreundeten sozialistischen Auslandes durchgeführt. Für das Jahr 1973 ist vorgesehen, Städte im Osten der Hauptstadt der ČSSR aufzusuchen. Diese Exkursionen, welche in der Regel Erfahrungsaustausche mit den örtlich zuständigen Planungsinstanzen einschließen, vermitteln eine Fülle von Anregungen und Vergleichsmöglichkeiten. Sie vertiefen aber auch das freundschaftliche Verhältnis zu den sozialistischen Bruderländern und Fachorganisationen.

Weitere Möglichkeiten der Weiterbildung werden durch die Kammer der Technik und weitere im Bezirk ansässigen Bildungseinrichtungen geboten. Sie sollen ergänzend an dieser Stelle genannt werden. Der Bezirksvorstand der Kammer der Technik bietet innerhalb des Fachverbandes Bauwesen spezielle Möglichkeiten des Erfahrungsaustausches auf dem Gebiet des Straßen- und Tiefbaues, die bislang nur wenig ausgenutzt werden. Es empfiehlt sich, mit diesem Fachverband zu ähnlich engen Beziehungen zu kommen, wie sie zwischen den Organen des Städtebaues und dem Bezirksvorstand des Bundes der Architekten der DDR bestehen.

Darüber hinaus bestehen sehr enge Beziehungen zur Sektion Gebietsplanung und Städtebau sowie zur Informationsstelle der Hochschule für Architektur und Bauwesen. Beide Institutionen sind an einem engen Erfahrungsaustausch interessiert und übermitteln langfristige Programme von öffentlichen Veranstaltungen, insbesondere Problemdiskussionen, Vortrags- und Informationsveranstaltungen.

Ein straffes Programm sichert weitere Formen und Möglichkeiten der innerbetrieblichen Qualifizierung im Büro des Bezirksarchitekten. Da die hierbei gesammelten Erfahrungen sicherlich gleichgearteten Einrichtungen Anregungen vermitteln können, soll an dieser Stelle auf einige der dort praktizierten Hauptformen der Information und Qualifizierung eingegangen werden.

An erster Stelle sind die monatlich durchgeführten Mitarbeiterschulungen zu nennen. Sie dienen der unmittelbaren und fachbezogenen Auswertung von Beschlüssen der Partei und Regierung, der Interpretation von gesetzlichen Arbeitsgrundlagen, der Berichterstattung von Fachtagungen, der Verteidigung von Ergebnissen der betrieblichen Forschungstätigkeit (Plan Wissenschaft und Technik) sowie der Vermittlung von modernen Arbeitsverfahren. Eine hervorragende Rolle der Eigenqualifizierung spielt die Lösung von Forschungsaufgaben, die entweder mit dem Bezirksbauamt oder als Zuarbeiten für das Forschungsvorhaben „Sozialistischer Städtebau" der Bauakademie der DDR vertraglich gebunden sind. Im Jahr 1972 waren 38 % der Mitarbeiter des Büros an diesen Aufgaben beschäftigt. Ein Teil der Aufgaben wird entsprechend den von der Neuererverordnung gesetzten Bedingungen im Rahmen von Neuerervereinbarungen gelöst. Die Durchführung von Ideenkonferenzen am Beginn der Forschungstätigkeit hat sich generell bewährt. Ab 1973 ist vorgesehen, die im Jahr 1972 eingeführte Ideenkartei für die Forschungsarbeit wirksam zu machen. Zu diesem Zweck wird jeder Mitarbeiter verpflichtet, Vorschläge in Form von Ideen in Auswertung von Fachtagungen und Beratungen zur Speicherung in der Ideenkartei zu übergeben. Die hierfür entwickelten Karteikarten wurden in Heftform als „Ideenscheckheft" jedem Hoch- und Fachschulkader zur Verfügung gestellt.

Im Prinzip wird die Information über allgemeine und fachspezifische Erkenntnisse des wissenschaftlich-technischen Fortschrittes durch die Informationsstelle des Büros des Stadtarchitekten organisiert. Neben der Beschaffung und Bereitstellung von Literatur gibt sie vierteljährlich ein Informationsblatt heraus, das den Mitarbeitern des Büros zur persönlichen Verwendung zur Verfügung gestellt wird. Dieses Informationsblatt dient weiterhin zur Unterstützung der Tätigkeit der Kreis- und Stadtarchitekten sowie Stadträte für Bauwesen in den Kleinstädten. Darüber hinaus wird es einer Reihe von Fachinstitutionen zur Auswertung übersandt. Zum Inhalt des Informationsblattes (Heftform A 4) gehören

- Grundsatzreferate und Berichte zu Fragen des Städtebaues;
- Hinweise auf Beschlüsse des Rates des Bezirkes sowie Ergänzungen der Deutschen Bauordnung;
- Auszüge aus dem Gesetzblatt der DDR sowie Verfügungen und Mitteilungen der einzelnen Ministerien mit speziellen Bezügen auf den Städtebau (Darstellung Format A 5, ausheftbar zur Ergänzung der DBO);
- Hinweise auf verbindliche TGL mit Bedeutung für den Städtebau;
- Eingänge in der Bibliothek des Büros des Bezirksarchitekten;
- Kurzreferate über eingegangene Literatur (Darstellung Format A 6 mit Möglichkeit des Aufhebens auf Karteikarten und der eigenen Dokumentation).

Mit Hilfe von Schnellinformationen, die 14tägig bzw. wöchentlich herausgegeben und an jeden Mitarbeiter verteilt werden, macht die Informationsstelle auf die eingegangenen Bücher, Zeitschriften, Gesetzblätter, Standards, Richtlinien u. a. zentrale Materialien aufmerksam. Diese Schnellinformationen werden mit dem Büro für Territorialplanung ausgetauscht. Eine weitere Form der innerbetrieblichen Information findet ihren Ausdruck in der Tätigkeit innerbetrieblicher Fachgruppen. In diesen sind die Mitarbeiter der einzelnen Abteilungen entsprechend ihrer vorwiegenden Tätigkeit erfaßt. Zur Zeit bestehen 6 Fachgruppen mit den Bezeichnungen

- Architektur
- Stadttechnik
- Landschaftsgestaltung (gemeinsam mit BfT)
- wissenschaftliche Arbeitsorganisation
- Graphik und Reproduktion (Zeichner, Druck, Fotografie, Modellbau)
- Schreibtechnik (Sekretärinnen, Schreibkräfte, Archive).

Der vom Bezirksarchitekten eingesetzte Fachgruppenleiter ist für die Organisation des fachspezifischen Erfahrungsaustausches und der entsprechenden Information verantwortlich. Er erhält vom Leiter der Informationsstelle entsprechende Hinweise. Innerhalb der Fachgruppen sind die einzelnen Mitarbeiter für die Auswertung von bestimmten speziellen Informationen eingesetzt. Ihnen wird die entsprechende Literatur von der Informationsstelle übermittelt; sie sind Teilnehmer spezieller Fachtagungen. Diese Mitarbeiter spezialisieren sich zunehmend in einem bestimmten Aufgabenbereich des Städtebaues und der Technik des Büros. Mit dieser Fachingenieurtätigkeit wird zugleich eine höhere Effektivität der Tätigkeit der Mitarbeiter und eine bewußte Entwicklung ihrer Persönlichkeit erreicht.

Zur Abrundung der Darstellung über die Informationstätigkeit soll auf eine spezielle Form der standortbezogenen Information eingegangen werden, deren Anwendung sich im Bezirk Erfurt gut bewährt hat.

So finden monatlich einmal gemeinsame Beratungen der Leiter der Büros für Territorialplanung, Verkehrsplanung und des Bezirksarchitekten statt. In ihrem Verlauf werden einmal alle drei Büros angehende Arbeitsaufgaben in ihrem Ablauf inhaltlich und zeitlich abgestimmt, d. h. ständig koordiniert und zum anderen gemeinsam interessierende Grundsatzfragen der Entwicklung des Bezirkes beraten sowie entsprechende Aufgabenstellungen formuliert. Noch intensiver gestaltet sich der Kontakt zwischen dem Büro für Territorialplanung und dem Büro des Bezirksarchitekten in der Beratung von Fragen der Standorteinordnung von Investitionen. Dies erfolgt in zwei Phasen:

- Vorbereitung auf Standortberatungen
- Abgabe von Standortgutachten.

Einladungen zu Standortberatungen werden, ganz gleich an welche Adresse sie gerichtet sind, grundsätzlich am Freitag einer jeden Woche gemeinsam inhaltlich beraten. Dabei wird der gemeinsame Standpunkt beider Büros fixiert und festgelegt, welcher Mitarbeiter beide Büros vertritt bzw. welche gemeinsam auftreten. Aufforderungen zu Standortstellungnahmen werden unabhängig davon, in welchem Büro sie eingehen, gemeinsam bearbeitet. Dies drückt sich in einem Formblatt für eine gemeinsame Stellungnahme aus, die von den Leitern beider Büros unterschrieben wird.

Die vorstehend beschriebenen Formen der Qualifizierung und Information sind fast völlig aufeinander abgestimmt. Hierzu wird die ab 1973 wirksam werdende Abstimmung zwischen dem Institut für Weiterbildung an der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar, der Führungsakademie des bezirksgeleiteten Bauwesens, dem Bezirksvorstand des BdA/DDR einschließlich seiner Fachgruppe Städtebau und dem Büro des Bezirksarchitekten wesentlich beitragen.

Es kommt in der folgenden Zeit darauf an, die Beziehungen zwischen den einzelnen an der Qualifizierung und Information beteiligten Institutionen noch enger und wirksamer zu gestalten. Dazu soll auch ein reger Informationsaustausch des Instituts für Städtebau und Architektur der Bauakademie der DDR beitragen.



Soziologische Aspekte der Entwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen von Werktätigen in automatisierten Produktionsbereichen und einige Schlußfolgerungen für die Gestaltung sozialistischer Wohnverhältnisse

Prof. Dr. Robert Schulz
Karl-Marx-Universität Leipzig
Sektion marxistisch-leninistische Philosophie Wissenschaftlicher Kommunismus, Lehrstuhlbereich marxistisch-leninistische Soziologie

Dr. Helga Vogel
Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar
Weiterbildungsinstitut für Städtebau und Architektur

Auf dem VIII. Parteitag der SED wurde mit der Formulierung der Hauptaufgabe (1) das Ziel unserer gesamten Wirtschafts-, Sozial- und Kulturpolitik in seinem unauflöslichen Zusammenhang mit den zu seiner Realisierung zu schaffenden Voraussetzungen gestellt.

Die Verwirklichung dieser Aufgabe verlangt eine Konkretisierung des sozialistischen Menschenbildes unter besonderer Berücksichtigung des Einflusses des wissenschaftlich-technischen Fortschritts auf die Entwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen und die Bedürfnisentwicklung.

Bei den gegenwärtigen Maßnahmen zur Leitung und Planung sozialer Prozesse spielen besonders konkrete Teilleitbilder, Anforderungscharakteristika und Normative für die Gestaltung der Arbeit und der arbeitsfreien Zeit der Werktätigen in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft eine große Rolle. Es geht dabei vor allem um Probleme der Veränderung im Charakter der Arbeit, im Inhalt der Arbeit, der Familiengröße, Familienentwicklung, Kulturentwicklung usw. Der Charakter der Arbeit bringt die gesellschaftlichen Bedingungen der Arbeit, die Beziehungen der Menschen zu den Produktionsmitteln und die daraus resultierenden Beziehungen der Menschen zueinander zum Ausdruck.

Er wird primär durch die gegebene Gesellschaftsformation bestimmt und ist umfassender als der Inhalt der Arbeit. Im Prozess der Automatisierung wird im Sozialismus der Charakter der Arbeit durch die weitere Vergesellschaftung der Arbeit, durch die höhere Verantwortung am Arbeitsplatz sowie durch die Teilnahme an der Leitung und Planung weiter entwickelt.

Mit dem Inhalt der Arbeit werden die biologisch-physiologischen, psychischen, kooperativen, organisatorischen und technischen Seiten der Arbeit erfaßt. Es wird darüber ausgesagt, ob die Arbeit körperlich schwer oder leicht, vorwiegend körperlich oder vorwiegend geistig, abwechslungsreich und schöpferisch oder monoton ist. Entsprechend der Bedeutung der Arbeit als dem entscheidenden persönlichkeitsbildenden Faktor im Sozialismus bewirken Veränderungen im Charakter und Inhalt der Arbeit entsprechende Veränderungen im Gesamtverhalten der Menschen, haben Einfluß auf Persönlichkeitsbildung- und anforderungen, auf Familienentwicklung, auf Freizeiterwartungen und -einstellungen. Dieser Prozess verläuft selbstverständlich nicht automatisch, sondern bedarf im Sozialismus theoretischer Klarheit und sozialer Leitung und Planung.

Die theoretische Erarbeitung von konkreten Teilleitbildern ist eine notwendige und wichtige Voraussetzung für sozialistische Städtebau- und Wohnungsbaupolitik, da sich die Entwicklung sozialistischer Persönlichkeitsmerkmale und sozialistischer Kollektivbeziehungen in starkem Maße in baulichen und städtebaulichen Räumen vollzieht und damit auch über bauliche Räume „soziale Räume" (2) determiniert werden.

Die marxistisch-leninistische Soziologie kann spezifische Beiträge zur Lösung dieser Aufgabe leisten. Sie untersucht soziale Prozesse in komplexer Hinsicht mit dem Bemühen um qualitativ exakte und quantitativ repräsentative Belege für theoretische und politische Aussagen, Einschätzungen oder für Bewußtseinsanalysen.

Die bisherigen Erfahrungen auf dem Gebiet der Sozialplanung vor allem in der Sowjetunion (3) heben zwei Schwerpunkte hervor:

1. Die Notwendigkeit konkreter Zustandsanalysen, sowohl über die tatsächlichen Arbeits- und Lebensbedingungen, als auch über Meinungen, Einstellungen und Erwartungen der Werktätigen
2. Die theoretische Verallgemeinerung und Ausarbeitung der oben bereits erwähnten Leitbilder und Planungsziele.

Im Folgenden möchten die Verfasser aus eigenen soziologischen Forschungen zwei Probleme im oben genannten Sinne näher erläutern und damit einige Ergebnisse und Schlußfolgerungen zur Diskussion stellen.

Entwicklungstendenzen der Arbeits- und Lebensbedingungen von Werktätigen, die in automatisierten Produktionsbereichen tätig sind (4).

Die Automatisierung enthält die Entwicklung der Maschinentechnik zu schrittweise vollkommeneren automatisierten Anlagen durch den Einsatz der Meß-, Regel-, Steuerungs- und Nachrichtentechnik. Wir stehen in der DDR zwar erst am Anfang dieses Prozesses. Der Automatisierungskoeffizient der Arbeit in der Industrie stieg von 4,8 im Jahre 1965 bis 1971 auf etwa 7. Ähnlich ist es in den anderen sozialistischen Ländern. Aber die Beschleunigung der Automatisierung unter Beachtung der Effektivität und der planmäßig proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft sowie der Möglichkeiten im Zusammenhang mit der sozialistischen ökonomischen Integration ist eine notwendige Entwicklungstendenz der Produktivkräfte im Sozialismus.

Die Automatisierung führt zu wesentlichen Veränderungen im Charakter und im Inhalt der Arbeit. Dabei interessieren u. a. Veränderungen, die für die Probleme der Reproduktion der Arbeitskraft der Werktätigen und des Inhalts der arbeitsfreien Zeit bedeutsam werden.

In den Produktionbereichen mit verschiedenen Automatisierungsstufen bilden Kontroll- und Überwachungsfunktionen den Hauptinhalt der Arbeit. Das betrifft Bereiche in der chemischen Industrie, in Kraftwerken, in der Metallurgie usw., wo bereits die Mehrheit der Werktätigen vorwiegend geistige Arbeit leistet. Das erhöht die Anforderungen an die Verantwortung, die Arbeitsdisziplin, die Reaktions- und Entscheidungsfähigkeit der Werktätigen.

Jedoch übernehmen in hochautomatisierten Anlagen die Regel- und Steueranlagen, besonders die Prozessrechner einen großen Teil der Kontroll- und Überwachungsfunktionen. Damit tritt die Tendenz der geistigen und körperlichen Unterforderung während des normalen Produktionsablaufes auf und dies wird von den meisten der von uns befragten Werktätigen als Monotonie empfunden.

Unsere Gesellschaft hat in hohem Maße Interesse an der Veränderung dieses Sachverhalts. Als Gegentendenz muß entsprechend dem sozialistischen Menschenbild das Schöpfertum (5) in der sozialistischen Arbeit wachsenden Anteil erhalten.

Für die sozialistische Arbeiterpersönlichkeit besteht keine unüberwindbare Kluft zwischen Inhalt der Arbeit und Inhalt der Freizeit. Das Schöpfertum im Sinne des produktiven Denkens, der Schaffung neuer materieller und geistiger Werte setzt sich in der arbeitsfreien Zeit fort.

Befragungen zu diesem Problemkomplex ergaben, daß bei den Werktätigen, besonders bei den Facharbeitern, der Wunsch und die Bereitschaft zur schöpferischen Betätigung besteht.

Für diese Bereitschaft gilt es, bei der Gestaltung sozialistischer Wohnbedingungen die notwendigen materiellen und kulturellen Voraussetzungen und Bedingungen zu schaffen, denn diese Bereitschaft zum Schöpfertum drückt entsprechend unserer gesellschaftlichen Entwicklungsetappe ein reales individuelles und kollektives Bedürfnis der Werktätigen aus. Die Konstruktion, Einführung und Bedienung automatisierter Produktionsanlagen stellen neue Anforderungen an die berufliche Ausbildung und besonders an die Weiterbildung. Die Notwendigkeit der Weiterbildung wird von den Befragten anerkannt. Ebenso lehnt unser sozialistisches Menschenbild die These von der „Dequalifizierung" der Werktätigen ab.

Die Auswertung bisheriger Erfahrungen aus Untersuchungen in der DDR und in

der Sowjetunion lassen bereits erste Verallgemeinerungen zu. Im wesentlichen zeichnen sich drei Formen bzw. Bereiche der Weiterbildung ab:

Erstens die Weiterbildung auf zusammenhängenden Lehrgängen mit einem komplexen Programm der fachlichen und politischen Bildung.

Zweitens die Möglichkeit der Weiterbildung während der Arbeitszeit, die gerade für automatisierte Produktionsbereiche beachtenswert erscheint.

Drittens die individuelle Weiterbildung in der arbeitsfreien Zeit.

Die soziologischen Analysen zeigen, daß die Weiterbildung vorrangig individuell in der Wohnung durchgeführt wird, weniger in Gemeinschaftseinrichtungen oder im Arbeitskollektiv außerhalb des Betriebes. Viele Befragten wünschen und erwarten diese Möglichkeit auch für die Zukunft.

Bei der zu erwartenden wachsenden Bedeutung der Weiterbildung in der gesamten Volkswirtschaft enthält die von den Werktätigen bevorzugte dritte Form der Weiterbildung die Anforderung an den Wohnungsbau, in jeder Wohnung zumindestens einen ausreichenden Arbeitsplatz für einen Erwachsenen anzubieten.

Die mit der Automatisierung entstehenden Veränderungen im Inhalt der Arbeit werden für die Gestaltung sozialistischer Wohnbedingungen noch in zweierlei Hinsicht relevant. Erstens handelt es sich um Werktätige, die im Schichtsystem „rund um die Uhr" arbeiten. Zweitens bringt die Tätigkeit in automatisierten Produktionsbereichen eine geringere Beanspruchung der körperlichen, dagegen aber eine verstärkte Beanspruchung der psycho-nervalen Fähigkeiten mit sich. Das wirft Fragen der optimalen physischen Reproduktion der Arbeitskraft der Werktätigen auf. Es gibt dazu bereits eine Reihe fachspezifischer Untersuchungen (6), die aber bis jetzt in der allgemeinen Forderung an den sozialistischen Wohnungsbau münden, entsprechende Bedingungen für ausreichenden Schlaf am Tag und für notwendige Entspannung in der Wohnung und im Wohnbereich zu schaffen.

Die Automatisierung führt im Sozialismus nicht zu grundsätzlichen sozialökonomischen Veränderungen, jedoch zu bestimmten neuen Aspekten im Charakter der Arbeit. Diese beziehen sich vor allem auf die neuen Beziehungen der Menschen zueinander im Produktionsprozess, auf neue Kollektivbeziehungen und -formen. Die 6. Tagung des Zentralkomitees der SED unterstrich besonders die entscheidende Bedeutung des Arbeitsprozesses und des Arbeitskollektivs für die Herausbildung sozialistischer Persönlichkeiten (7). Damit wird zugleich auch die Bedeutung des Arbeitskollektivs für die Gestaltung der sozialistischen Lebensweise außerhalb des Betriebes hervorgehoben. Soziologische Analysen und Befragungen in den obengenannten Bereichen ergaben, das der Anteil der im Arbeitskollektiv verbrachten Freizeit bezogen auf die Gesamtfreizeit gering und der Wunsch nach dem Zusammensein mit Arbeitkollegen in der Freizeit noch nicht in dem Maße entwickelt ist, wie das heute bei einigen Kollektiven bereits festzustellen ist. Zur Realisierung dieses Teilleitbildes über das Freizeitverhalten der Werktätigen bedarf es noch echter Erziehungs- und Leitungsarbeit sowie materieller und kultureller Voraussetzungen im Industriebau, komplexen Wohnungs- und Städtebau. Darum sind gegenwärtig direkte Schlußfolgerungen für den Bereich der sozialistischen Wohnverhältnisse noch problematisch.

Über das Verhältnis von Arbeitszeit und arbeitsfreier Zeit als Gegenstand der Sozialplanung (8).

Seit 1964 werden verstärkt in der Sowjetunion, in der DDR und in anderen sozialistischen Ländern Zeitbudgeterhebungen durchgeführt (9).

Bei durchgeführten soziologischen Untersuchungen erwies sich die noch häufig übliche undifferenzierte Teilung der Zeitbudgets in Arbeitszeit und Freizeit als unzureichend und unseren gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen nicht mehr entsprechend. Ausgehend von den wertvollen Vorschlägen der Arbeitsgruppe „Lebensstandard" der Hochschule für Ökonomie Berlin-Karlshorst wurde die in den Anmerkungen aufgeführte Aufgliederung des Zeitbudgets entwickelt, die sich in den Erhebungen generell bewährt hat (10).

Damit sei erstens ein kritischer Hinweis gegenüber dem zum Teil noch undifferenzierten Gebrauch des Begriffes Freizeit in unserer Literatur gestattet (11). Zweitens widerspricht die sozialistische Auffassung vom Inhalt und Wesen der arbeitsfreien Zeit auch den Auffassungen die dazu in der bürgerlichen Literatur vertreten werden (12). Bei der Analyse der oben genannten Zeitbudgeterhebungen wurden – neben der Gewinnung von Faktenmaterial – zwei Erkenntnisaspekte gewonnen, über die hier kurz berichtet werden soll.

Erstens erwies sich der Versuch einer generellen Zusammenfassung der Zeitbudgeterhebungen ohne Differenzierung nach Beschäftigtengruppen, Familienstand, Familiengröße usw. als unzweckmäßig. Es wird künftig notwendig sein, Zeitbudgeterhebungen nach ausgewählten demographischen und sozialen Gruppenspezifika gezieht vorzunehmen, um verwertbare Planungsgrößen zu gewinnen.

Zweitens kann trotzdem ein erster Versuch der Herausarbeitung einiger Tendenzen in den Einstellungen der Werktätigen zum Verhältnis Arbeitszeit – arbeitsfreie Zeit in den achtziger Jahren unternommen werden.

Die Herausstellung der Gruppe 2 des Zeitbudgets erwies sich als besonders wichtig. Hier zeigte sich, daß diese Tätigkeiten berechtigt als gebundene Tätigkeiten bewertet werden müssen, da ihre Ausübung nicht im freien Ermessen des einzelnen liegt, also nicht frei wählbar ist.

Für die berufliche Tätigkeit wird in der Perspektive eine Zeitverringerung um etwa 2 Stunden als generelle Erwartung ausgesprochen. Jedoch wird die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit durchgängig nicht unter 6 Stunden angenommen. (Das ergab sich auch in den erwähnten Expertengesprächen.) Diese Erwartungen entsprechen auch arbeitspsychologischen, arbeitsorganisatorischen, technisch-ökonomischen Parametern. Es ist daher nicht sinnvoll, für die ökonomische und soziale Entwicklung eine Reduzierung der täglichen Arbeitszeit unter 6 Stunden anzunehmen, sondern es erscheint zweckmäßig, für die Zukunft einen größeren Anteil der zusammenhängenden Freizeit zu planen.

Allgemein wird für die Befriedigung physiologischer Bedürfnisse mehr Zeit (zwischen 1 und 3 Stunden) erwartet. Die Zeit für die Kinderbetreuung wird – soweit Angaben dazu gemacht werden – als etwa doppelt so hoch wie gegenwärtig erwartet. Umstritten und problematisch erscheinen dabei zwei zahlenmäßig ins Gewicht fallende Aspekte, nämlich, daß sowohl die Zeit für die Weiterbildung (insofern die Befragten durch ihre gegenwärtige berufliche Tätigkeit noch nicht direkt zur Weiterbildung veranlaßt sind!) als auch für gesellschaftliche Tätigkeit in der Perspektive der 80er Jahre als relativ gering bzw. sich verringernd angenommen wird. Hier ergeben sich ganz konkrete Konsequenzen für die politische und fachliche Erziehungs- und Bildungsarbeit im Rahmen der Planung der sozialen Entwicklung von Betriebskollektiven.

Für die Gruppe 3, die eigentliche Freizeit und Erholung, ergeben sich aus den Zeitbudgetanalysen (im Unterschied zu noch zum Teil anzutreffenden Auffassungen über das Ansteigen der passiven Erholung z. B. Fernsehen), daß für die aktive Erholung ein relativ hoher Anteil im Zeitfonds der Freizeit erwartet wird. Diese Zukunftserwartungen stimmen mit den Darlegungen aus Abschnitt 1 überein, die zu begründen versuchten, daß mit der Veränderung des Inhalts der Arbeit die aktive körperliche und geistige Reproduktion der Arbeitskraft immer bedeutsamer wird.

Die Verfasser möchten diesen Beitrag als eine bescheidene Anregung zum Problemkomplex betrachtet wissen und ihre Meinungen und Schlußfolgerungen zur Diskussion stellen.

Literaturangaben und Anmerkungen:

(1) Vgl. dazu: Erich Honecker, „Bericht des Zentralkomitees an dem VIII. Parteitag der SED", Berlin 1971, S. 38–43.

(2) Vgl.: Marx, Engels Werke Bd. 2, Berlin 1957, S. 138

(3) Vgl. dazu: Kogan, „Soziale Planung: Arbeit, Bildung, Lebensweise". Berlin 1971
Kasakow „Planung sozialer Prozesse in Leningrader Betriebe", in Einheit Heft 4, 1972 S. 532–536
Rutkewitsch, Kogan „Marxistische Soziologie, soziale Prognose und soziale Planung"
in: Sowjetwissenschaft, gesellschaftswissenschaftliche Beiträge Heft 12, 1971 S. 1261–1270

(4) Den Aussagen liegen Dokumentenanalysen, Beobachtungen und Expertengespräche mit ungefähr 1000 Experten zu Grunde.
Als Experten wurden Facharbeiter, ingenieur-technisches Personal, Projektanten, Kaderleiter, Leiter und Funktionäre, die in automatisierten Produktionsbereichen tätig sind, sowie Vertreter der Inbetriebnahmestäbe in die Forschung einbezogen.
Die Forschung erstreckte sich auf den Investkomplex des PCK Schwedt, Kombinatsbetrieb Böhlen, sowie auf Studien in Schwedt, Leuna, Piesteritz sowie auf ausgewählte Anlagen in Kraftwerken, im Stahl- und Walzwerk Riesa sowie der VVB Nachrichten- und Meßtechnik.
Die Forschungen wurden vom Lehrstuhlbereich „marxistisch-leninistische Soziologie" der Sektion marxistisch-leninistische Philosophie/Wissenschaftlicher Kommunismus der Karl-Marx-Universität Leipzig unter Leitung von Prof. Dr. R. Schulz durchgeführt.

(5) Wir verstehen unter Schöpfertum das Eindringen in die Gesetzmäßigkeiten der Natur und der Gesellschaft, das, bezogen auf den Arbeitsprozeß zu neuen Erkenntnissen und Fähigkeiten und durch deren Anwendung zu neuen Produktionsmitteln, Produktionsverfahren, Produkten, Arbeits- und Leitungsmethoden führt.
Als schöpferisch ist auch die Tätigkeit zu bezeichnen, in der bereits bekannte Produktionsmethoden – Verfahren usw. unter neuen Bedingungen angewendet werden.

(6) Vgl. dazu: „Schichtarbeit und Lebensweise"
Konferenz des Wissenschaftsbereiches Soziologie der Sektion Wirtschaftswissenschaften der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg; Halle, Juni 1972

(7) Vgl. Kurt Hager „Zu Fragen der Kulturpolitik der SED", Berlin 1972, S. 10–19

(8) Die Aussagen stützen sich auf etwa 500 Zeitbudgeterhebungen von Werktätigen verschiedener Berufsgruppen unter besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses von Arbeitszeit und Freizeit. Die Erhebungen wurden durchgeführt vom Lehrstuhlbereich marxistisch-leninistische Soziologie der Karl-Marx-Universität und vom Weiterbildungsinstitut für Städtebau und Architektur der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar

(9) Vgl. dazu: Autorenkollektiv „Das Zeitbudget der Bevölkerung" Schriftenreihe Planung und Leitung der Volkswirtschaft, Heft 42, Verlag „Die Wirtschaft", Berlin o. Jg.
Manz „Zu den Wechselbeziehungen zwischen Lebensniveau und individuellen Bedürfnissen" in: Wirtschaftswissenschaften Heft 11/1971 S. 1639 ff.
Beiträge zur „Lebensstandardforschung"
Schriftenreihe Planunq und Leitung der Volkswirtschaft, Heft 19, Verlag „Die Wirtschaft", Berlin o. Jg.
„Das Zeitbudget der Stadtbevölkerung", Verlag „Statistika", Moskau 1971 (russ.)

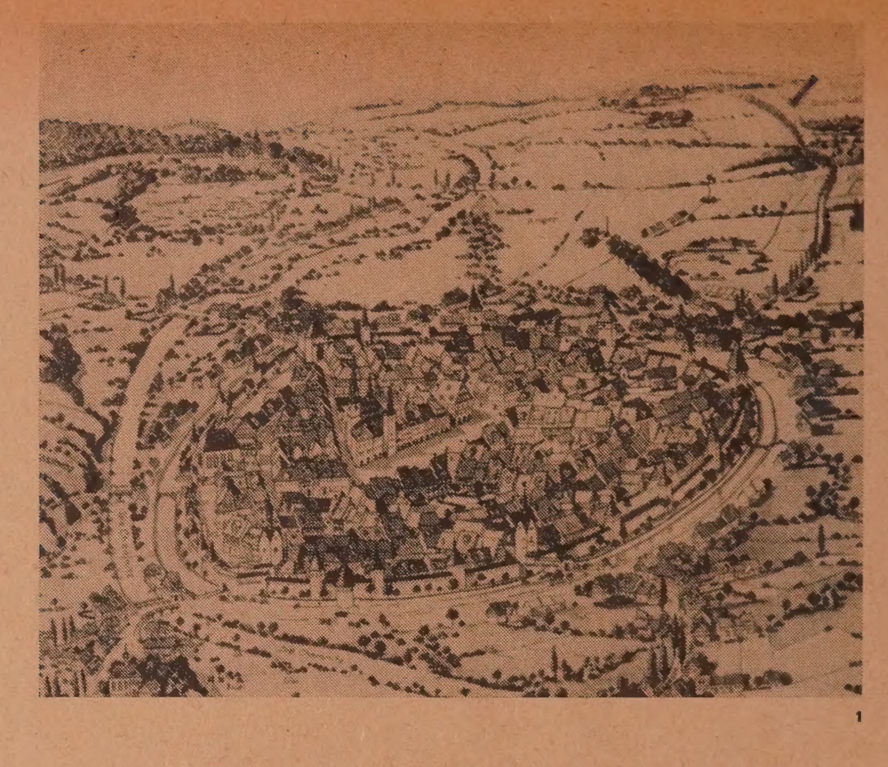
(10) Zeitbudget
1. Berufliche Tätigkeit
1.1 Berufliche Tätigkeit im Betrieb
1.2 Zeit für An- und Rückfahrt
zum Betrieb und nach Hause
1.3 Insgesamt
2. Gebundene Tätigkeit außerhalb des Betriebes
2.1 für physiologische Bedürfnisse
(Essen – Schlaf – Körperpflege)
2.2 für den Haushalt (einschließlich Einkauf)
2.3 für die Kinderbetreuung
2.4 für die Qualifizierung
2.5 für gesellschaftliche Arbeit
2.6 Tätigkeiten für den Betrieb
3. Freizeit und Erholung
3.1 aktive Erholung
(Sport, Musik, Garten, Lektüre usw.)
3.2 passive Erholung
(Fernsehen, Theater, Konzert usw.)
(entsprechende Angaben zur Person)

(11) Vgl. dazu: „deutsche architektur" Heft 5/1972, S. 260–269

(12) Vgl. dazu: Scheuch „Soziologie der Freizeit" in Handbuch der empirischen Sozialforschung, 2. Band, herausgegeben von R. König, Stuttgart 1969
Küng „Arbeit und Freizeit in der nachindustriellen Gesellschaft" Tübingen 1971
Scheuch „Die Verwendung von Zeit in West- und Osteuropa; in: GFA-Mitteilungen zur Markt- und Absatzforschung, Bd. 13 (1967)

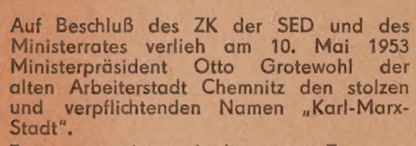
Zwanzig Jahre Karl-Marx-Stadt

Rückblick und Ausblick



1

Dipl.-Ing. Nikolaus Griebel, Architekt BdA/DDR
Stadtarchitekt von Karl-Marx-Stadt



Auf Beschluß des ZK der SED und des Ministerrates verlieh am 10. Mai 1953 Ministerpräsident Otto Grotewohl der alten Arbeiterstadt Chemnitz den stolzen und verpflichtenden Namen „Karl-Marx-Stadt“.

Er sagte an jenem bedeutsamen Tag: „Das ehemalige Chemnitz war das typische Produkt der kapitalistischen Entwicklung, das neue Karl-Marx-Stadt wird eine helle frohe Stadt des Sozialismus werden.“

Zur geschichtlichen Stadtentwicklung

Als klösterliche Marktsiedlung wurde Chemnitz 1143 geplant, als ein königlicher Fernhandelsmarkt, als Reichsstadt, wurde es 1165 gegründet.

Das älteste Bauwerk der Stadt, der Rote Turm, ist im Zusammenhang mit der Stadtgründung vermutlich um 1200 als Teil der Befestigungsanlage entstanden. Zunächst Wohnsitz des königlichen Vogtes, diente der Turm später als Stadtgericht und als Gefängnis. Im 19. Jahrhundert waren im Turm und in dem angrenzenden Zellenhaus klassenbewußte Arbeiter und Arbeiterfunktionäre, so auch August Bebel eingekerkert.

Nach der teilweisen Zerstörung im zweiten Weltkrieg wurde der Rote Turm rekonstruiert und als denkmalgeschütztes Bauwerk in das Ensemble des Stadtzentrums einbezogen.

Wesentliche stadtbildende Faktoren waren die im 14. Jahrhundert eingerichtete Landesbleiche, ein Bleichmonopol, das sich günstig auf die Entwicklung des Chemnitzer Handwerks auswirkte und der Beginn des erzgebirgischen Bergbaues im 15. Jahrhundert, so daß sich das Chemnitz des Frühkapitalismus zum größten Produktionsplatz für Textilien im Kurfürstentum Sachsen entwickelte. In diese Zeit fällt das bedeutsame Wirken des Bürgermeisters der Stadt Chemnitz und Wissenschaftlers Dr. Georgius Agricola (1494 bis 1555).

Leinenverarbeitung und Leinenhandel führen im ausgehenden 15. und zu Beginn des 16. Jahrhunderts zu wirtschaftlichem Aufschwung und zu erstem Höhepunkt in der architektionisch-künstlerischen Entwicklung. Außer stattlichen Bürgerhäusern entstanden unter anderem das Rathaus und ein Gewandhaus (1498 bis 1500, abgebrochen (1926). Der Dreißigjährige und der Siebenjährige Krieg zerstörten jeweils größere Teile der Stadt, so daß heute nur noch wenige Baudetails erhalten sind. Am Ende des 18. Jahrhunderts begann in Chemnitz die industrielle Revolution, und die Stadt wurde Zentrum des sächsischen Maschinenbaus. Eine Vielzahl großer Fabriken produzierten Spinn-, Druck- und Papiermaschinen, Webstühle und Lokomotiven.

Im Zusammenhang mit der industriellen Konzentration, mit der Eröffnung von Eisenbahnlinien, erlebte die Stadt ein ungeheures Wachstum, verdoppelte zwischen 1850 und 1870 ihre Einwohnerzahl und erreichte 1900 bereits über 200 000 Einwohner. Die Stadt hatte in der Mitte des 19. Jahrhunderts die Mauern abbrechen, den Stadtgraben zuschütten und überbauen lassen. Damit war die Möglichkeit vergeben, auf den historischen Wallanlagen, wie sie in vielen Städten erhalten sind, Grünanlagen zu schaffen. Die Stadt erweiterte sich durch die stark wachsenden industriellen Anlagen, das Zentrum der Stadt wuchs um 1900 bis zum Hauptbahnhof. Es entstanden das Opernhaus, das Museum, die Petrikirche und die Akademie.

In dem Maße, wie sich der Kapitalismus voll entfaltete, erlebte die Arbeiterbewegung einen mächtigen Aufstieg.

Es bleibt hier zu wenig Raum, um das Wirken des Chemnitzer Proletariats, das um 1848 ins politische Leben tritt, zu würdigen. Seit dieser Zeit ist auch in Chemnitz die Arbeiterklasse die Vorkämpferin für Demokratie und Volksherrschaft. Es sei hier besonders an das verdienstvolle Wirken des Bauarbeiterfunktionärs Fritz Heckert erinnert.

Zu Beginn des zweiten Weltkrieges hatte Chemnitz seine größte Bevölkerungszahl – über 360 000 Einwohner – erreicht (Abb. 3).

Im Februar und März 1945 wurde die Stadt bombardiert und noch im Mai von amerikanischer Artillerie beschossen.

Am 8. Mai 1945 wurde Chemnitz der siegreichen sowjetischen Armee übergeben.

Das Stadtinnere war auf einer Fläche von 8 km^2 fast völlig zerstört. Große Wohngebiete, Industrieanlagen, bedeutende gesellschaftliche Einrichtungen und stadttechnische Anlagen waren verwüstet.

Von 109 000 Wohnungen waren 27 000 zerstört, 15 000 schwer beschädigt (Abb. 6).

Die Einwohnerzahl war auf 245 000 gesunken.

Von den bauhistorisch wertvollen Profanbauten waren teilweise oder ganz erhalten geblieben:

Das alte Rathaus (1495 bis 1498), teilzerstört, mit Turm sowie Judith- und Lukrezia-Portal (1599) (Abb. 7)

das neue Rathaus (1907 bis 1911, Richard Möbius) vom Bauschaffen der Barockzeit, das sich auf eine einfache Bürgerhausarchitektur beschränkte, als einziger Zeuge das teilzerstörte Siegertsche Haus, Markt 20 (1737 bis 1747, Naumann) (Abb. 4)

das teilzerstörte Opernhaus und das Museum am Theaterplatz (1906 bis 1909, Richard Möbius)

die „Centrum“-Warenhäuser, Karl-Marx-Allee (1929 bis 1930, Erich Mendelsohn) und Phillipp-Müller-Straße, teilzerstört (1912 bis 1931, Wilhelm Kreis).

Wenn sich auch Schwierigkeiten zeigten, die nahezu unüberwindlich schienen, war der Aufbauwille jedoch ungebrochen. In freiwilligen Arbeitseinsätzen begannen alle Schichten der Bevölkerung mit der Trümmerbeseitigung.

1950, als sich alle patriotischen Kräfte zur Nationalen Front des demokratischen Deutschlands zusammenschlossen, begann der Wiederaufbau. Zunächst mußte die Stadt wieder bewohnbar werden; indem beschädigte Häuser wieder instand gesetzt wurden. Die ersten Wohnungsneubauten wurden 1949 an der Moritzstraße und an der Annenstraße fertiggestellt (Abb. 8).

1952 wird Chemnitz Bezirksstadt und 1953 in Würdigung der revolutionären Tradition seiner Arbeiterbewegung und in Anerkennung der verdienstvollen Leistungen der Werktätigen beim beginnenden Neuaufbau in „Karl-Marx-Stadt“ umbenannt.

Städtebauliche Gestaltung und Wiederaufbau des Stadtzentrums

Schon 1946 wurden die ersten städtebaulichen Arbeiten zur Neuordnung der Innenstadt durchgeführt.

Analyse und Wertung der verbliebenen Substanz und der Anlagen waren die ersten Schritte. Nach Kenntnis der Entwicklung der wesentlichen städtebaulichen Faktoren (Industrie, Verkehr, Umlandbeziehungen, Bevölkerungsentwicklung) begann eine gesellschaftsbezogene Planung der räumlichen Ordnung.

Es zeigten sich alternative Möglichkeiten in der städtebaulichen Entwicklung. Eine Variante ging vom Erhalt der Struktur des historischen Stadtkernes aus. (Abb. 9). Hierfür zeigten sich jedoch bald räumliche und funktionelle Grenzen, da die zu erwartenden gesellschaftlichen Funktionen eine



im industriellen Wirtschaftsgebiet ein besonderer Verkehrsknotenpunkt sowohl für den Schienen- als auch für den Straßenverkehr. Die Nähe von zwei Autobahnen und das radiale Straßensystem mit hohem Durchgangsverkehr führten zur Planung von Verkehrstangenten, deren äußeres System künftig den Verkehr um das Zentrum leitet, während das innere System das Zentrum erschließt. Der eigentliche Zentrumskern wird lediglich von drei Verkehrsstraßen gegliedert, von der Straße der Nationen, der Karl-Marx-Allee und der Ernst-Thälmann-Straße, so daß großräumige Fußgängerbereiche bestehen. Das Nahverkehrmittel Straßenbahn liegt in den inneren Tangenten und in den Verkehrsstraßen.

- Die Anlage von Grünzügen markiert die Funktion des übergeordneten Zentrumsbereiches und unterstreicht die morphologische Situation des im Talkessel liegenden Zentrums in das fünf Nebentäler einmünden. Der Grünzug der Flußaue weitet sich im Bereich des Fritz-Heckert-Platzes aus und umschließt vorwiegend innerhalb der beiden Tangentensysteme den Zentrumskern. Von dort bestehen Verknüpfungen zur Grünsubstanz des Kapellenberges, des Kaßberges, des Erholungsbereiches Schloßteich/Küchwald und der Südostvorstadt.

2

größere Fläche verlangten und eine Einbeziehung des mit kulturellen Funktionen verdichteten Ensembles am Opernplatz unabdingbar war. Die dafür erarbeitete Grundkonzeption wurde 1959 dem damaligen Beirat für Bauwesen beim Ministerrat zur Stellungnahme vorgelegt und zur Überarbeitung im Sinne der heutigen Entwicklung empfohlen.

Im Jahre 1961 beschloß die Stadtverordnetenversammlung den „Plan zum Neuaufbau des Stadtzentrums in Karl-Marx-Stadt". Seitdem ist der Wiederaufbau ein Anliegen des Staates, der Partei der Arbeiterklasse und aller Werktätigen von Karl-Marx-Stadt.

Auf der Grundlage von Empfehlungen des Politbüros des ZK der SED wurde in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit staatlicher und gesellschaftlicher Kräfte, verschiedener Wissenschaftszweige und Fachexperten in den folgenden Jahren die Planung präzisiert und durch neue Erkenntnisse bereichert. Wettbewerbe zur „Gestaltung des Stadtzentrums" (1960) und zur „Gestaltung der Nordwand der Brückenstraße" (Karl-Marx-Allee) (1966) trugen dazu wesentlich bei.

Grundlagen der Planung und Zielsetzung

- Die weitestgehende Neuplanung des Stadtzentrums ist eine materiell-funktionelle Umsetzung des Entwicklungsprozesses unserer Gesellschaft. Je mehr gesellschaftswissenschaftliche Erkenntnisse zielorientierende Aufgaben setzen, um so mehr wird die Planung Mittel zum Zweck und erfüllt ihre Aufgabe um so besser, je höher der Grad der Realisierbarkeit ist. Ein umfangreiches Funktionsprogramm wurde für das Zentrum erstellt, das die Bedeutung der Bezirksstadt als gesellschaftlichen Mittelpunkt und als Rahmen und Inhalt sozialistischer Lebensgestaltung formulierte.
- Im Jahre 1959 hatte die Bezirksstadt des am dichtesten besiedelten Bezirkes der DDR 290 000 Einwohner und dazu im unmittelbaren Einzugsgebiet (Radius von 25 km) eine Bevölkerungszahl von etwa 1 Million. Die Einwohnerzahl stieg allmählich an und beträgt heute rund 300 000.
- Die Stadt ist durch Lage und Stellung

1
Chemnitz als Festung im Jahre 1750. Ansicht von Süden mit Chemnitzfluß, Schloßberg mit ehemaligem Benediktiner-Kloster im Nordwesten, Stadtbefestigung mit Wall und Graben, Marktplatz mit altem Rathaus und Gewandhaus

2
Das im Bau befindliche Hotel „Kongreß" einschließlich der Stadthallen aus der Karl-Marx-Allee gesehen. Die Fertigstellung des Ensembles erfolgt zum 25. Jahrestag der Gründung der DDR.

3
Luftaufnahme des südlichen Stadtkernes aus dem Jahre 1930. In der oberen Bildmitte die Rathausgruppe mit den vier historischen Plätzen: Markt, Neumarkt, Holzmarkt und Roßmarkt. Das Bild veranschaulicht die intensive Überbauung.

4
Barockfassade des Siegertschen Hauses am Markt, 1734 bis 1741 von J. Chr. Naumann als Wohnhaus errichtet, 1945 ausgebrannt, 1953/54 als Zeuge der Barockbaukunst restauriert. Das Haus beherbergt heute eine gastronomische Einrichtung.

3



4



5

6

Mit dem weiteren Aufbau der Stadt werden diese Grünzüge weiter verdichtet und als Erholungsbereiche mit aktivierendem Angebot ausgebildet.

▪ Die Zentrumslage ist von den umgebenden Höhenzügen gut zu übersehen.
Es war deshalb ein besonderes Anliegen, durch entsprechende Baukörperkompositionen und Akzentuierungen die Stadtsilhouette zu verbessern. Diesem Anliegen wird das zentrale Ensemble in vorteilhafter Weise gerecht.

▪ Die historische Entwicklung der Stadt überlieferte nur eine geringe Zahl bauhistorisch bedeutsamer Gebäude, Straßen, Plätze und Denkmäler, von denen nur wenige im zweiten Weltkrieg nicht zerstört wurden. Um so mehr besteht das Bedürfnis, die Stadt um diese Elemente zu be-

5
Bestandsflächen der Innenstadt vor der Zerstörung. Die Karte zeigt die völlige Überbauung des Stadtkernes ohne Freiräume und Grünflächen und die angrenzenden Stadterweiterungen nach Norden und Süden.

6
Bebauung nach der Zerstörung durch den Zweiten Weltkrieg. 70 Prozent der heutigen Zentrumsfläche sind völlig zerstört; die verbliebene Bausubstanz ist schwer beschädigt.

7
Judith-Lukrezia-Portal von 1559. Renaissance-Portal im streng symmetrischen Aufbau mit antikisierenden Formen, mit Sitznischen und reichem figürlichem ornamentalem Schmuck. Am Ansatz der beiden Torbogenschenkel sind die Skulpturen von Judith-Lukrezia eingeordnet. Das Portal wurde nach dem Krieg aus der Ruine eines Bürgerhauses in den Turm des alten Rathauses eingebaut.

8
Wohnungsbauten an der Ernst-Thälmann-Straße und Annenstraße als erste Zeugen des Wiederaufbaues der Stadt

9
Die Planungsabsicht für das Stadtzentrum von Karl-Marx-Stadt verfolgte im Jahre 1956 die Beibehaltung der Struktur des historischen Altstadtkernes. Die Durchführung dieser Planung wurde nicht empfohlen, da außer funktionellen Mängeln die Gliederung und Großzügigkeit für ein Stadtzentrum nicht gegeben waren.

7



8





9



10

10
Omnibusbahnhof, erbaut 1966 bis 1968, bestehend aus Wartehalle, Abfahrtsständen mit Überdachung, betriebstechnische Stätten mit Dispatcherturm. Das Dach der Wartehalle ist an Pylonen durch Seilverspannung aufgehängt. Die Überdachung der Ankunfts- und Abfahrtsstände erfolgte mit glasfaserverstärkten Kunststoffschalen, eine funktionell und konstruktiv sehr ausgereifte Lösung. Im Vordergrund ein kupferner Brunnen. Wegen der teilweise beweglichen Schalen im Volksmund als „Klapperbrunnen" bezeichnet

11



11
Bebauungskonzeption für das Stadtzentrum von Karl-Marx-Stadt, Stand 1973

1 Markt
2 Rathaus
3 Barockfassade Markt 20
4 Rosenhof
5 Bier- und Weingaststätte „Güldener Bock"
6 Kieferorthopädisches Zentrum
7 Industrie- und Handelsbank
8 Filmtheater „Metropol"
9 Haus der Partei
10 Centrum-Warenhaus, Philipp-Müller-Straße
11 Forschungszentrum Robotron
12 Hauptpostamt
13 Roter Turm, Karl-Marx-Stadt-Information
14 Kaufbereich Klosterstraße
15 Haus der Industrieverwaltung
16 Centrum-Warenhaus, Karl-Marx-Allee
17 Projektierungs- und Forschungseinrichtungen
18 Haus der Staatsorgane, Standort des Karl-Marx-Monumentes
19 Theaterplatz, Museum, Oper, Chemnitzer Hof
20 Hotel „Moskau"
21 Hauptbahnhof
22 Hallenbad
23 Filmtheater „Luxor"
24 Stadthallen und Hotel „Kongreß"
26 Busbahnhof

Planungsvorhaben

30 Wohnungsbau mit Handelseinrichtungen
31 gastronomische Einrichtungen
32 Waren täglicher Bedarf Gastronomie
33 Geschoßgarage
34 Filmtheater
35 Handelseinrichtungen
36 Empfangsgebäude Hauptbahnhof
37 Schwimmhalle
38 Ausstellungs-, Sport- und Kulturzentrum
39 Umgestaltungsbereich: Baugebiet VI/Brühl



12

13

14

reichern. Deshalb wurde die Synthese von Architektur und bildender Kunst als ein Bereich von Städtebau, Architektur, Plastik, Malerei und Formgestaltung, von kleinarchitektonischen Elementen im Freiraum, von der Gartenarchitektur bis hin zu Elementen für die Informationsvermittlung angesehen, der sich von der baugebundenen Kunst bis zum freistehenden, aber in Beziehung zu Gebautem stehendem Kunstwerk erstreckt.

Zielsetzung für die Neugestaltung des Stadtzentrums ist die Realisierung der gesellschaftspolitischen Zielstellung, die die Vorstellungen über das gesellschaftliche Leben im Stadtzentrum aufzeigt, die die besonderen Bereiche intensiver Kommunikation, die „Kommunikationsqualität" des Zentrums darstellt, in denen insbesondere Stätten und Räume des Begegnens, des Kaufens, des Betätigens, des Bildens, des Erholens, des Verweilens angeordnet sind, die sowohl für den Stadtbewohner als auch für den Pendler und Touristen zum Anziehungspunkt werden.

Der Aufbau des Stadtzentrums bis zum 25. Jahrestag der Gründung unserer Republik und Vorstellungen zur künftigen Entwicklung

Die vorgesehene und auf der Grundlage der gesellschaftlichen Entwicklung, der Bedürfnisveränderungen und der örtlichen Gegebenheiten weiterentwickelte Zielstellung wird zum 25. Jahrestag der DDR im wesentlichen erfüllt. Damit wird der flächenhaft größere Teil des Stadtzentrums neu bebaut und zu einem Ensemble gefügt, wenn auch noch große Teile des Stadtzentrums der künftigen Entwicklung vorbehalten sind.

Die folgenden Betrachtungen stellen deshalb – keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebend – keine Wertung, sondern eine Aufzählung, eine erste Einschätzung des Erreichten dar.

Ausdehnung des Zentrums

Das Stadtzentrum ist durch natürliche, morphologische und zu bauende technische Zäsuren (Verkehrstangenten) gefaßt. Dadurch ergibt sich eine maximale Ost-West-Ausdehnung von etwa 800 m. Die gegenwärtige Längsausdehnung in Nord-Süd-Richtung beträgt vom Fritz-Heckert-Platz bis zum Schillerplatz etwa 1500 m, die jedoch bis in Höhe der sogenannten Nordspange, der Müllerstraße, erweitert werden kann und eine Vorbehaltsfläche künftiger Zentrumsfunktionen darstellt. Die bisher neubebauten Flächen entsprechen den Baugebieten I bis V (Abb. 11). Das Baugebiet VI umfaßt die Fläche innerhalb des Stadtzentrums, die in den folgenden Jahren umzugestalten und zu bebauen ist. Es liegt zwischen Karl-Marx-Allee, Straße der Nationen, Kurt-Fischer-Straße und Chemnitzfluß, im weiteren Sinne bis zum Schloßteich reichend.

Neben der in den vorhandenen Baustrukturen der Baugebiete I bis V noch möglichen und auch vorgesehenen Verdichtung mit zentrumsbildenden Einrichtungen, wird besonders im Baugebiet VI eine intensive Bebauung angestrebt.

Funktionelle Gliederung und Komposition

Innerhalb der Verkehrstangenten werden durch die beiden Magistralen und durch Aufschließungsstraßen Bebauungsflächen geschaffen, die im Mittel 6 bis 10 ha betragen. Für die Betonung der Straße der Nationen und der Karl-Marx-Allee als repräsentative Magistralen wurden die zugehörigen Bauabschnitte aufgrund ihrer substanziellen Vorgabe und durch inhaltliche Neubestimmung funktionell, kompositionell und orientierend sinnvoll zugeordnet.

Die Neubebauung der Straße der Nationen beginnt im Bereich des Schillerplatzes in Höhe des Fernbahnhofes mit dem modernen Omnibusbahnhof (Abb. 10). An die Neubauten der Technischen Hochschule



15



16

schließen sich Wohn- und Geschäftshäuser an bis zur Bahnhofstraße. Der eigentliche erlebnisreiche Auftakt ist das Ensemble historischer Gebäude am Theaterplatz, (Oper, Museum, Petrikirche, Chemnitzer Hof) mit dem Hotelneubau „Moskau". An der Ostseite der Straße der Nationen wechseln quergestellte achtgeschossige Wohnscheiben mit längsgestellten zweigeschossigen Läden (Abb. 11, 12). Dieser Bauabschnitt wird durch ein Bürohaus an der Karl-Marx-Allee beendet. Die Bebauung stellt eine vorteilhafte Anordnung dar. Die Kolonnaden werden zu einem für Karl-Marx-Stadt typischen Element. Die Westseite dieses Straßenraumes wird durch zwei Verwaltungsgebäude begrenzt, von denen eins bereits fertiggestellt ist.

Im Abschnitt zwischen Karl-Marx-Allee und Ernst-Thälmann-Straße wurde an der konkaven Straßenseite das Industriezentrum errichtet, ein Verwaltungsgebäude mit beispielhafter gastronomischer Erd- und Kellergeschoßnutzung und nach dem kleinen Grünraum – Bereich des später querverlaufenden Straßentunnels – das Hauptpostamt (Abb. 13). An der konvexen Straßenseite wird des Zentrums eigentliche Mitte, am Karl-Marx-Platz das Ensemble der Stadthallen und des Interhotels „Kongreß" bis zum 25. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik fertiggestellt (Abb. 2 u. 15). Dieser Gebäudekomplex wird den gesellschaftlichen und kompositionellen Schwerpunkt des Zentrumsaufbaues darstellen. An die mit gärtnerischen, kleinarchitektonischen und künstlerischen Mitteln wirksam zu belebende Vorfläche der Stadthallen schließt sich der Rote Turm mit gastronomischen Einrichtungen und das Gebäude „Karl-Marx-Stadt-Informationen" an, eine Einrichtung, die außer umfangreichen Serviceleistungen, eine ständige Bauausstellung bietet (Abb. 18).

Der an der Ernst-Thälmann-Straße verbleibende Bereich wird zunächst ebenerdige Flächen für den ruhenden Verkehr erhalten, bis bedeutsamere, später dort anzusiedelnde Funktionen den ruhenden Verkehr in Form von Geschoßgaragen auf dafür im Zentrum und am Rande des Zentrums vorgesehene Flächen verweisen (Abb. 16).

Der sich optisch fortsetzende, jedoch nur fußläufig erschlossene Abschnitt der Straße der Nationen zwischen Ernst-Thälmann-Straße und Fritz-Heckert-Platz umfaßt die Marktbebauung, den Rosenhof und die Bebauung an der Klosterstraße (Abb. 17). Die Ostseite des Marktes soll später entsprechend der historischen Ausbildung des Marktes bis in Höhe des Hauptgesimses des Rathauses räumlich wieder gefaßt werden. Vorgesehen ist ein Komplex gastronomischer Einrichtungen, der östlich an die Bezirksapotheke anbindet und südlich eventuell die vorhandene Substanz an der Bretgasse einbezieht. Die Südseite des Marktes wird durch die Barockfassade des heutigen „Cafes am Markt" und die beiderseits erfolgten Anbauten begrenzt.

Der Rosenhof und die Klosterstraße sind Fußgängerstraßen mit Kaufbereichen, die sich großer Beliebtheit erfreuen. Am Rosen-

12
Blick nach Norden in die Straße der Nationen in Höhe Karl-Marx-Allee. Im rechten Bildanschnitt das Haus der Industrieverwaltung; es folgen das Gebäude des Wohnungsbaukombinates, Betrieb Projektierung, zweigeschossige Läden im Wechsel mit achtgeschossigen Wohnscheiben, Hotel und Café „Moskau" und Wohn- und Geschäftshäuser an der Bahnhofstraße. Im linken Bildrand das Haus der Staatsorgane

13
Hauptpostamt und Haus der Industrieverwaltung an der Straße der Nationen

14
Blick in einen Wohnhof an der Straße der Nationen hinter den zweigeschossigen Läden. Die Anlieferung erfolgt unterirdisch.

15
Interhotel „Kongreß" und große Stadthalle (mit Betonformsteinelementen verkleidet). Im Vordergrund der „Rote Turm"

16
Die Fläche im Vordergrund an der Ernst-Thälmann-Straße wird vorübergehend als Parkplatz umgestaltet. Das Wohngebäude am linken Bildrand erhält einen erdgeschossigen Anbau mit Handelseinrichtungen.

17
Zentrale Straßenbahnhaltestelle mit Dispatcherturm und fünf Bahnsteigen. Das rentabelste Verkehrsmittel für die Stadt Karl-Marx-Stadt ist die Straßenbahn. Im Bildhintergrund das Rathaus, am linken Bildrand das Haus der Partei

17



hof wurde das bewährte Prinzip der Verbindung der achtgeschossigen Wohnbauten und der zweigeschossigen Läden und gastronomischen Einrichtungen mit unterirdischer Belieferung wiederholt (Abb. 19). Bemerkenswerte architektonische und funktionelle Bauwerke sind der „Güldene Bock" und das Kieferorthopädische Zentrum. Räumlicher Endpunkt ist ein 15-geschossiges Wohnhaus mit erdgeschossigen Läden.

Die südwestliche Komplettierung des Rosenhofes wird voraussichtlich mit Einrichtungen des Handels und der Gastronomie erfolgen. Der Rosenhof stellt durch seine günstigen räumlichen Proportionen, durch die begrenzenden Kolonnadengänge mit einer abwechslungsreichen Folge von Läden, durch das beherrschende gartenarchitektonische Element des „Hofes", die Rosenbeete, in Verbindung mit weiteren Gehölzen, Wasserflächen, Sitzgelegenheiten und Steinmosaikarbeiten einen gern aufgesuchten Bereich dar.

An der Klosterstraße liegen zahlreiche niveauvoll gestaltete und betriebene Läden.



18



19



20



21

Ein späterer Abschluß der Bebauung sieht die Fortführung des Kontaktkaufhauses vor.

Die Straße der Nationen vermittelt durch ihren leicht geschwungenen Verlauf interessante Blickbeziehungen und klar ablesbare Raumfolgen. Die konkave Ostseite weist eine relativ geschlossene städtebauliche Führung auf, die, obwohl kleinteilige Elemente oft verbindende Strukturen unterbrechen und trotz gelegentlich unmotivierten Materialwechsels, erhalten bleibt. Besonders reizvolle Bereicherungen des Fußgängerbereiches sind die Brunnen zwischen der Bahnhofstraße und der Karl-Marx-Allee (Abb. 20).

Die Westseite der Straße der Nationen hat sehr differenzierte räumliche Ausweitungen, wie sie am Schillerplatz, am Theaterplatz, am künftigen Karl-Marx-Platz und schließlich am Markt gegeben sind.

Die Karl-Marx-Allee reicht gegenwärtig von der Philipp-Müller-Straße bis zum Chemnitzfluß, je von einem 15-geschossigen Hochhaus markiert. Künftig wird die Karl-Marx-Allee in östlicher Verlängerung Anschluß an die Augustusburger Straße erhalten und später in westlicher Richtung durch ein Brückenbauwerk bis zum Schloßteich geführt.

Zwischen Philipp-Müller-Straße und Straße der Nationen sind Verwaltungs-, For-

schungs- und Projektierungsbüros, Handelseinrichtungen und Dienstleistungseinrichtungen vorwiegend in gleicher Gebäudehöhe eingeordnet, die eine straffe Führung der Karl-Marx-Allee bewirken.

Der Abschnitt zwischen Wilhelm-Pieck-Straße und Chemnitzfluß ist mit Wohngebäuden und eingeschossigen Läden bebaut (Abb. 25). Im Abschnitt zwischen Straße der Nationen und Wilhelm-Pieck-Straße bildet das „Haus der Staatsorgane" die nördliche Platzbegrenzung. Die Fortsetzung der Bebauung ist nach 1975 vorgesehen, so daß dann die räumliche und ideelle Konzeption zusammen mit dem Ensemble der Stadthallen und dem „Kongreßhotel" erreicht wird. Diese Bebauung ist städtebaulich-architektonischer Rahmen für das von Prof. Kerbel geschaffene Karl-Marx-Monument. Damit wird der Bereich des Karl-Marx-Platzes zum Erlebnishöhepunkt des Stadtzentrums, zum gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Höhepunkt der Stadt und des Bezirkes.

Obwohl einzelne zentrumsbildende Funktionen des Stadtzentrums von Karl-Marx-Stadt noch nicht realisiert sind, wird schon heute die funktionelle Struktur sehr günstig beurteilt. Das trifft zu auf die erforderlichen Flächenanteile der Bereiche Kultur, Handel, Gastronomie und Dienstleistungen, deren räumliche Anordnung und tageszeitlichen Nutzungsunterschiede und die damit im Zusammenhang stehenden Quell- und Zielpunkte des Fußgängerverkehrs.

Der weitere Aufbau des Stadtzentrums wird bei der Verdichtung neubebauter Flächen und insbesondere bei der Umgestaltung altbebauter Gebiete die weitere Verbesserung der funktionellen Struktur zum Ziel haben.

Besonderes Augenmerk wird der Neuordnung des Zentrumsrandes im Zusammenhang mit der kompositionellen Struktur zu widmen sein. Eine nächste Bauaufgabe stellt deshalb die Schließung des Bereiches zwischen Karl-Marx-Allee und Ernst-Thälmann-Straße an der Philipp-Müller-Straße dar.

Künstlerische Gestaltung des Stadtzentrums

Städtebau und Architektur haben sowohl materielle als auch ideelle Funktionen zu erfüllen — entsprechend der marxistischen Idee: Der Mensch gestaltet seine Umwelt, und die Umwelt gestaltet ihn.

Dabei nimmt die künstlerische Spezifik eine besondere Bedeutung ein. Sie liegt in der Gestaltung räumlicher und städtebaulicher Ensembles, in der Gestaltung des architektonischen Raumes einschließlich der Verarbeitung von Elementen der angewandten Kunst. Jedoch erst seit Mitte der sechziger Jahre steht die Synthese von Architektur und bildender Kunst verstärkt im Mittelpunkt der gesellschaftlichen Auseinandersetzung.

Während in vergangenen Jahren häufig nur durch nachträgliches Hinzufügen von Werken der bildenden Kunst architektonisches Schaffen aufgewertet wurde, gab in unserer Stadt der Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom Februar 1968 zum Plan der künstlerischen Gestaltung des Stadtzentrums den entscheidenden Impuls zur Schaffung echter Beispiele der Zusammenarbeit von Architekten und bildenden Künstlern.

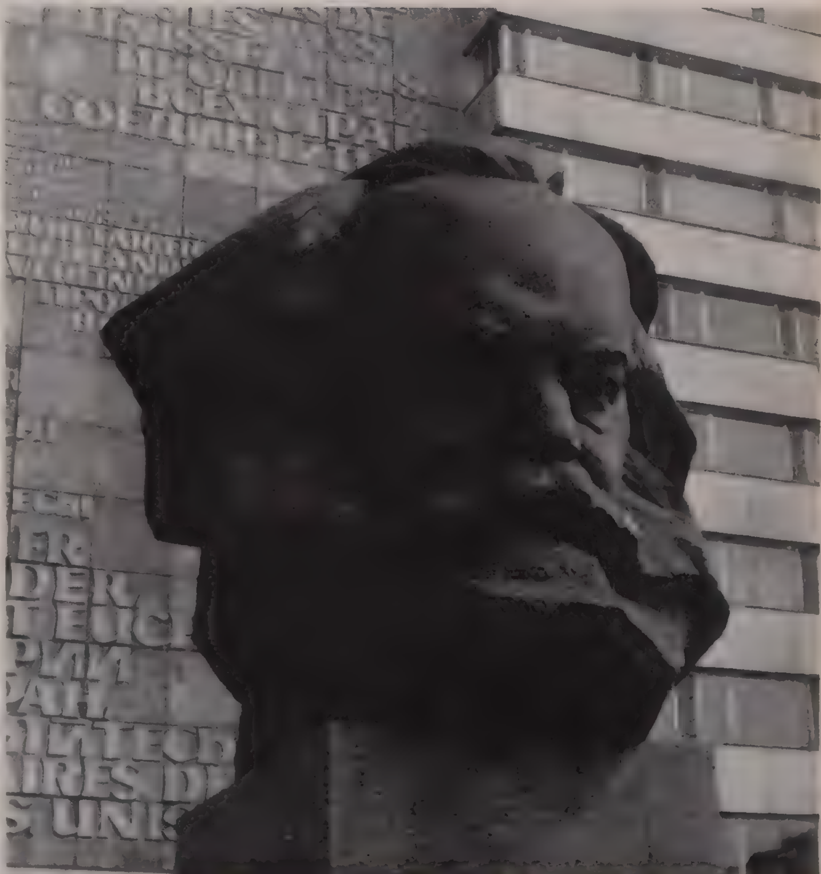
Die Gesamtkonzeption umfaßt die künstlerische, lichttechnische und gartenkünstlerische Gestaltung, den Fahnenschmuck sowie die Beleuchtung des Stadtzentrums.

Auf dieser Grundlage, der Wertung der historischen Tradition unserer Stadt und ihrer verpflichtenden politischen und wachsenden ökonomischen Bedeutung, wurde der sozialistische Charakter des Stadtbildes bestimmt. Das Ergebnis, von der ideologischen Aufgabenstellung bis hin zur visuellen Umsetzung ist kollektive Erarbeitung, ist Auseinandersetzung zwischen gesellschaftlichem Auftraggeber, Architekten, Künstlern, Arbeitsgruppen und breitesten Kreisen der Bevölkerung.

Im Ergebnis dieses Prozesses wurden und werden bedeutende künstlerische Gemeinschaftsarbeiten in das Stadtzentrum in Form von Reliefarbeiten, Plastiken, Stelen u. a. eingeordnet, die thematische Vorgaben in bildhafte Darstellungen umsetzen. Ein bedeutendes Beispiel hierfür sind die



22
23



18
Blick vom Grünraum zwischen Hauptpostamt und Haus der Industrieverwaltung zum „Roten Turm" und zum Gebäude Karl-Marx-Stadt-Information

19
Blick in den Rosenhof, der mit Wasserspielen, Rosenflächen, Sitzgelegenheiten, gastronomischer Betreuung, auch im Freien, und Läden zu einer beliebten Stätte des Verweilens geworden ist.

20
In der Straße der Nationen sind mehrere Brunnen aufgestellt. Der „Jugendbrunnen" zeigt eine Komposition dreier junger Menschen unter einem Regenschirm, von dem das Wasser in eine Brunnenschale tropft.

21
Das Forschungszentrum „Robotron" als Großraumbüro in der Ernst-Thälmann-Straße Philipp-Müller-Straße

22
Aus dem plastischen Ensemble „Lobgedichte" von Bertolt Brecht an der Karl-Marx-Allee ein Blick auf die bildhafte Darstellung „Lob der Partei"

23
Ideeller Mittelpunkt und monumentales Symbol der Bezirkshauptstadt ist das Karl-Marx-Denkmal des sowjetischen Bildhauers und Leninpreisträgers, Prof. Lew Kerbel, einschließlich der plastischen Bildwand am Haus der Staatsorgane. Das Ensemble wurde am 9. Oktober 1971 als ein Ereignis von großer gesellschaftlicher Bedeutung für unsere gesamte Republik eingeweiht. Damit ehrt die DDR Karl Marx, nach dessen Lehren wir unsere Arbeiter-und-Bauern-Macht, unsere sozialistische Gesellschaftsordnung errichteten. Die Bürger der Stadt Karl-Marx-Stadt sind stolz auf das bedeutende Monument.



24

im Herbst 1972 aufgestellten Brechtschen „Lobgedichte" (Abb. 22). Höhepunkt dieser gemeinsamen Arbeit ist für unsere Stadt das zentrale Ensemble — das Karl-Marx-Monument von Prof. Lew Kerbel und die grafische Interpretation des Kampfzieles der revolutionären Arbeiterklasse: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!" von Heinz Schumann und Volker Beier. Diese beiden künstlerischen Schöpfungen als Symbole des Kampfes der Arbeiterklasse um die Befreiung des Menschen sind hervorragend geeignet, den Schöpfer des wissenschaftlichen Sozialismus, dessen Namen unsere Stadt trägt, zu würdigen (Abb. 23 und 24).

Zur Entwicklung der Hauptfunktionen der Stadt

Die vorhandene Flächennutzung, die morphologische Struktur der Stadt und die Faktoren zur Stadtentwicklung sind Ausgangspunkte der Flächennutzungsplanung und damit der sinnvollen stadtplanerischen Zuordnung der Gebiete für das Arbeiten, das Wohnen und Erholen, für das Versorgen und der diese Funktionen verbindenden Verkehrsnetze. Im Rahmen der langfristigen Planung der Stadt wird das Ziel verfolgt, historische Unzulänglichkeiten der Flächennutzung allmählich zu überwinden, rationelle Standortverteilungen aufzuzeigen und dabei die Konzentration und den effektivsten Einsatz der Investitionen zu sichern.

Wohn- und Arbeitsstätten

Die überkommenen Widersprüche in der Struktur der Stadt wirken besonders ungünstig in den Beziehungen von Arbeiten und Wohnen. Vorwiegend im Süden und Westen der Stadt haben sich die Arbeitsstätten entwickelt, während die großen Wohngebiete im Norden und Osten liegen. In einem allmählichen Prozeß werden diese Extreme gemindert, die beiden Hauptfunktionen angenähert.

Nach der Bebauung günstiger großer Wohnungsstandorte im Süden der Stadt: Wohngebiete Ernst-Thälmann-Straße, Rosenplatz, Erdmannsdorfer Straße, Stollberger Straße — (Abb. 28) im Westen der Stadt: Flemmingstraße, Kaßberg und im Osten der Stadt: Lutherviertel (Abb. 27), Hans-Beimler (Abb. 26) (deutsche architektur Nr. 10/72), Yorkstraße und Bernsdorfer Straße wird der extensive Wohnungsbau der nächsten Jahre im Südwesten der Stadt angesiedelt. In vorteilhafter Lage zum Stadtzentrum, zu den Arbeitsstätten, zu den vorhandenen und zu schaffenden Erholungsflächen und zum Verkehrssystem der Stadt wird gegenwärtig der Bau des Wohngebietes „Kappel" durchgeführt und das Wohngebiet „Helbersdorf-Markersdorf" vorbereitet. (deutsche architektur Nr. 10/71) In einer mittleren Entfernung von 4 km zum Stadtzentrum gelegen, berücksichtigt der Standort weiterhin bioklimatische Verhältnisse, stadtkompositorische Absichten und stadttechnische Versorgungsressourcen. Für die Realisierung dieses Wohnungsbauvorhabens sind große Anstrengungen erforderlich, die die bisherigen Erfolge zur Schaffung besserer Wohnverhältnisse fortsetzen werden. Zwei Zahlen sollen beispielsweise den hohen Versorgungsgrad durch Gemeinschaftseinrichtungen veranschaulichen: Am Ende des Jahres 1973 werden für

1000 Kinder im Alter bis zu 3 1/2 Jahren 307 Krippenplätze und für

1000 Kinder im Vorschulalter 773 Kindergartenplätze zur Verfügung stehen.

Der schwierigste gesellschaftliche Auftrag zur Verbesserung der Wohnverhältnisse liegt in der Rekonstruktion alter Bausubstanz. Der Erkenntnisstand' zur Lösung dieses umfangreichen Prozesses der Instandhaltung und Instandsetzung, der Modernisierung, der Aussonderung und schließlich des Ersatzneubaues ist noch sehr gering und liegt im Bereich der Erprobung praktikabler Schritte. Die Wohnsubstanz der Gründerzeit reicht in Karl-Marx-Stadt unmittelbar bis an das Stadtzentrum. Die Wohngebiete Brühl, Sonnenberg und Schloßviertel sind geprägt durch die soziale Ordnung der kapitalistischen Gesellschaftsepoche. Es bestehen schwere funktionelle und hygienische Mängel, die die Entwicklung sozialistischer Lebensweisen erheblich einschränken.

Die städtebauliche Umgestaltung und Rekonstruktion dieser Gebiete wird zu einem dringenden Erfordernis, das den verantwortungsvollen Einsatz von Mitteln und Kapazitäten mit höchster volkswirtschaftlicher Effektivität erfordert. Die Wohnsubstanz in den kaltluft- und feuchtegefährdeten Gebieten der Flußläufe in den Tallagen und in der Nähe der Verkehrsstraßen wird in der Flächennutzungsplanung künftig abgelöst zugunsten dienstleistender und gewerblicher Nutzung.

Flächen für neue Arbeitsstätten wurden in kleinerem Umfang im Osten, vor allem aber im Norden der Stadt ausgewiesen. Erheblich störende Industrie wurde außerhalb der Stadt verlagert.

Verkehr

Das innerstädtische Verkehrsnetz zeigt aufgrund der natürlichen Gegebenheiten eine ausgesprochene Radialstruktur. Die zunehmende Leistungsfähigkeit des öffentlichen Personenverkehrs durch Rekonstruktion und Erweiterung von Straßenbahnlinien, Omnibuslinien und durch verstärkte Nutzung von Reichsbahnstrecken ist im Rahmen der Generalverkehrsplanung vorgesehen.

Für den weiteren Ausbau des Straßennetzes ist die Verbesserung wichtiger Durchgangsstraßen als städtische Schnellverkehrsstraßen und deren Verknüpfung im Stadtinneren vorgesehen. Das Tangentensystem des Stadtzentrums wird weiter ausgebaut. Erste Teilstrecken eines Außenringes, der in etwa 3 bis 4 km Entfernung vom Stadtzentrum die einzelnen Stadtteile miteinander verbinden soll, werden mit der Bebauung des Wohngebietes „Helbersdorf-Markersdorf" zwischen den beiden Industriegebieten Altchemnitz (Süden) und Siegmar (Westen) realisiert.

Erholungsflächen

Die Stadt hat einen guten und ausreichenden Bestand an innerstädtischen Erholungsflächen in Form von Wäldern, Kleingartenanlagen, Wochenendhausgebieten, öffentlichen Grünanlagen und Parkanlagen. Grünverbindungen bestehen von den Erholungsgebieten der Stadtrandzone entlang der Tallagen bis zum Stadtzentrum. Ziel ist, diese Flächen weiter zu intensivieren und zur Nutzung aufzubereiten.

Eine Vielzahl nahgelegener Erholungsgebiete und die Nähe der Kammlagen des Erzgebirges sind beste Voraussetzungen für die Rekreation der Bewohner der Stadt.

Zur Verantwortung des Architekten

Der bisherige Aufbau der Stadt Karl-Marx-Stadt erweist sich seiner Verpflichtung würdig, und es sind alle Voraussetzungen gegeben, durch die Tat aller das sozialistische Antlitz von Karl-Marx-Stadt weiter zu formen.

Die Weiterentwicklung der Stadt, die Modellierung der Voraussetzungen für die

25



24
Blick vom Hotel „Kongreß" auf die Karl-Marx-Allee mit dem Haus der Staatsorgane und dem Karl-Marx-Monument

25
Im westlichen Teil der Karl-Marx-Allee wurden achtgeschossige Wohnbauten im Wechsel mit eingeschossigen Läden errichtet.

26
Bestandteil des komplexen Wohnungsbaues sind kombinierte Einrichtungen von Kinderkrippen und Kindergärten mit je 64 und 144 Plätzen, wie dieses Beispiel aus dem Wohngebiet „Hans Beimler" zeigt.

27
Im Kreuzungsbereich Juri-Gagarin-Straße und Lutherstraße wurde ein 15geschossiges punktförmiges Wohnhochhaus mit 196 Einraumwohnungen errichtet. An kompositionellen Schwerpunkten des Stadtgebietes wurden sechs derartige Wohngebäude eingeordnet.

28
An der Stollberger Straße, am Goetheplatz, entstanden 1960 achtgeschossige Wohnbauten als Beginn der vielgeschossigen Plattenbauweise in Karl-Marx-Stadt.


26

Entfaltung sozialistischer Lebensweisen ist ein permanenter komplizierter Prozeß. Es wird künftig erforderlich, Verhaltensweisen tiefgründiger zu analysieren, um die Entwicklung, Veränderung und schließlich die Befriedigungsweise von Bedürfnissen besser zu erkennen und zum eigentlichen Anliegen des Städtebaues werden zu lassen.
Die materielle und räumliche Struktur bestehender Wohnkomplexe trägt aus den ehemals gegebenen Bedingungen technologischer Zwänge oft den Ausdruck monotoner versachlichter Formen. Der heutige Entwicklungsstand der Bauindustrie gestattet künftig eine stärkere plastische Strukturierung des Einzelgebäudes und der städtebaulichen Räume, die sich in abwechslungsreicher Erdgeschoßnutzung in betonter Baukörpergruppierung und differenzierter Geschossigkeit und somit in erlebnisreicherer Umwelt darstellen wird. Dann ist zwar eine unmittelbare Aufgabe des Architekten erfüllt, aber Städtebau ist nicht nur Erfüllung eines „Bauprogrammes", einer rein technischen Aufgabe mit künstlerisch-ästhetischem Anliegen. Städtebau ist Realisierung der hohen gesellschaftlichen Erwartungen an die städtebauliche Planung, und es ist deshalb in Anbetracht der bevorstehenden großen Aufgaben notwendig, verstärkt über die Verantwortung des Architekten nachzudenken.

Bekanntlich genügen Wohnungen allein nicht, um die Vielfalt künftiger Lebensäußerungen ermöglichen zu können. Die vorhandenen und sich entwickelnden individuellen Aktivitäten erfordern außer den die Wohngebiete elementar ausstattenden Einrichtungen, wie Kindergärten, Schulen und Kaufhallen, vor allem Stätten der Begegnung zu sportlicher und kultureller Betätigung, zum Informationsaustausch, wie Kulturzentren, Sportanlagen, Gaststätten und Clubs, die die zwischenmenschlichen Beziehungen, die Kommunikation stimulieren. Die sinnvolle interessante Verflechtung und Wechselbeziehung dieser Einzelaktivitäten als Mehrzweckstätten, in denen man sich begegnet, werden u. a. den Reiz unserer Städte ausmachen.

Bisher realisierte Wohngebiete werden künftig daraufhin zu überprüfen sein. Nach Erfordernis und Möglichkeit sind dann weitere Bauten mit aktivierendem Angebot einzuordnen.

In Karl-Marx-Stadt steht neben der weiteren Komplettierung des Stadtzentrums als wichtigstes Vorhaben die Errichtung des Wohngebietes „Helbersdorf-Markersdorf" für eine voraussichtliche Zahl von rund 80 000 Bewohnern.

In der vorbereitenden Planungsarbeit wurde in Zusammenarbeit mit der Experimentalwerkstatt der Bauakademie der DDR eine grundlegende wissenschaftlich-künstlerische Konzeption erarbeitet, die die Ausgangsbasis der Bebauungskonzeption darstellt. In der weiteren Bearbeitung, der Auseinandersetzung mit tangierenden Wissenschaftsbereichen, gesellschaftlichen Institutionen, baudurchführenden Einrichtungen u. a. sind inzwischen neue, die Planung verbessernde Erkenntnisse hinzugekommen, andererseits wurden damalige Vorstellungen über die Baudurchführung korrigiert, so daß die Gesamtkonzeption weiterhin Planungsziel ist, jedoch entscheidende Details, die wahrscheinlich wesentlich die zwar noch nicht quantifizierbare Arbeit des Städtebauers ausmachen, nicht mehr oder zunächst noch nicht realisierbar sind.
Die Durchführung des gewaltigen Wohnungsbauvorhabens wird etwa in der Zeit von 1974 bis etwa 1984 liegen. Es handelt sich also um eine Etappe von mehr als 15 Jahren seit dem Beginn der ersten städtebaulichen Überlegungen, in der für einen Zeitraum von mehr als 100 Jahren eine funktionsfähige bauliche Substanz beziehungsweise Umwelt zu schaffen ist. Das macht die dem Architekten aufgetragene Verantwortung besonders deutlich und muß nicht nur aus dessen Sicht zur Schlußfolgerung führen, daß sie von ihm nicht wie bisher getragen werden sollte, sondern in Gemeinschaft auf neuer Basis. Die Gemeinschaftsarbeit des Architekten mit allen an der Lösung des sozialen Problems, nämlich der Modellierung des sozialen Lebens, des Wohnens und Arbeitens zu Beteiligenden, ist künftig nicht mehr der Zufälligkeit, oder mehr oder weniger intensiven interdisziplinären Auseinandersetzung überlaßbar, sondern sie muß zur geplanten Gemeinschaftsarbeit werden, zu deren Voraussetzung eventuell strukturelle Neuordnungen der Planungsbüros durch direkte Einbeziehung tangierender Wissenschaftsbereiche gehören.

Wesentliche Bestandteile dieser geplanten Gemeinschaftsarbeit sind auch Form und Inhalt der öffentlichen Diskussionen, die auf der Grundlage einer wissenschaftlicheren Substanz zu ergiebigeren Ergebnissen führen müssen, und sind ferner die Erarbeitung ausgereifter Planungsunterlagen, die eine verantwortungsvolle Entscheidungsfindung der örtlichen Organe ermöglichen. Der gesamtgesellschaftliche Auftrag an den Architekten besteht in der baulich-räumlichen Umsetzung der komplizierten gesellschaftlichen Prozesse, für die er jedoch nur wenige quantitative Kriterien in Form von Aufwandskennziffern und Normativen hat. Es fehlen aber ausreichend gesicherte Informationen zur gesellschaftlichen Entwicklung, zur Modellierung der sozialistischen Stadt. Die Erkenntnisse müßten so aufbereitet sein, daß sie sowohl für den Architekten als auch für den Kommunalpolitiker begreiflich und handhabbar sind. Ferner ist die Ermittlung qualitativer Kriterien der städtebaulichen Arbeit erforderlich.

Durch einen stärkeren Beitrag der Gesellschaftswissenschaft könnten Prämissen für die städtebauliche Qualität erstellbar sein, so daß damit die städtebauliche Aufgabe lösbarer und meßbar wird und dann vom Architekten besser verantwortet werden kann.

27


28




1

Neue Wohngebiete in Moskau und Vilnius



2

Dr.-Ing. Werner Rietdorf
Bauakademie der DDR
Institut für Städtebau und Architektur

3



Allein innerhalb des gegenwärtig laufenden 9. Fünfjahrplanes 1971 bis 1975 werden in der Sowjetunion etwa 580 Millionen m² Wohnfläche neu geschaffen, das sind Wohnungen für etwa 60 Millionen Menschen. Die Neubautätigkeit konzentriert sich dabei – entsprechend den langfristigen Entwicklungsplänen des Landes – vorrangig auf die Schwerpunktstandorte der Produktivkräfte, das heißt auf die Zentren der Industrie, der Wissenschaft, des Handels, der Politik und der Kultur. So entstehen im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Erschließung Sibiriens, besonders des Hohen Nordens, mit der stürmischen Entwicklung der mittelasiatischen Unionsrepubliken und der weiteren Industriealisierung von Teilen des Landes jährlich etwa 20 neue Städte und etwa 50 Siedlungen mit städtischem Charakter. Zugleich entfällt ein erheblicher Anteil des Wohnungsneubaues auf die Hauptstadt der UdSSR, auf die Hauptstädte der Unionsrepubliken und die bestehenden Großstädte im europäischen Teil der UdSSR. Allein in Moskau werden gegenwärtig jährlich etwa 120 000 Wohnungen neu gebaut, in Leningrad etwa 75 000.

Aufgabe des folgenden Beitrages soll es sein, anhand einiger ausgewählter Wohnungsbaustandorte in Moskau und Vilnius eine Reihe von Eindrücken aus den in den letzten Jahren entstandenen Neubaugebieten zu vermitteln. Betrachtet werden die beiden neuen Wohngebiete in Moskau:

- Weschnjaki – Wladytschino und
- Iwanowskoje

sowie in Vilnius, der Hauptstadt der Litauischen SSR, die Wohngebiete:

- Zirmunai, Lazdynai, Karoliniskes

Weschnjaki – Wladytschino

Die Neubautätigkeit konzentrierte sich in Moskau während der letzten 15 bis 20 Jahre vorrangig auf den Südwestbezirk, wo innerhalb weniger Jahre auf bisher nicht oder nur unbedeutend bebautem Gelände



4

1
Blick in einen Freiraum im Wohngebiet Weschnjaki-Wladytschino in Moskau

2
Weschnjaki-Wladytschino (nördlicher Abschnitt)
Architekten: Kollektiv W. Lebedew, Mosprojekt 1

1 Wohngebäude 9 Geschosse
2 Hochhäuser 16 Geschosse
3 Vorschuleinrichtungen
4 Schulen
5 Komplexzentrum
6 Hauptzentrum
7 Schloß und Park Kuskowo
8 Zufahrt vom Stadtautobahnring

3
Strukturschema des Wohngebietes Weschnjaki-Wladytschino

1 Stadtautobahnring
2 Zufahrt von der Metrostation Shdanowskaja
3 Park Kuskowo
4 Wohnkomplexzentrum
5 Hauptzentrum
6 Wohngebietspark

4
Modell des Wohngebietes Weschnjaki-Wladytschino

5
Blick in einen der großen Wohnbereiche

6
Abgeknickte 9geschossige Wohnscheibe



5

6



neue Wohngebiete für jeweils 100 000 bis 250 000 Einwohner entstanden: Tscherjomuschki, Tschertanowo, Troparewo, Beljajewo, Matwejewskoje. Zugleich wurden auch im Norden und Nordwesten eine Reihe neuer großer Wohgebiete errichtet: Chimki-Chowrino, Babuschkin-Swiblowo, Degunino-Beskudnikowo und andere.

Der östliche und südöstliche Teil Moskaus wurde hingegen erst in den letzten Jahren ein entscheidender Schwerpunkt des Wohnungsbaues. In Fortsetzung des bereits fertiggestellten Gebietes Nowyje Kusminki wurde vor etwa fünf Jahren mit dem Bau des Wohngebietes Weschnjaki-Wladytschino begonnen. Benannt nach den früher hier befindlichen Siedlungen entstand nördlich der Metrostation Shdanowskaja unmittelbar an der das Stadtgebiet begrenzenden neuen Stadtautobahn ein Wohngebiet für über 130 000 Einwohner. Das Neubaugebiet grenzt im Westen an einen ausgedehnten prachtvollen Park, dessen Herzstück das ehemalige Schloß des Grafen



7



8
9



P. Scheremetew, das jetzige Staatliche Keramikmuseum Kuskowo, ist. Die großzügige Parkanlage mit den künstlich angelegten Seen und Kanälen, den sorgfältig gepflegten Parterres, den historischen Baudenkmälern aus dem 18. Jahrhundert und den zahlreichen wertvollen Werken der bildenden Kunst und der Kleinarchitektur bietet den Bewohnern des Gebietes nahe und vielfältige Möglichkeiten der Freizeitgestaltung.

Das Wohngebiet umfaßt insgesamt eine Fläche von etwa 700 ha und ist in drei größere Abschnitte untergliedert, die sich winkelförmig um den zentral gelegenen Wohngebietspark – einem großen Grünbereich mit zum Teil vorhandenem Baumbestand und einer vielseitig nutzbaren langgestreckten Wasserfläche – herumlegen. Das Gebiet wird vom Zentrum aus durch einen von der Metrostation Shdanowskaja nach Norden geführten, breit ausgebauten Straßenzug erschlossen, der mit einer teilweisen Randerschließung, vor allem im westlichen Bereich (Junosti Uliza), kombiniert ist.

Die städtebauliche Struktur wird durch sehr lange, gebogene oder mehrfach abgeknickte 9geschossige Wohnscheiben bestimmt, die so angeordnet sind, daß sich mehr oder weniger geschlossene hofähnliche Räume ergeben, in denen die Vorschuleinrichtungen sowie teilweise auch die Schulen mit den dazugehörigen Sportflächen untergebracht sind. An besonders geeigneten Standorten, so zum Beispiel am Übergang zur inneren Parkzone, wurden Gruppen von 16geschossigen Hochhäusern angeordnet.

Das Netz der gesellschaftlichen Einrichtungen geht von einer eindeutigen hierarchischen Stufung aus, wie sie typisch ist für die Planung sowjetischer Städte und Wohngebiete. Während die Vorschul- und Schuleinrichtungen entsprechend der geforderten Maximalentfernung dezentralisiert angeordnet werden, sind die anderen gesellschaftlichen Einrichtungen der ersten Versorgungsstufe (Kaufhalle, Dienstleistungsannahme, Gaststätte) für einen Versorgungsbereich von etwa 10 000 bis 12 000 Einwohnern zu einem Wohnkomplexzentrum zusammengefaßt. Diese Komplexzentren wurden im Wohngebiet Weschnjaki-Wladytschino als schmale langgestreckte eingeschossige Gebäude ausgebildet, die durch Innenhöfe untergliedert sind. Die bandartigen Komplexzentren sind



10

innerhalb des Gesamtgebietes so angelegt, daß sich an ihnen entlang eine zusammenhängende fußläufige Kommunikationszone entwickelt. Im zentralen Bereich dieser Zone befindet sich das Wohngebiets- oder Hauptzentrum.
Die Form dieser städtebaulichen Räume steht in enger Beziehung zur Funktion der einzelnen Bereiche. Während die großen, hofähnlichen Wohnbereiche von mehr oder weniger unregelmäßigen Raumabschlüssen umgeben sind, haben die Fußgängerbereiche mit den mittig angeordneten bandförmigen Komplexzentren eine klare, beidseitig begleitende parallele Fassung durch vielgeschossige Wohnscheiben, so daß wieder straßenähnliche Räume entstehen, die untereinander eine ablesbare Beziehung aufweisen.
Die großen innerhalb der Wohnbebauung gelegenen Freiräume werden unter geschickter Ausnutzung natürlicher Gegebenheiten, wie bestehender Baumgruppen und vorhandener Wasserflächen, gestaltet. So gibt es im südlichen Teil des Gebietes einige Räume, die durch die Erhaltung von wertvollem altem Baumbestand bereits kurze Zeit nach dem Abschluß der Bau-



11



12

7
Kommunikationsbereich mit Komplexzentrum

8
Schulgebaude im Wohngebiet

9
Durchblick zu einem der 16geschossigen Hochhäuser

10
Freiraum mit erhaltenem wertvollem altem Baumbestand

11 12
Beispiele für die Begrünung der Vorgärten an den vielgeschossigen Wohnscheiben

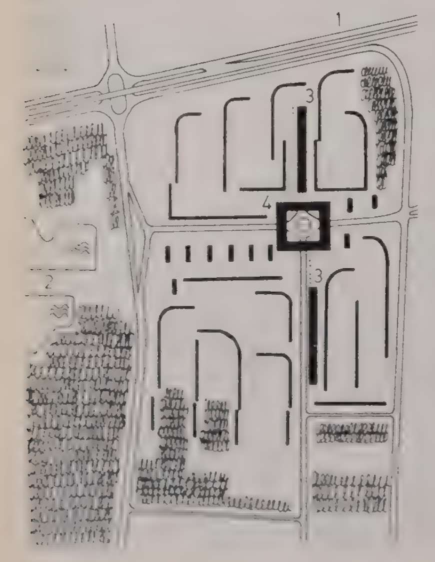


13



14

15



arbeiten einen sehr angenehmen, wohnlichen Charakter erhalten haben. Die vorhandenen unterschiedlichen Baumarten tragen dabei zu einer wohltuenden Differenzierung der Wohnbereiche bei, die angesichts der Vielzahl gleichartiger, überwiegend heller Gebäudefassaden notwendig erscheint. Es darf hinzugefügt werden, daß die Projektanten dieses Gebietes, das Kollektiv vom Projektierungsbüro Mosprojekt 1 unter Leitung von Leninpreisträger W. Lebedew, bemüht waren, unter Weiterentwicklung vorhandener Typen des Wohnungs- und Gesellschaftbaues eine Lösung zu finden, die den noch oft vorhandenen Widerspruch zwischen städtebaulicher Absicht und erzeugnisgegebenen Möglichkeiten überwindet. Dieses Bemühen hat hier im Verein mit einer sorgfältigen Planung der Freiräume sichtbare Früchte getragen. Der Bau des Wohngebietes Weschnjaki-Wladytschino ist gegenwärtig noch nicht abgeschlossen. Jedoch wohnen von den im Plan vorgesehenen 130 000 Einwohnern bereits über 100 000 in diesem neuen Gebiet am Moskauer Stadtrand. Die Anbindung an die Metro sicherte den Bewohnern von Beginn an eine schnelle Nahverkehrsverbindung zum Stadtzentrum und zu den Arbeitsstätten im Umkreis. Gegenwärtig konzentrieren sich die Bauarbeiten auf die Komplettierung des Gebietes mit gesellschaftlichen Einrichtungen und Anlagen für die Freizeitgestaltung. Das Tempo der Baudurchführung hinterläßt dabei einen tiefen Eindruck auf den Besucher.

Die Qualität und das Tempo der Bauarbeiten, die Experimentierfreudigkeit der Moskauer Architekten und die enge Zusammenarbeit zwischen der Projektierung und der Bauausführung beeindruckten auch eine Delegation der SED-Bezirksleitung Berlin unter der Leitung von Konrad Naumann, Mitglied des ZK der SED und Erster Sekretär der Bezirksleitung Berlin, die Ende Februar 1973 auf Einladung des Moskauer Stadtkomitees der KPdSU in Moskau weilte und diesem Wohngebiet einen Besuch abstattete.

Iwanowskoje

Nördlich von Weschnjaki-Wladytschino befindet sich in etwa fünf km Entfernung, ebenfalls am Stadtautobahnring gelegen, das Neubaugebiet Iwanowskoje für etwa 45 000 Einwohner. Das Gebiet grenzt im Osten an den Stadtautobahnring, im Norden an die Entuziastow-Chaussee, im Westen und Südwesten an eine ausgedehnte Parkanlage und im Süden an eine vorhandene Wohnbebauung des Perowskij Rayons.

Die städtebauliche Planung des Gebietes Iwanowskoje, die übrigens ebenfalls von einem Kollektiv unter Leitung von Leninpreisträger W. Lebedew vorgenommen wurde, geht aus von den guten Erfahrungen bei der Vorbereitung von Weschnjaki-Wladytschino. So dominieren auch hier große, sich mehr oder weniger exakt wiederholende Formen aus langen, zum Teil abgebogenen 9geschossigen Wohnscheiben, die einerseits die nach innen gelegten Vorschul- und Schuleinrichtungen umschließen und andererseits den wiederum bandför-



16

13
Wohngebiet Iwanowskoje in Moskau, Modellaufnahme
Architekten: Kollektiv W. Lebedew, Mosprojekt 1

14
Blick in einen Wohnbereich

15
Strukturschema des Wohngebietes Iwanowskoje
1 Entuziastow-Chaussee
2 Park Iwanowskoje
3 Wohnkomplexzentren
4 Hauptzentrum

16
Wohngebiet Zirmunai in Vilnius, Lageplan des 2. Wohnkomplexes
Architekten: Kollektiv B. Kasperawitschene
1 Wohngebäude 5 Geschosse
2 Wohngebäude 9 Geschosse
3 Wohnkomplexzentrum
4 Schule
5 Vorschuleinrichtungen
6 Uferpark
7 Fluß Neris

17
Ansicht des Wohngebietes vom Fluß Neris aus

18
Wohnkomplexzentrum in Zirmunai
Architekt: A. Aronas

19
Gestaltung des Hauseinganges im 5geschossigen Wohnungsbau



17



13

19

mig entwickelten drei Wohnkomplexzentren (für je 15 000 Einwohner) die nötige räumliche Führung geben. An exponierten Standorten, vor allem an der etwa in Ost-West-Richtung verlaufenden Hauptkompositionsachse (in Verbindung zum Park) werden 16geschossige Hochhäuser errichtet, als Sechsergruppe gereiht oder unregelmäßig als Dreiergruppe aufgestellt. Das Verkehrssystem zeigt eindeutig eine innere Erschließung. Am Schnittpunkt der beiden Verkehrsstraßen soll als quadratische Anlage in der zweiten Ebene das Hauptzentrum mit den Einrichtungen der zweiten Versorgungsstufe errichtet werden.

Interessant ist wiederum die bewußte Einbeziehung vorhandenen Baumbestandes, ein Kennzeichen der meisten Wohngebietsplanungen in der sowjetischen Hauptstadt. Die hofähnlichen Wohnbereiche des Gebietes sind nach Süden weit geöffnet; damit wird eine gute Verflechtung des Bau-



20



21

22



gebietes mit dem bestehenden Großgrün erreicht.

Zirmunai

Auf die umfangreiche Wohnungsbautätigkeit in Vilnius, der Hauptstadt der Litauischen SSR, wurde im Rahmen des Berichtes über den Internationalen Erfahrungsaustausch der Architektenverbände der sozialistischen Länder im Mai 1972 in der UdSSR bereits hingewiesen (siehe auch deutsche architektur 12/72, S. 718 ff). Der industrielle Massenwohnungsbau begann in Vilnius im Jahre 1959 mit einer Jahreskapazität von 35 000 m^2 Wohnfläche. Gegenwärtig entstehen in Vilnius jährlich rund 180 000 m^2 Wohnfläche; das sind etwa 5 000 Wohnungen. Die Steigerung des Neubauvolumens vollzieht sich dabei in Einheit mit einer Verbesserung der Qualität des Wohnungsbaues, angefangen bei der städtebaulichen Planung über die Entwicklung und Projektierung der Typen bis hin zur komplexen Umweltgestaltung in den Neubaugebieten. Einen besonderen Schritt nach vorn taten die litauischen Städtebauer, Architekten und Bauleute bei der Errichtung des Wohngebietes Zirmunai nördlich der Altstadt, am rechten Ufer des Flusses Neris. Das Gebiet hat etwa 40 000 Einwohner und gliedert sich in drei Wohnkomplexe mit je 12 000 bis 15 000 Einwohnern.

Die Projektanten entwickelten Mitte der 60er Jahre für die Bebauung von Zirmunai die erste selbständige litauische Typenreihe von Wohngebäuden, bestehend aus 11 Gebäudetypen mit 5 Geschossen, 3 Typen mit 9 Geschossen und einem Typ mit 12 Geschossen. Alle Elemente wurden im Häuserbaukombinat Vilnius hergestellt. Die Anzahl der Fertigteile konnte wesentlich reduziert werden; während früher für 4 Typen 240 verschiedene Elemente produziert werden mußten, waren durch die Neuentwicklung für 15 Typen nur 200 verschiedene Elemente erforderlich. Mit der neuen Serie wurden zugleich die funktionellen Eigenschaften der Wohnungen wesentlich verbessert und der Wohnwert erhöht. Die Vereinheitlichung der konstruktiven Elemente und des Rasters führte zu der Möglichkeit, mit den gleichen Elementen sowohl 5geschossig als auch 9geschossig zu bauen.

Das Kernstück des Wohngebietes ist der zweite Wohnkomplex, der unmittelbar auf dem hohen Ufer des Flusses in der Nähe der künftigen neuen Brücke liegt, die Zirmunai mit dem bereits vor einigen Jahren fertiggestellten Neubauwohngebiet Antakalnis verbindet. Dem Autorenkollektiv unter Leitung von B. Kasperawitschene ist es gelungen, die natürlichen Gegebenheiten des Standortes, seine Lage zum Fluß und zu den umliegenden Gebieten schöpferisch zu nutzen und eine Gestaltung zu entwickeln, die – ohne Effekthascherei – eine interessante und schöne Umwelt für die Bewohner ergibt. Die Projektanten haben dabei erstmals in dieser Form auch die gestalterischen Möglichkeiten der Farbgebung und der Kleinarchitektur sowie der bildenden Kunst in ihre Arbeit einbezogen. Die Freiflächengestaltung ist einfallsreich und geht von den differenzierten Bedürfnissen der Bewohner nach Ruhe, Entspannung, Spiel, Sport und Freizeitbetätigung aus. Die angewandten städtebaulichen Strukturen sind einfach: Zeilen, U-förmige Höfe, kammförmige Anlagen, Punkthausgruppen. Aus diesen Grundelementen wurden Räume gebildet, die trotz oder gerade ihrer Einfachheit wegen überzeugen,



23

20
Wohngebiet Lazdynai in Vilnius, Modellaufnahme
Architekten: W. Briedikis, W. Tschekanauskas

21
Lageplan des Wohngebietes Lazdynai
1 Wohngebäude 5 Geschosse
2 Wohngebäude 9 bis 10 Geschosse
3 Hochhäuser 12 oder 16 Geschosse
4 Vorschuleinrichtungen
5 Schulen
6 Wohnkomplexzentrum
7 Sportanlagen
8 Garagen
9 Künftiger Sport- und Erholungskomplex
10 Künftiges Hauptzentrum des Wohngebietes
A Kosmonautenstraße
(Zufahrt vom linken Neris-Ufer)
B Architektenstraße
C Erfurter Straße

22
Blick vom Fluß Neris über den Sport- und Freizeitkomplex auf die Wohnbebauung, Modellaufnahme

23
Blick auf einen fertiggestellten Teil des Wohngebietes

24
Abgetreppte 5geschossige Wohnbebauung in Querstellung zur Neigung des Hanges

25 26
Die erhalten gebliebenen Baumbestände geben dem Wohngebiet bereits kurz nach der Fertigstellung der Gebäude einen angenehmen Charakter.



25

26



24





27

vor allem aber auch im Einklang mit der bereits erwähnten qualitätsvollen Ausführung sowohl der Hochbauten als auch der Freiflächen. Bemerkenswert ist das Wohnkomplexzentrum, das als 2geschossiger Gebäudekomplex auf der Grundlage eines Typenprojektes in Stahlbetonskelettbauweise errichtet wurde, wobei die Außengestaltung und der Ausbau bewußt variiert wurden.

Das Schöpferkollektiv des Wohngebietes Zirmunai, die Architekten und Ingenieure B. Kasperawitschene, B. Kruminis, Sch. Ljubeckis und W. Zubrus erhielten für ihre Leistung im Jahre 1968 den Staatspreis der UdSSR auf dem Gebiet der Architektur. Das Wohnungsbaukombinat Vilnius wurde für seinen progressiven Wohnungsbau mit dem Leninpreis ausgezeichnet.

Lazdynai

Im Nordwesten der Stadt Vilnius, auf den Höhenzügen oberhalb des rechten Ufers des Flusses Neris, entsteht seit einigen Jahren ein ausgedehnter Neubaubezirk für etwa 120 000 Einwohner. Dieses umfangreiche Wohnungsbauvorhaben steht in engem Zusammenhang mit der Schaffung neuer Industrien in Vilnius, die ihren Standort vorrangig ebenfalls im Westen oder Nordwesten der Stadt haben. Die Entfernungen zum Zentrum der Altstadt betragen von hier etwa acht bis zehn km.

Als erster Abschnitt des Neubaubezirks im Nordwesten wurde ab 1969 das Wohngebiet Lazdynai für etwa 42 000 Einwohner errichtet. Die Erschließung erfolgt von der Fernverkehrsstraße Vilnius – Kaunas her über eine 1969 geschaffene Brücke, die den Fluß Neris überspannt. Wenn man diese Brücke, aus der Altstadt her kommend, überquert, bietet sich das imposante Panorama des Neubaugebietes auf den Höhen des Nordufers. Eine großzügig ausgebaute Verkehrsstraße, die Straße der Kosmonauten, führt in einem großen Schwung hinauf bis in den zentralen Bereich des Neubaugebietes, an dem sich künftig das Hauptzentrum befinden wird. Die Höhenschichtung des Geländes begünstigt dabei eine Überbauung der im Einschnitt liegenden Verkehrsstraßen mit gesellschaftlichen Einrichtungen.

28



Die innere Erschließung des Wohngebietes erfolgt über die Erfurter Straße (Erfurt ist die Partnerstadt von Vilnius) und die Straße der Architekten. Von diesen Straßen aus entwickeln sich im Südteil des Gebietes zwei parallel geführte Fußgängerbereiche, an denen die Wohnkomplexzentren liegen, bestehend – ähnlich wie in Zirmunai – aus zweigeschossigen Gebäuden. Ein weiterer Wohnkomplex befindet sich im Westteil des Gebietes, ein vierter schließlich im Norden, wo das Gelände wiederum stark abfällt. Die Flächen im Osten, unmittelbar am Flußufer, nehmen künftig Sportanlagen und Einrichtungen für die Freizeitgestaltung auf.

Im Gebiet Lazdynai wurde eine Mischung unterschiedlicher Geschoßzahlen vorgenommen. Es dominiert der 5geschossige Wohnungsbau (über 50 Prozent), daneben gibt es Gebäude mit 9, 12 und 16 Geschossen. Der Wohnungsbau ist eine kon-



29



30

sequente Weiterentwicklung von Zirmunai. Es gibt Eckverbinder, Zwischenglieder, trapezförmige Sonderachsen und Wohngebäude, die rechtwinklig zur Hauptneigung angeordnet wurden und die sich entsprechend der Neigung abtreppen.

Die bautechnische Qualität des Hochbaues ist – das gilt insbesondere auch für den Gesellschaftsbau – außerordentlich gut, die Gestaltung der Details sehr sauber und überzeugend. Das, was hier von den litauischen Bauleuten geschaffen wird, gehört heute zweifellos zu den besten Leistungen des Wohnungsbaues in der UdSSR. Die Freiflächengestaltung befand sich im Jahre 1972 noch in den Anfängen, sie wird jedoch ganz sicher die mit Zirmunai dokumentierte hohe Qualität fortführen. In den Randbereichen und an einigen Stellen innerhalb des Wohngebietes blieb der vorhandene Waldbestand unberührt erhalten. Eingebunden in die Gesamtlösung, trägt er heute schon zu einer angenehmen Belebung des Gebietes und zur Schaffung einer gesunden und schönen Umwelt bei.

Karoliniskes

Nördlich von Lazdynai wurde vor etwa zwei Jahren mit der Errichtung eines weiteren Wohngebietes für etwa 30 000 bis 40 000 Einwohner begonnen.

Gegenüber den anderen Wohngebieten Zirmunai und Lazdynai wurde hier bei der städtebaulichen Konzeption des Wohnungsbaues ein neuer Weg beschritten. Anstelle der räumlich entwickelten Wohnbebauung unter Verwendung von Scheiben, Winkeln und Hofbildungen überwiegt hier die Schaffung plastischer Gebäudekomplexe aus kreuzförmig aneinandergefügten 5- oder 9geschossigen Gebäudetrakten. Die einzelnen Gebäudekomplexe unterscheiden sich dabei weitgehend voneinander, je nach der Art, aus wie vielen Einzeltrakten sie zusammengesetzt wurden und an welchen Anschlußstellen die Verbindungen auftreten. Mit nur wenigen getypten Segmenten entstehen so vielfältige Gebäudeformationen, die die Gesamtanlage außerordentlich stark beleben. Freilich wirft sich, abgesehen von den auftretenden Problemen der Bautechnik oder der Bautechnologie, dabei die Frage auf, ob mit derartig plastischen Strukturen überzeugende städtebauliche Raumbildungen geschaffen werden können, die auf einem erlebbaren Kommunikationsprinzip gegründet sind. Es besteht die Gefahr, daß trotz aller Vielfalt der architektonischen Gestalt die notwendigen räumlichen Beziehungen, wie sie zum Beispiel bei den Gebieten Iwanowskoje in Moskau oder Lazdynai in Vilnius überzeugend herausgearbeitet wurden, hinter der Plastik der Baumassen weit zurücktreten. Die ersten fertiggestellten Gebäudekomplexe lassen jedoch eine diesbezügliche Wertung noch nicht zu. Im übrigen sind auch die Vilniuser Städtebauer und Architekten darauf gespannt, wie sich ihr Projekt in der Realität bewähren wird. Davon wird abhängen, ob der mit der Planung von Karoliniskes begonnene Weg in dieser Konsequenz weiterverfolgt wird. Auf jeden Fall zeigt sich auch bei diesem Wohngebiet, daß es möglich ist, trotz eines hohen Industrialisierungsgrades im Wohnungsbau den gedankenlosen Schematismus und die Monotonie zu überwinden, die allzuoft noch bei der Konzipierung von neuen Wohngebieten auftreten.

27
Modell eines Bauabschnittes des Wohngebietes Karoliniskes in Vilnius

28
Gesamtmodell des Wohngebietes
Architekten: Kollektiv K. Balenas

29
Blick auf einen der kreuzförmigen Gebäudekomplexe mit 5 und 9 Geschossen

30
Teillageplan
1 Wohngebäude 5 Geschosse
2 Wohngebäude 9 Geschosse
3 Hochhäuser 12 Geschosse
4 Vorschuleinrichtungen
5 Schule
6 Wohnkomplexzentrum

Literatur:

(1) Žiloj rayon i mikrorayon (Wohngebiet und Wohnkomplex), Verlag für Bauliteratur, Moskau 1971

(2) Ikonnikow, A. W.: Architektura goroda (Architektur der Stadt), Verlag für Bauliteratur, Moskau 1972

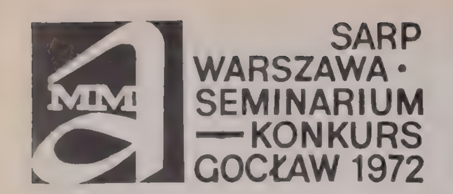
(3) Architekturnoje projektirowanije žilych zdanii (Architektonische Projektierung von Wohngebäuden), Verlag für Bauliteratur, Moskau 1972

(4) Simbizew, W.: Weschnjaki-Wladytschino, Einige Bemerkungen zur Durchführung der Planung und Bebauung, in: Stroitelstwo i Architektura Moskvy 10 1972, S. 6 ff.

(5) Budreijka, E. S.: Architektura sowjetskoj Litwy (Architektur Sowjet-Litauens), Verlag für Bauliteratur, Leningrad 1971

(6) Lietuvos Architektura (Litauische Architektur). Prospekt des Litauischen Architektenverbandes 1971

(7) Rietdorf, W.: Moskau – Taschkent – Leningrad – Wilnjus, deutsche architektur 21 (1972) 12, S. 718 ff.



Internationaler Seminarwettbewerb Warschau/Goclaw 1972

Dipl.-Ing. Joachim Näther, Architekt BdA
Dipl.-Ing. Helmut Stingl, Architekt BdA
Dipl.-Arch. Dietmar Kuntzsch, Architekt BdA

Ende Oktober 1972 wurde im „Haus der Architekten" in Kazimierz-Dolny die zweite Phase des 1. Internationalen Seminarwettbewerbes der Architekten-Verbände der Hauptstädte der sozialistischen Länder abgeschlossen. (siehe auch deutsche architektur Heft 2 1973)

Mit dankenswerter Initiative hatte die Warschauer Sektion des polnischen Architektenverbandes (SARP) unter der Leitung seines Präsidenten Arch. Ryszard Trzaska diesen Wettbewerb vorbereitet. In engem Einvernehmen mit dem Warschauer Komitee der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, mit Unterstützung des Ministeriums für Bauwesen und des Stadtratspräsidiums von Warschau waren Aufgabe und Ziel des Wettbewerbes festgelegt worden. Das konkrete Programm für ein Stadtgebiet von Warschau bildete die Grundlage für Ideenentwürfe der 10 Wettbewerbskollektive, die im Seminar zur Diskussion gestellt werden sollten, um neue Prinzipien für die strukturelle und gestalterische Entwicklung großer Wohngebiete herauszuarbeiten. Erstmalig in der Zusammenarbeit der Architektenverbände der sozialistischen Länder sind im Rahmen eines Seminarwettbewerbes Meinungen und Erfahrungen ausgetauscht und bewertet worden.

In Anwesenheit der Preisrichter und weiterer Experten hatten je vier Vertreter der teilnehmenden Kollektive Gelegenheit, ihre Konzeption zu erläutern und zu verteidigen. Die schöpferische Atmosphäre bei der Auseinandersetzung um Probleme des Städtebaus unter zukünftigen Bedingungen der sozialistischen Gesellschaft hat wesentlich zum Erfolg dieses Seminars beigetragen.

Anläßlich der Abschlußberatung und eines Empfanges wurde vom Präsidenten der Warschauer Sektion des SARP der Wunsch zum Ausdruck gebracht, diese Form der Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Architektenverbänden weiterzuführen. Der Vorsitzende des polnischen Architektenverbandes, Architekt Hendryk Buszke, sprach allen Teilnehmern seinen Dank aus und betonte die Unterstützung des Verbandes für die Durchführung weiterer Seminarwettbewerbe der Architekten aus den Hauptstädten europäischer Länder. Am 25. 10. 1972 informierten sich in Kazimierz die Genossen Jozep Kepa, Sekretär des Warschauer Komitees der PVAP, und Jerzy Majewski, Vorsitzender des Stadtratspräsidiums der Hauptstadt Warschau, über die Ergebnisse der Arbeit und schätzten diesen Erfahrungsaustausch für die weitere Entwicklung Warschaus und die Förderung internationaler Zusammenarbeit als sehr wertvoll ein.

Auf einer Pressekonferenz im Haus der Warschauer Architekten wurden die Auszeichnungen und Prämien übergeben. Ein Cocktailempfang beschloß das erste internationale Wettbewerbsseminar Warschau Goclaw 1972.

Auszüge aus der Ausschreibung

1. Wettbewerbsgebiet

Die 1834 ha große Fläche des zukünftigen Stadtteiles Goclaw wird im Westen und Südwesten vom Wislaufer und im Norden und Osten durch vorhandene Siedlungsbebauungen begrenzt. Erhaltenswerte Bausubstanz existiert nicht. Ackerland, Wiesen und



1 Stadtplan mit Bebauungsgebiet 1 : 125 000



2 Gelände Goclaw



einzubeziehende Waldstücke sowie zahlreiche Wasserläufe, die möglichst durchgehend verbunden werden sollen, sind vorhanden. Der größte Teil des Gebietes ist Uberschwemmungsgelände mit sehr hohem Grundwasserbestand, ein kleinerer Teil, die Prager Terrasse im Süden, weist gute Baugrundverhältnisse auf. Entlang der Wisla verläuft ein 3 m hoher Damm (Miedzezynski-Wall). Die Klimaverhältnisse sind relativ ungünstig. Hohe Luftfeuchtigkeit, Nebelhäufigkeit, niedrige Temperaturen sowie schwacher Luftwechsel sind charakteristisch für Goclaw. Bei der Bebauung des Wettbewerbsgebietes sollen deshalb sogenannte „Durchlüftungskeile" offen gehalten werden, um die klimatischen Verhältnisse der Stadt Warschau nicht zu verschlechtern.

2. Städtebauliche Gesichtspunkte

Mit dem weiteren Ausbau der polnischen Hauptstadt wird die Einwohnerzahl von gegenwärtig 1,3 Millionen auf 2,0 Millionen im Jahre 1990 ansteigen. Im Generalplan ist Goclaw als eines der großen Wohnungsbauvorhaben ausgewiesen, die strahlenförmig das derzeitige Stadtgebiet erweitern. Die städtebaulichen Konzeptionen für Goclaw sollen Lösungen aufzeigen, die für den Aufbau sozialistischer Wohngebiete richtungweisend sind.

Die günstige Lage des Wettbewerbsgebietes zum Stadtzentrum und den großen Arbeits- und Industriegebieten in Praga wird durch den geplanten Ausbau des Stadtschnellbahn- und Straßenverkehrsnetzes weiter verbessert. Im Norden tangiert dann die Lazienkowskastraße und im Süden die Trasse des Stadtautobahnringes (Sierkowskastraße) das Gebiet. Im Nordosten verläuft die Anin-Trasse als wichtige Ausfallstraße. Eine bedeutende Expreßtrasse liegt im Südosten des Wettbewerbsgebietes und führt zur Sierkowskastraße. Die Uferstraße entlang des Wisladammes soll für die Erschließung der geplanten Erholungsflächen erhalten bleiben. In Goclaw sind entsprechend Generalplan Wohnungen mit allen erforderlichen Gemeinschaftseinrichtungen für 100 000 EW und entlang der Wisla ein mehrere 100 m breiter Grünzug als Naherholungsgebiet für die Bewohner der angrenzenden Stadtteile und der Gesamtstadt anzuordnen. Arbeitsstätten sind im Planungsgebiet nicht erforderlich, da die Industrieanlagen in Praga und andere Arbeitsgebiete der Stadt günstig zu erreichen sind.

3. Preisgericht

Je ein Vertreter der eingeladenen Architektenverbände der sozialistischen Hauptstädte, 3 Vertreter der Hauptstadt Warschau und 5 vom SARP berufene Preisrichter bilden die Jury.

4. Prämien

– Prämie des Vorsitzenden des Stadtratspräsidiums von Warschau, I. Majewski, 50 000 zl.
– Prämie des Ministers für Bauwesen, A. Koskoszka, 30 000 zl.

Die teilnehmenden Kollektive erhalten eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 25 000 zl.

5. Der Seminarwettbewerb wird in zwei Phasen durchgeführt.

Erarbeitung der Dokumentation in den Heimatstädten. Auswertung sowie weitere Bearbeitung gemeinsam mit der Jury vom 15. bis 30. 10. 1972 in Kazimierz. Je vier Vertreter der Kollektive werden zur Teilnahme an diesem Seminar eingeladen.

Belgrad

Lojanica Milan
Cagić Predrag
Borovnica Nedeljko
Jovanović Borivoje

3 Gesamtplan

4 Wohngebiet

5 Modellfoto

Struktur des Stadtgebietes

3 Wohngebiete mit Wohngebietszentren und 1 Hauptzentrum, dem Wohnbebauung zugeordnet ist; die Wohngebietszentren in Verbindung mit je zwei Wohngruppen von 4000 bis 6000 Einwohnern und einer Schule; Arbeitsstätten für 8000 AK im Nordosten des Gebietes

Ausbildung und Lage der Zentren

Hauptzentrum an der Südtangente unter der Annahme einer späteren Erweiterung des Gebietes um weitere 100 000 EW entlang der Wisla

Erholungsbereiche

Zentrale Erholungsbereiche am Wislaufer und in der Mitte des Planungsgebietes.

Verkehrskonzeption

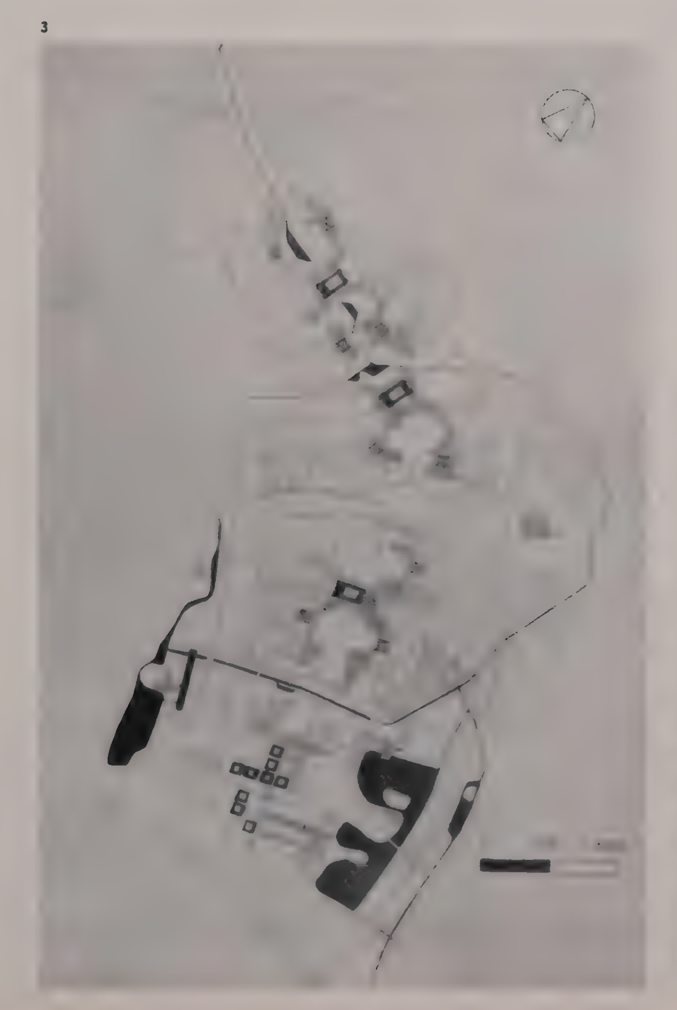
Haltepunkte der U-Bahn in den drei Wohngebietszentren, dem mittleren Erholungsbereich und dem Hauptzentrum; zusätzliche Erschließung durch Autobuslinien.

Neben dem Hauptstraßennetz verlaufen zwei Tangenten parallel zu den Wohngebieten in Nord-Süd-richtung;

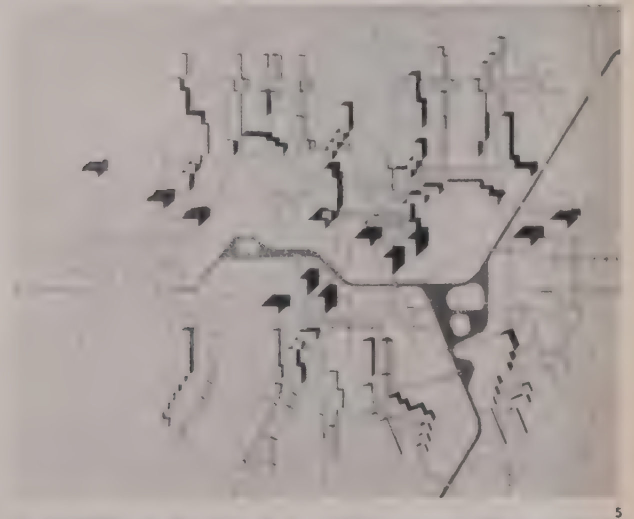
Querverbindung der Tangenten durch die Zentren der Wohngebiete führend;

Fußgängerverkehr prinzipiell in der zweiten Ebene; maximale Entfernung zwischen Wohngebäude und U-Bahn-Haltestelle 1000 m

3



4



5



Berlin

Helmut Stingl
Dietmar Kuntzsch
Edith Diehl
Hans-Eberhard Horn
Hans-Joachim Felke
Heinz Hanack
Michael Kny
Dieter Rühle
Günther Schmidt

Struktur des Stadtgebietes

3 Wohngebiete mit je 32 000 EW; Teilung der Wohngebiete in radial angeordnete Wohnkomplexe; Zuordnung der Flächen für den ruhenden Verkehr zu den Erschließungsstraßen in optimalen Entfernungen zu den Wohnbauten (bis 400 m); Verdichtung der Bebauung im Radius von 550 m um das Zentrum mit 8- bis 25geschossigen Gebäuden (80 Prozent der Einwohner), im Radius von 550 bis 700 m Einfamilienhäuser und dreigeschossige Terrassenhäuser (20 Prozen der Einwohner). Das Prinzipielle der Festlegung der Kommunikationsstruktur und Flächennutzung ermöglicht verschiedenartige Lösungen für die Bebauung.

Ausbildung und Lage der Zentren

Wohngebietszentren an den Haltepunkten der Stadtschnellbahn bei niveaufreier Kreuzung des Fußgänger- und Fahrverkehrs in drei Ebenen mit Einrichtungen des Handels, der Kultur und Bildung, des Sports, der Verwaltung und des Gesundheitswesens sowie Gaststätten- und Dienstleistungseinrichtungen; das Zentrum vom mittleren Wohngebiet auf Grund seiner Lage zum gesamtstädtischen Erholungsbereich hat weitere gesellschaftliche Einrichtungen; Sekundärzentrum mit Schulen für 1500 Schüler in den Wohnkomplexen für jeweils 8000 EW in Verbindung mit Aula, Sportanlagen, Gaststätte, Handels- und Dienstleistungseinrichtungen sowie Kindergärten.

Die Erdgeschoßzone der vielgeschossigen Wohngebäude dient der öffentlichen Nutzung (Durchgänge, gesellschaftliche Einrichtungen, technische Anlagen).

Erholungsbereiche

Durch Verlegung der Uferstraße zusammenhängende und damit für die Nutzung als gesamtstädtisches Naherholungsgebiet günstige Fläche an der Wisla mit Sporteinrichtungen, Spielflächen, Motel u. a. m.; weitere Freiflächen mit Anlagen und Einrichtungen für die Erholung ringförmig um die Wohngebiete, dadurch gleichzeitig Ausbildung wirksamer Durchlüftungskeile

Verkehrskonzeption

Wichtigstes Verkehrsmittel ist die Stadtschnellbahn, die auf Grund der hydrologischen Situation als Hochbahn vorgesehen ist:

Erschließung der Wohngebiete durch Buslinien bis zur Fertigstellung der Schnellbahn;

verkehrsmäßige Anbindung der Wohngebiete von der Ufertangente;

verkehrsfreie Fußgängerverbindungen und Bereiche im Wohngebiet

6 Gesamtplan

7 Strukturprinzipien

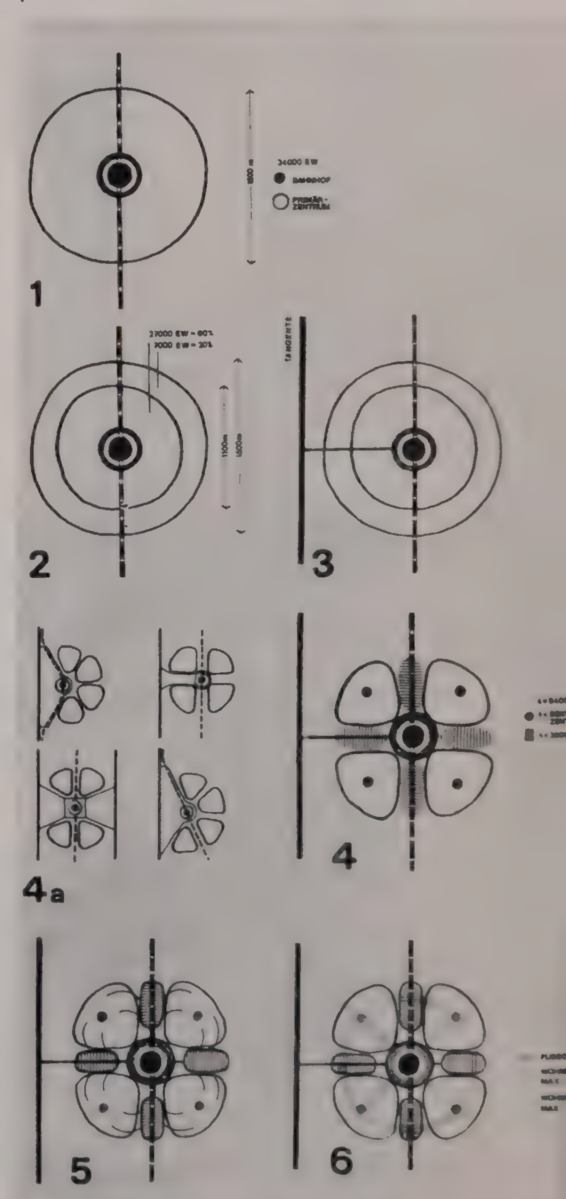
8 Wohnkomplex

9 Modellfoto eines Wohnkomplexes

6

32000 EW
36000 EW
32 000 EW
0
500
1000
GOCŁAW

7





8



9

10 Wohngebiet
11 Teillageplan

Budapest

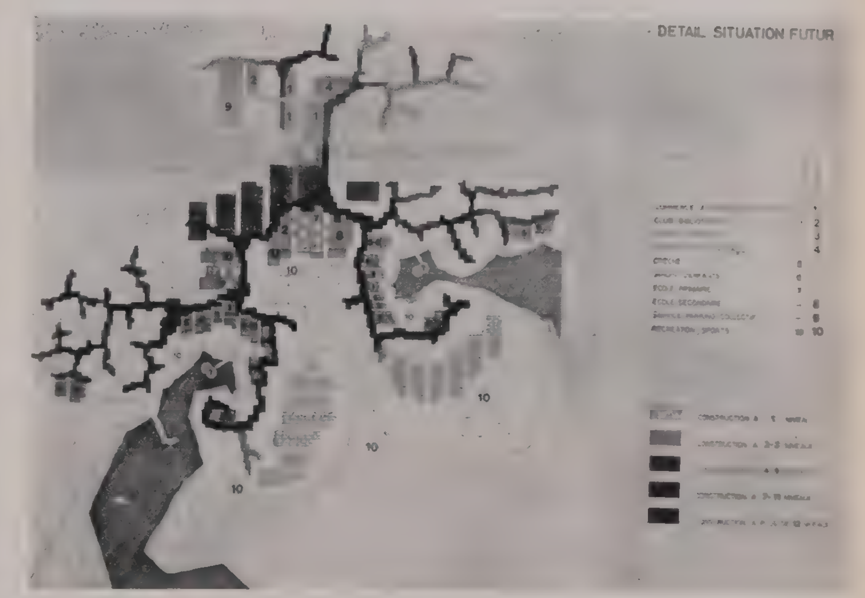
Arpad Mester, László Iványi, András Berczik, Balázs Gerö

Struktur des Stadtgebietes
9 Wohngebiete mit 16 000 bis 32 000 EW, insgesamt 200 000 EW; Arbeitsstättengebiet an der östlichen Tangente, in denen 50 Prozent der Berufstätigen beschäftigt sind, 25 Prozent der Arbeitskräfte erreichen die Betriebe fußläufig. Die Anzahl der Arbeitsplätze wird mit der Zunahme der Beschäftigten im Dienstleistungsbereich begründet.

Ausbildung und Lage der Zentren
Für jedes Wohngebiet ist ein Zentrum vorgesehen, zwei davon tragen überörtlichen Charakter.

Erholungsbereiche
Zentrale Erholungsbereiche sind auf großen zusammenhängenden Flächen entlang der Wisla geplant

Verkehrskonzeption
Eine Untergrundbahn verbindet die Zentren der Wohngebiete in Form einer sogenannten „Perlenkette" mit Haltestellen in Abständen von 600 m; parallel zur U-Bahn verläuft die Hauptverkehrsstraße, die an jedem Zentrum eine Verbindung zu einer der tangierenden Hauptstraßen erhält; Konzentration des ruhenden Verkehrs in Großgaragen im Bereich der Hauptverkehrstrasse.



10



11



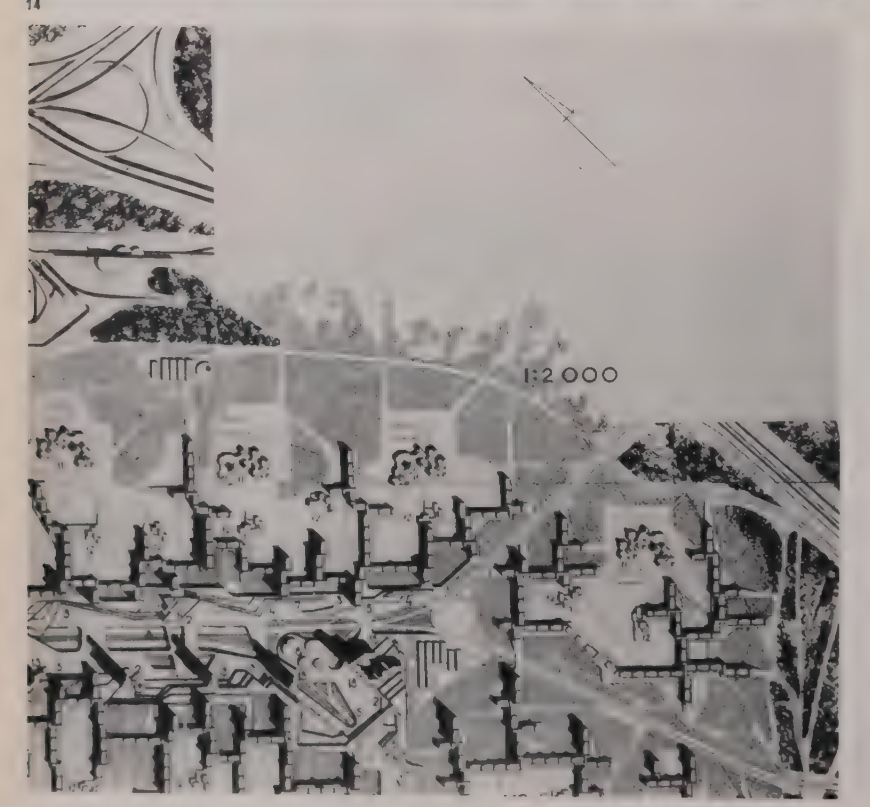
12
13



Kiew

Igor Mieziencew
Jefim Dubinski
Pawel Kuczmarenko
Wladimir Klimow

14



Struktur des Stadtgebietes

4 Wohngebiete mit je 30 000 EW; Wohnkomplexe für 6000 bis 9000 EW; 12- bis 40geschossige Wohnbauten mit je 3000 EW und freien 6 m hohen Erdgeschoß-zonen

Ausbildung und Lage der Zentren

Hauptzentrum in der Mitte des Planungsgebietes; eine Fußgängerbrücke führt über die Weichsel zum Universitätsgelände jenseits des Flusses.

Erholungsbereiche

Größere Flächen für die Erholung im Süden des Planungsgebietes; mit den Wohngebieten durch Grünzüge verbunden

Verkehrskonzeption

Haltepunkte der U-Bahn in den vier Zentren, durchgehende hochliegende Fußgängerebene bis zu allen Wohngebäuden;

maximale Fußwegentfernung zu den Haltestellen der U-Bahn 750 m;

Hauptstraßennetz mit flächenaufwendigen Knotenpunkten und Radialen;

innere Erschließungsstraßen durch die Zentren der Wohngebiete

12 Gesamtplan

13 Modellfoto

14 Wohngebiet

Moskau

Wiktor Lebiediew
Jewgeni Ass
Julij Kubacki
Aleksander Larin

Struktur des Stadtgebietes

Lineare Konzentration der Wohnbebauung entlang der Weichsel; Gliederung in vier Wohngebiete mit je 25 000 EW; Reihung von Wohntürmen und vielgeschossigen, gestaffelten Gebäudegruppen

Ausbildung und Lage der Zentren

Alle zentralen Einrichtungen befinden sich in einem Hauptzentrum am Wislabogen.

Erholungsbereiche

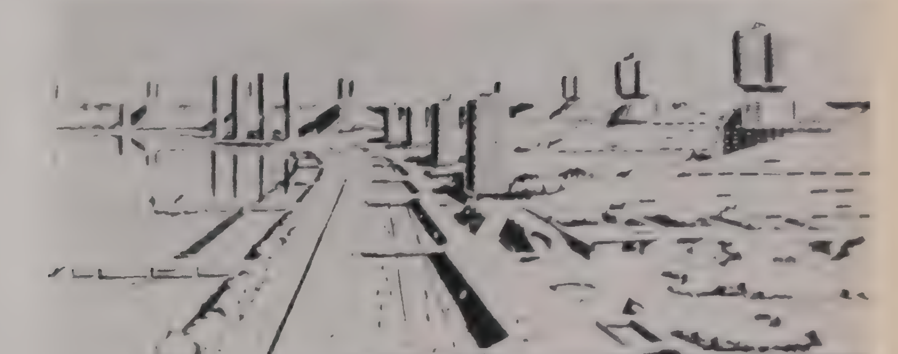
Große komplexe Sport- und Erholungsflächen östlich des Hauptzentrums

Verkehrskonzeption

U-Bahn-Linie und im Einschnitt geführte Hauptverkehrsstraße unter Ausnutzung des vorhandenen Wisladammes geplant;
kreuzungsfreie Führung der Fußgänger über Brücken und Plateaus



15
16



15 Gesamtplan

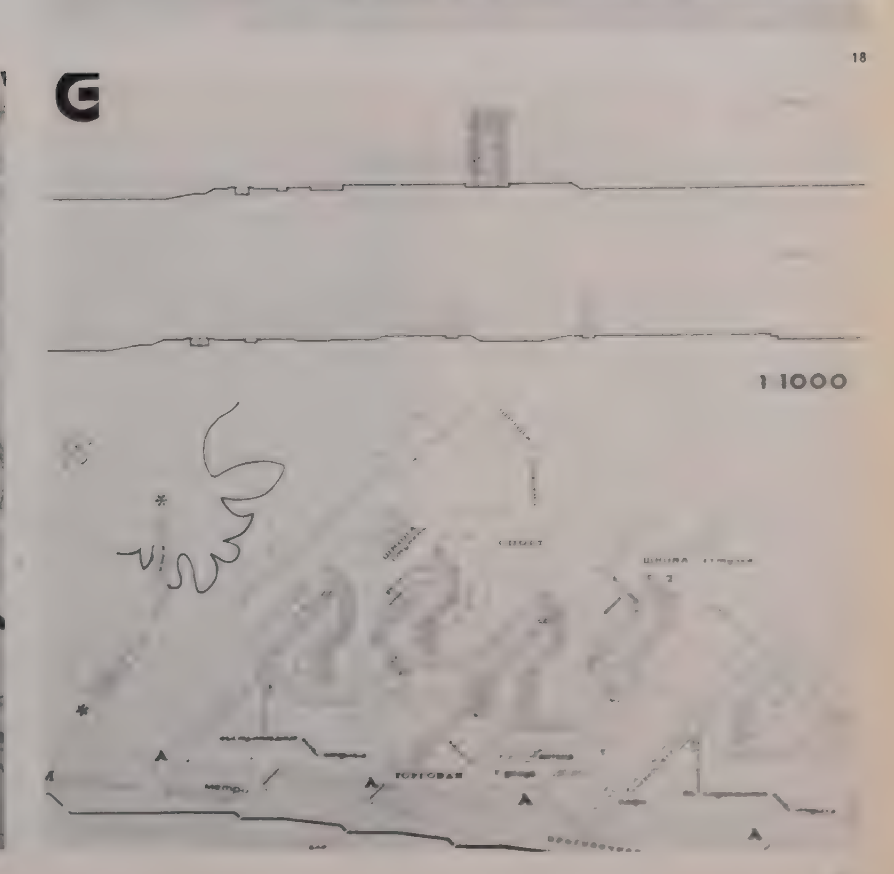
16 Perspektive

17 Modellfoto

18 Wohngebiet

17

18



19

Prag

Gorazd Célechovský
Ludmila Englichova
Vladimir Sýroka
Vladimir Sipler

Struktur des Stadtgebietes

Vier Wohngebiete mit je 2 × 12 000 EW; lineare Anordnung der Wohnbebauung und gesellschaftlichen Einrichtungen der Wohngebiete; Anteil der vielgeschossigen Wohngebäude 20 Prozent; Arbeitsstättengebiete für 50 Prozent der Berufstätigen von Gocław parallel zur Tangente im Nordosten des Gebietes.

Ausbildung und Lage der Zentren

Hauptzentrum in der Mitte des Planungsgebietes und in enger Verbindung mit den zentralen Erholungsflächen an der Wisla und den Arbeitsstätten am Nord- und Nordostrand des Planungsgebietes

Erholungsgebiete

Erholungsflächen konsequent entlang der Wisla

Verkehrskonzeption

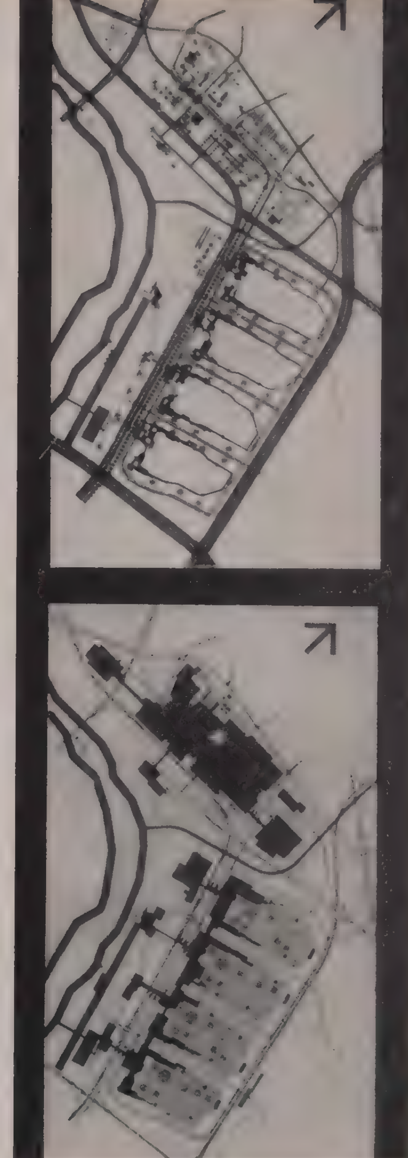
Lage der U-Bahn unter der Haupterschließungstrasse der Wohngebiete mit neun Haltepunkten

20



19 Gesamtplan

20 Wohngebiet



21

22 23

Sofia

Athanas Agura
Kriril Botschkow
Zeni Christowa
Nikolai Tchipew

24



Struktur des Stadtgebietes

Vier Wohngebiete mit je 25 000 EW, deren Zentren zur Wisla orientiert sind; durch diese periphere Lage Fußgängerentfernungen bis 1500 m; Arbeitsstätten des teritiären Sektors für 30 000 AK im Hauptzentrum

Ausbildung und Lage der Zentren

Herausbildung eines Hauptzentrums auf einer Fläche von 200 ha im Nordteil des Gebietes; diese Lage wird mit der Einbeziehung vorhandener benachbarter Stadtgebiete von Praga begründet.

Erholungsgebiete

Erholungsflächen sowohl entlang der Wisla, als auch im „Durchlüftungskeil" zwischen Hauptzentrum und Wohngebiet

Verkehrskonzeption

Die Stadtschnellbahn als Hochbahn tangiert die Wohngebiete;

ringförmig angeordnete automatisch geregelte Einschienenbahnen verbinden die Wohngebäude mit der Schnellbahn.

Hauptstraßennetz in Form von Tangenten und Querverbindungen zwischen den Wohngebieten

21 Gesamtplan

22 23 Strukturschemata

24 Modellfoto eines Wohngebietes

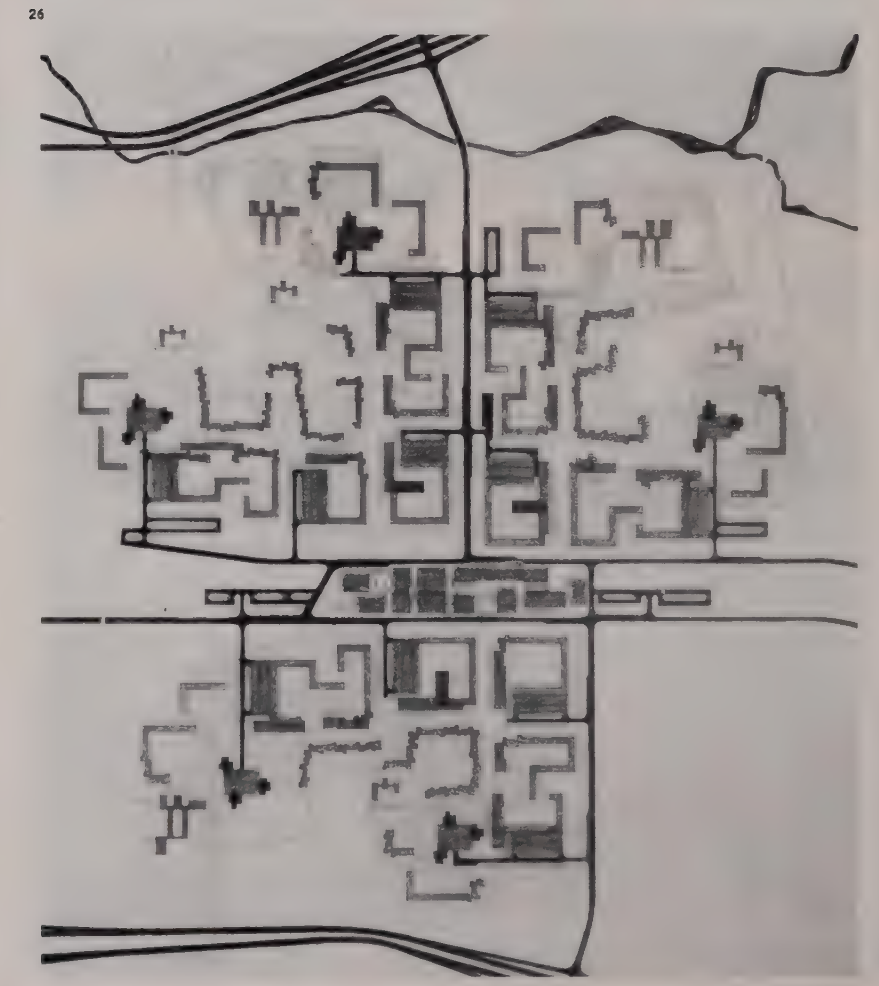
Warschau I

Jan Maciej Chmielewski
Andrzej Gawlikowski
Ludmila Lautersztajn



25

26



Struktur des Stadtgebietes

Vier Wohngebiete mit je 25 000 EW um eine bandförmige Erschließungs- und Zentrumsachse; direkte Beziehungen zur Wisla bewußt negiert (Wisladamm, klimatische Bedingungen); Wohngebäude mit offenem Erdgeschoß; Arbeitsstätten entsprechend Ausschreibung nicht vorgesehen

Ausbildung und Lage der Zentren

Mittlere Wohngebiete mit einem Zentrum und zusätzlichen gesellschaftlichen Einrichtungen für das Stadtgebiet Gocław in Verbindung mit den Freiflächen, die gleichzeitig als Durchlüftungskeile fungieren

Erholungsbereiche

Durch Konzentration der Wohngebiete verbleiben im Süden umfangreiche Flächen für die Naherholungg

Verkehrskonzeption

Die zentrale Erschließungsachse erhält mehrere Anbindungen an die Tangenten;

Verlauf der Stadtschnellbahn unterirdisch in dieser Achse;

maximale Entfernung zu den Wohngebäuden 700 m

25 Gesamtplan

26 Wohngebiet

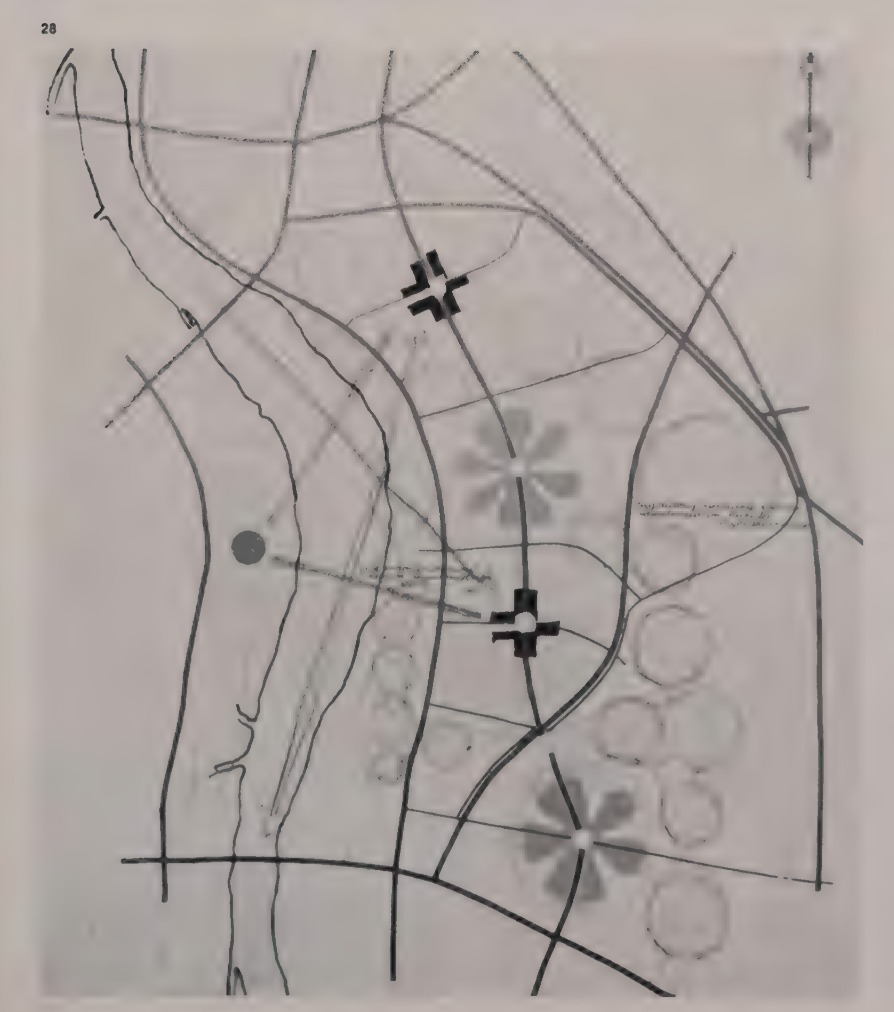
Warschau II

Stefan Putowski
Juliusz Wilski
Radosława Kozicka
Magdalena Staniszkis



27

28



Struktur des Stadtgebietes

Vier Wohngebiete mit je 30 000 EW; zwei davon mit extrem hoher Bebauung (40 Geschosse), die beiden anderen 4- und 5geschossig; Erdgeschoßzonen zur besseren Durchlüftung offen gehalten; Arbeitsstätten im Südteil zwischen zwei Wohngebieten für 50 Prozent der Berufstätigen

Ausbildung und Lage der Zentren

Keines der vier Zentren besonders hervorgehoben; einige überörtliche Einrichtungen in den Gebieten mit extrem hoher Bebauung

Erholungsgebiete

Erholungsflächen vorwiegend entlang der Wisla und im kleineren Umfange zwischen den Wohngebieten

Verkehrskonzeption

Das Hauptstraßennetz entsprechend Ausschreibung beibehalten und durch eine Erschließungsstraße in der Mitte der Wohngebiete ergänzt;

Stadtschnellbahn parallel dazu im Einschnitt;

maximale Entfernung der Wohngebäude von den Haltestellen 700 m;

größtenteils eine zweite Ebene für den Fußgängerverkehr

27 Gesamtplan

28 Kompositionsskizze

29

Warschau III

Bogusław Chyliński
Jacek Jedynak
Andrezej Skopiński
Jerzy Skrzypczak
Zbigniew Pawłowski
Wojciech Wojtysiak
Sławomir Wiecek

29 Gesamtplan

30 Wohngebiet

31 Perspektive

Struktur des Stadtgebietes

Wohngruppen mit 1500 bis 2000 EW in drei Wohngebieten von je 33 000 EW zusammengefaßt; Bebauung bis an die Wisła herangeführt; räumliche Beziehungen zu den geplanten Universitätsbauten jenseits der Wisła beabsichtigt; Schule ist nicht für die Größe der Wohngruppen bestimmend, Spezialisierung und Größe der Schulen stark differenziert angenommen, welche durch die Schüler entsprechend Neigung und Veranlagung gewählt werden und durch Bus erreicht werden sollen; Arbeitsstätten im Norden des Wettbewerbsgebietes.

Ausbildung und Lage der Zentren

Neben drei Wohngebietszentren ein Hauptzentrum am Wisłabogen auf einer künstlichen Insel; eine Brücke führt zum Universitätszentrum

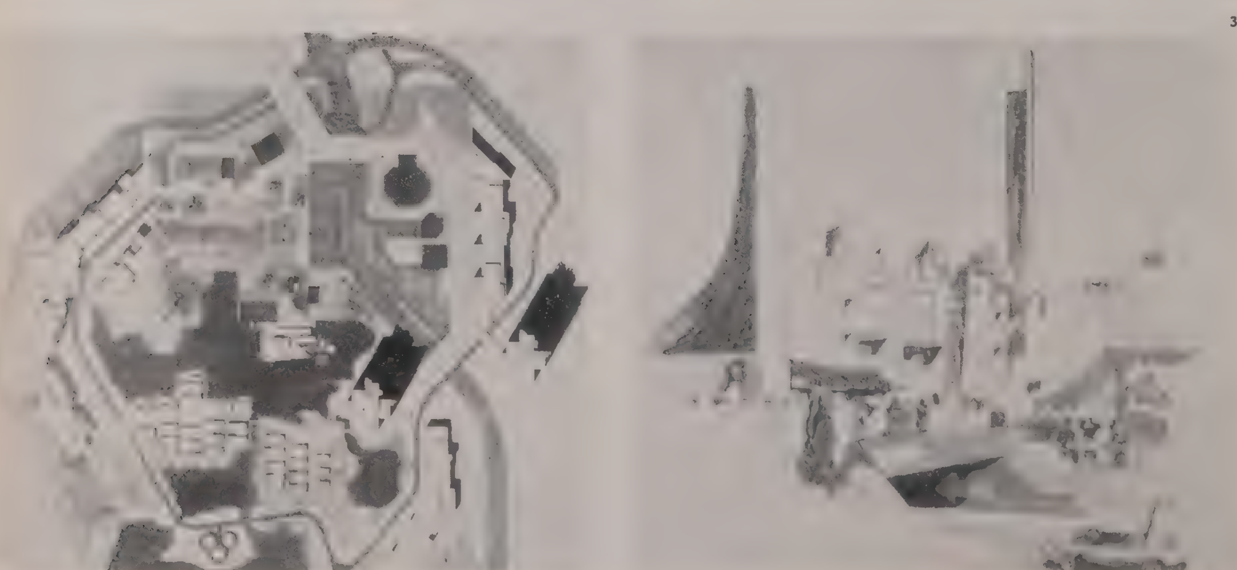
Erholungsgebiete

Größere Erholungsflächen im Süden an der Wisła ausgewiesen; Grünzüge und Wasserläufe gliedern die Wohngebiete und Wohngruppen und führen in das zentrale Sportgelände östlich des Hauptzentrums

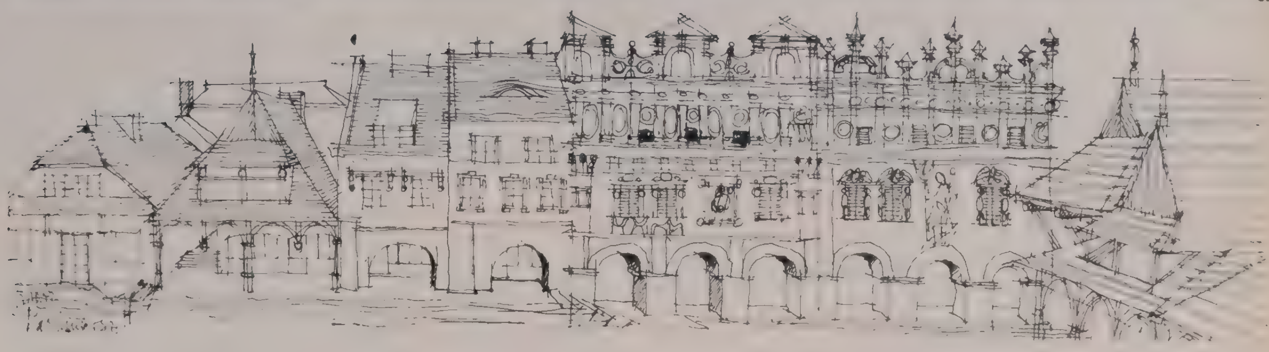
Verkehrskonzeption

Die U-Bahn verläuft durch die Zentren einiger Wohngebiete und tangiert das Hauptzentrum;/
Entfernungen von den Haltepunkten zu den Wohngebäuden etwa 1200 m;
Zubringerverkehr durch Buslinien;
verkehrsmäßige Erschließung stark verästelt, von den Tangenten ausgehend

30 31







Zur Arbeit der internationalen Jury

Während einer Zusammenkunft der Jurymitglieder im April 1972 in Nieberow bei Warschau wurden das Wettbewerbsprogramm, der Ablauf und die Ziele des Seminars eingehend behandelt. Damit waren die Voraussetzungen für die Jury-Arbeit während des Seminarwettbewerbes in Kaziemierz-Dolny geschaffen.

32 Haus der Polnischen Architekten

33 Marktplatz von Kazimierz (Dietmar Kuntzsch

34 Tagungsraum

Als Vertreter der sozialistischen Architektenverbände waren anwesend:

Ryszard Trzaska Vorsitzender der Jury	Warschau
Mihajlo Mitrovic	Belgrad
Joachim Näther	Berlin
Ernö Heim	Budapest
Jewgienij Stamo	Moskau
Stephane Staynow	Sofia
Jerzy Hryniewiecki	Warschau
Zbigniew Karpiński	Warschau
Tadeusz Kobylański Richter-Referent	Warschau
Krzysztof Lachert	Warschau
Halina Skibniewska	Warschau
Tadeusz Szumielewicz	Warschau

Am 16. und 17. Oktober 1972 wurden in offenen Sitzungen der Jury die vorgelegten Wettbewerbsarbeiten durch Vertreter der Kollektive erläutert und Anfragen beantwortet. Für die Jurymitglieder und die Kollektive entstand daraus ein erster umfassender Überblick über die eingereichten Entwürfe und die Qualität ihrer Aussagen.

Bereits die Erläuterungen der Wettbewerbsarbeiten zeigten die Schwierigkeiten hinsichtlich des Zeitaufwandes und der Exaktheit der Informationsübermittlung bei den meisten mehrfach notwendigen Übersetzungen von Fachtexten.

Unter der Leitung des Richter-Referenten analysierten die Sachverständigen die Arbeiten nach Beurteilungskriterien.

In der Sitzung der Jury am 23. 10. 1972 trug der Richter-Referent das Ergebnis der vergleichenden Analyse nach folgenden Gesichtspunkten vor:

- Einordnung in die Gesamtstadt
- Struktur des Stadtgebietes
- Größe und Anordnung der gesellschaftlichen Einrichtungen
- Lage, Größe und Nutzung der Freiflächen für die Naherholung
- Bebauungsformen
- Kommunikationssysteme

Anschließend hatten die Kollektive Möglichkeiten zur Ergänzung bzw. Verteidigung.

Eine kritische Diskussion der Teilnehmer am Seminar zur Herausarbeitung von Prinzipien war wegen Zeitmangels und Schwierigkeiten bei der Übersetzung nur bedingt möglich. Es sollte überprüft werden, ob bei einem derartigen Seminarwettbewerb dem offenen Meinungsstreit zur Erarbeitung von generellen Thesen gegenüber der Auswahl und Prämierung einiger Arbeiten der Vorzug zu geben ist.

Die Auswertung der unterschiedlichen Lösungsvorschläge für die Gestaltung sozialistischer Wohngebiete am Beispiel Goclaws erfolgte in geschlossenen Sitzungen der Jury. Entsprechend Jury-Beschluß hatte jeder Preisrichter drei Arbeiten für die Prämierung vorzuschlagen. Folgende Einschätzung wurde abschließend bekanntgegeben:

- Alle eingereichten Entwürfe werden auf Grund des hohen Niveaus und der richtungweisenden Aussagen für die Entwicklung der Stadt Warschau mit Ehrendiplomen ausgezeichnet.
- Die Prämie des Vorsitzenden des Staatsratspräsidiums von Warschau erhielt das Kollektiv aus Belgrad.
- Die Prämie des Ministers für Bauwesen wurde dem Kollektiv aus Moskau verliehen.
- Eine zusätzliche Prämie vergab der Verband Polnischer Architekten an das Kollektiv Warschau III.

Die Jury sprach allen Teilnehmern Dank und Anerkennung für die geleistete Arbeit aus und appellierte an die Fachverbände der sozialistischen Länder und die Stadtverwaltungen der Hauptstädte, weitere Seminarwettbewerbe zur Entwicklung von städtebaulichen Planungsprinzipien durchzuführen und gab folgende Empfehlungen:

Beachtung der Ergebnisse des Seminarwettbewerbes für die Konkretisierung des Generalplanes der Stadt Warschau:

1. Funktionell-räumliche Gestaltung von Goclaw bei maßstäblicher Einordnung in das Wislatal unter Berücksichtigung der bestehenden Stadt
2. Landschaftliche Besonderheiten (Wasserläufe, Wislabogen) sind bei der Konzeption für Goclaw hinsichtlich Freiflächengliederung und Bebauung hervorzuheben
3. Untersuchungen hinsichtlich der Durchlüftung der Stadt zur Veränderung der klimatischen Bedingungen sind erforderlich
4. Überprüfung der Integration von Arbeitsstätten und überörtlichen gesellschaftlichen Einrichtungen in das Planungsgebiet unter Beachtung angrenzender Stadtgebiete
5. Der geplante Ausbau des Schnellbahnnetzes wird bestätigt. Der zunehmende individuelle Verkehr ist theoretisch und entsprechend den Realisierungsmöglichkeiten besonders zu untersuchen.



1

Stadthalle der Freundschaft in Suhl

„Mit der Stadthalle der Freundschaft wurde anläßlich des 55. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution die größte Kultur- und Sporteinrichtung übergeben, die in der Geschichte der Stadt und des Bezirkes Suhl bisher errichtet wurde. Sie ist das Gemeinschaftswerk der Bauschaffenden der DDR und der Sowjetunion und wurde so zum Symbol der unverbrüchlichen deutsch-sowjetischen Freundschaft, die ihre bleibende Würdigung in der Namensgebung fand."

Günter Schnabel
Oberbürgermeister der Stadt Suhl

Architekt BdA/DDR Heinz Luther
VEB (B) Wohnungsbaukombinat Suhl

Projektierung:	VEB (B) WBK Suhl – Abteilung Projektierung Produktionsbereich II, Bereichsleiter: Bauingenieur Heinz Gladitz, Bauingenieur Herbert Fleischhauer
Projektleiter Stadthalle:	Bauingenieur Heinz Luther
Mitarbeiter:	Dipl.-Ing. H. W. Kliesch, Dipl.-Ing. T. Koch, Dipl.-Ing. M. Ehrhardt, Bauingenieur H. Hildebrandt
Projektleiter Versorgungsgebäude:	Dipl.-Ing. U. Möckel
Haupttragkonstruktion, Stützen mit Seildach Projektierung:	Institut LENSNIIEP, Leningrad
Bildkünstlerische Arbeit:	Waldo Dörsch, Ali Baumgarten
Innengestaltung:	VE Innenprojekt Halle
Projektierung und Ausführungsleitung:	Innenarchitekt G. Heubach, Innenarchitekt R. Tautz, Bauingenieur J. Müller
Grünplanung	Gartenarchitekt J. Derlig, Gartenarchitekt M. Müller

Die städtebauliche Lösung des Stadtzentrums ist das Ergebnis eines 1966 durchgeführten Wettbewerbs. Die damals entstandene Konzeption wurde im Frühjahr 1968 durch das Büro für Städtebau des Rates des Bezirkes Suhl im Zusammenwirken mit der Bauakademie der DDR überarbeitet. Das Politbüro des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und das Präsidium des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik bestätigten das Vorhaben, in Suhl nach dem Vorbild der Leningrader Jubiläumshalle eine Stadthalle zu errichten.

Der Standort der Halle befindet sich im zentralen Punkt des Stadtzentrums. Sie ist von bestehenden und geplanten gesellschaftlichen Bauten wie Kulturhaus, Haus der Bildung, Schwimmhalle, Warenhaus, Rat des Bezirkes, Hotel und eine Reihe von Gaststätten umgeben.

Da außer der täglichen sportlichen Nutzung auch politische oder kulturelle Großveranstaltungen, festliche Bälle, Konferenzen, Ausstellungen usw. durchgeführt werden können, wird die Halle zur ständigen Belebung dieses zentralen Bereiches beitragen.

Das kreisförmige Gebäude hat einen Außendurchmesser von 66,00 m und eine Höhe von 20,65 m. Es werden nordöstlich der Versorgungstrakt und westlich die Großgaststätte angegliedert. Der Hauptzugang befindet sich auf der dem zentralen Platz zugewandten Seite, der Personaleingang auf der Rückseite des Gebäudes.

Diese vielfältige Nutzung machte eine Reihe von außergewöhnlichen bautechnischen, technischen und technologischen Maßnahmen und Anlagen erforderlich, die die Durchführung der verschiedenen Veranstaltungen und das kurzzeitige Umrüsten gewährleisten.

Im wesentlichen handelt es sich um folgende Veranstaltungen:

- politische Großveranstaltungen
- kulturelle Großveranstaltungen mit internationalen Tanz- und Gesangsensembles, mit Funk und Fernsehen sowie Ausscheide des künstlerischen Volksschaffens und festliche Bälle
- sportliche Großveranstaltungen und Wettkämpfe sowie Trainingsmöglichkeiten
- wissenschaftliche Kongresse und damit verbundene Ausstellungen.

Diesem umfangreichen Programm zufolge war es notwendig, mit dem Institut für Technologie kultureller Einrichtungen Berlin, der DHfK Leipzig, dem VEB Leuchtenbau Leipzig und dem Rundfunktechnischen Zentralamt Berlin zusammenzuarbeiten, von denen die bühnen- und sporttechnologischen Anlagen konzipiert, die lichttechnische Berechnung erarbeitet sowie das

Kennwerte

Technische Daten:

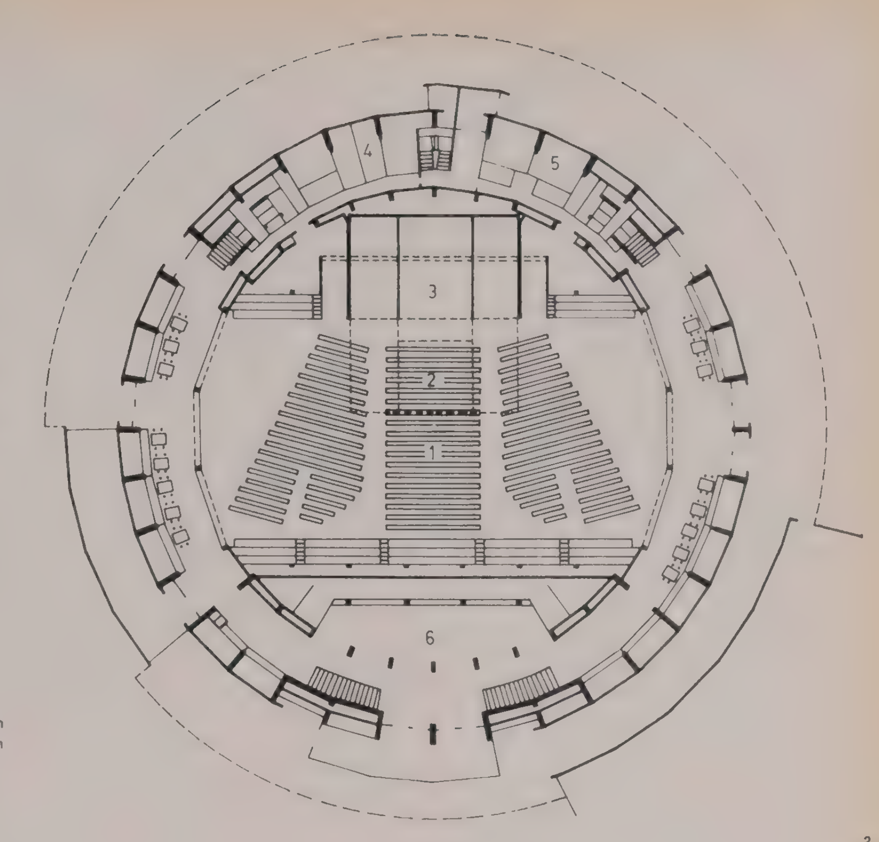
Hallendurchmesser:	66,00 m
Hallenhöhe:	20,65 m
Platzkapazität:	max. 2111
Bebaute Fläche:	5 210 m²
Nutzfläche:	11 275 m²
Umbauter Raum:	97 500 m³
Verkehrslast:	200–1000 kp/m²
Luftbedarf:	max. 233 140 m³/h
Energiebedarf:	1000 kW
Beleuchtungsstärke	
Halle:	750 lux Betriebswert
mit Bühnenscheinwerfer:	etwa 1500 lux
Wasserbedarf:	10,0 l/s Löschwasser
	6,2 l/s Brauchwasser

Geschoßhöhen:

Tiefkeller	6,00 m
Normalkeller	4,00 m
Erdgeschoß	4,50 m
1. bis 3. Obergeschoß	3,60 m
Stützenabstand	5,75 m

Hauptabmessungen Versorgungsgebäude:

Stützenraster –	Kellergeschoß	6,00 m × 6,00 m
	Erdgeschoß	6,00 m × 18,00 m
Geschoßhöhe:	Keller	5,60 m
	Erdgeschoß	7,35 m
	Zwischengeschoß	3,00 m



2

1
Blick auf die Stadthalle mit dem angrenzenden Versorgungsgebäude

2
Bestuhlungsplan für Bühnenveranstaltungen (1640 Plätze, einschließlich Tribüne) 1 : 600
1 Halle
2 Bühnenerweiterung
3 Bühnenwagengarage
4 Arztbereich
5 Schiedsrichter, Trainer
6 Eingangshalle

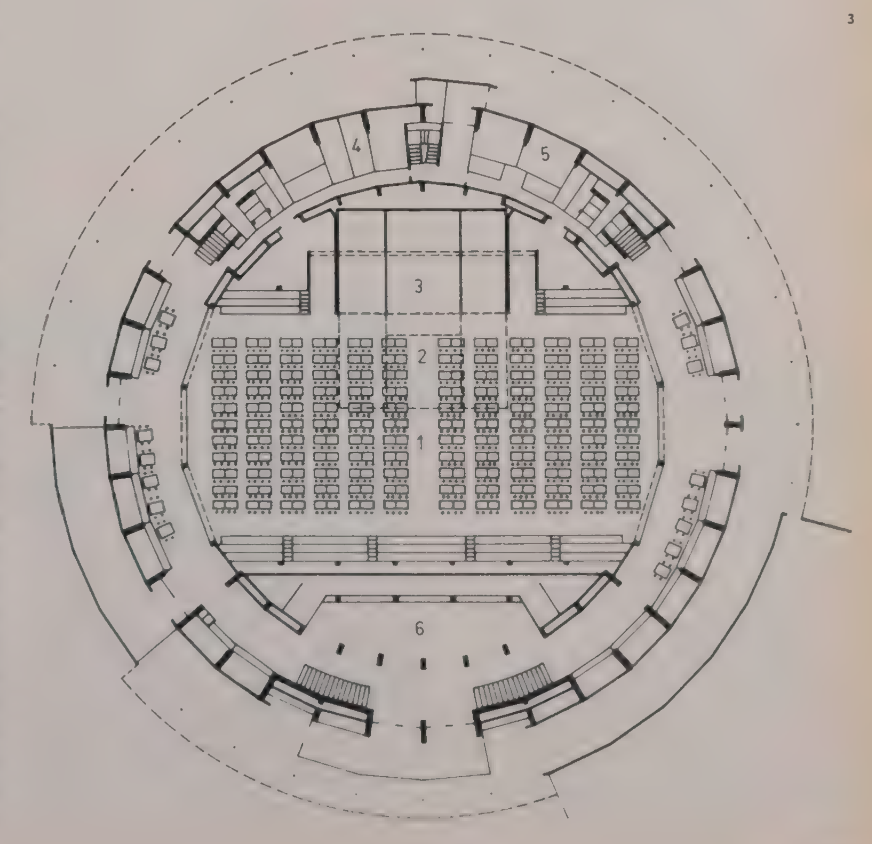
3
Bestuhlungsplan für Konferenzen (maximal 650 Tischplätze) 1 : 600
1 Halle
2 Bühnenerweiterung
3 Bühnenwagengarage
4 Arztbereich
5 Schiedsrichter, Trainer
6 Eingangshalle

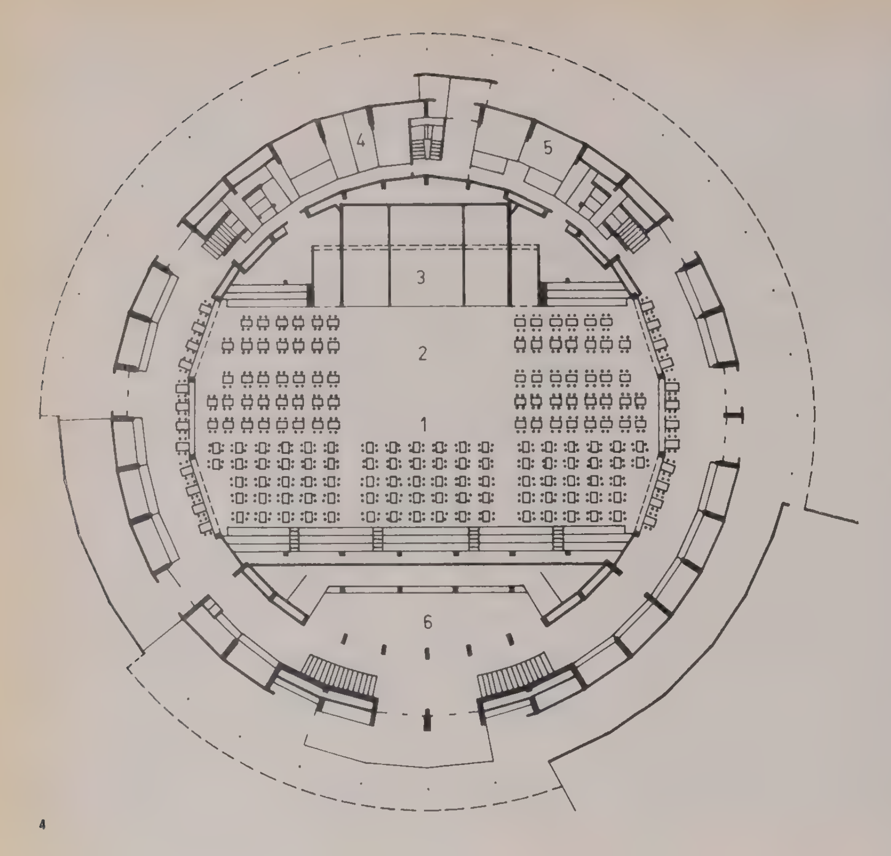
Bau-, Raum- und elektroakustische Gutachten erstellt wurden.

Die Funktion der Stadthalle

Die Stadthalle der Freundschaft besteht aus einem etwa 6 Meter breiten äußeren Ring und einem großen Hallenraum mit einem Durchmesser von 50 Metern. Der Ring dient im Erdgeschoß und im ersten Obergeschoß zur Erschließung der Halle. An der Nord- und Südseite sind im zweiten und dritten Obergeschoß Nebenfunktionsräume (Technik, Regie, Reporter, Büro, Arzt, Trainer) untergebracht. Die Garderoben, die sanitären Anlagen sowie die Einrichtungen für die Pausenversorgung (Kioske) wurden dezentralisiert angeordnet, um Zuschauerkonzentrationen während der Veranstaltungspausen zu vermeiden. Die Garderobenanlagen sind den jeweiligen Sitzplätzen zugeordnet und können je nach Veranstaltungsart erweitert werden. Sie lassen sich außerdem durch geringfügigen Umbau als Ausstellungsnischen herrichten. Im Kellergeschoß befinden sich unter anderem die Umkleide- und Waschanlagen für die Akteure, das Stuhlmagazin und eine Kegelbahn mit vier Bahnen. Dieses Geschoß steht direkt mit dem Versorgungstrakt in Verbindung. Im Erdgeschoß dieses Anbaues sind eine Nebenhalle mit der Größe von 18 m × 48 m, eine Eingangshalle sowie Umkleide-, Wasch- und Geräteräume untergebracht. Diese Nebenhalle dient dem Training, vor allem dem Krafttraining, und der Wettkampfvorbereitung.

3





4

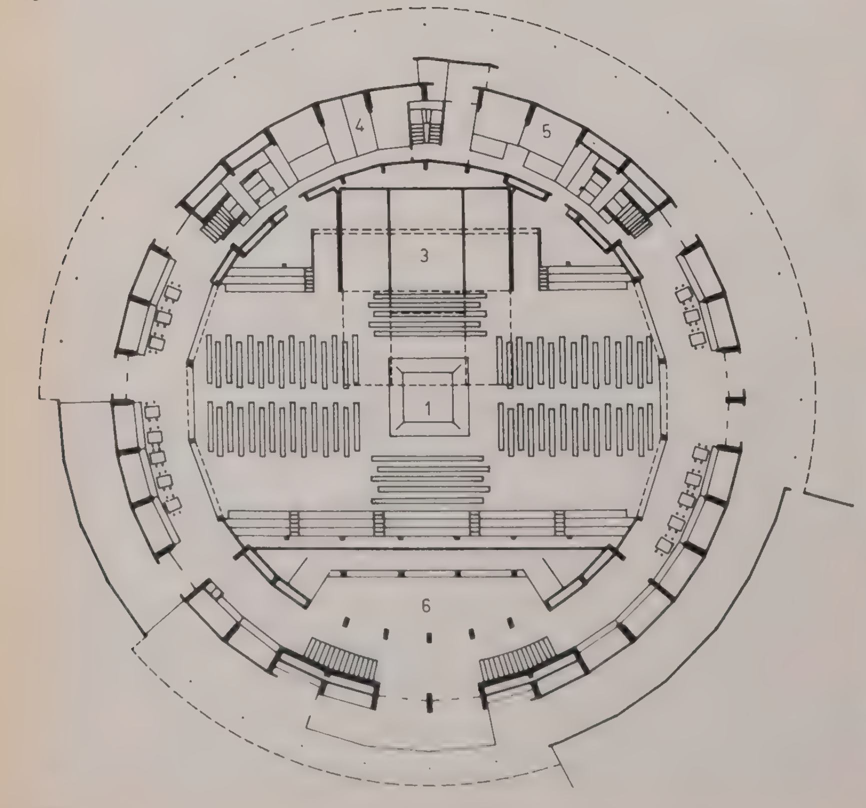
4
Bestuhlungsplan für Tanzveranstaltungen (720 Plätze) 1 : 600

1 Halle
2 Tanzfläche
3 Bühnenwagengarage
4 Arztbereich
5 Schiedsrichter, Trainer
6 Eingangshalle

5
Bestuhlungsplan für Boxveranstaltungen 1 : 600

1 Boxring
3 Bühnenwagengarage
4 Arztbereich
5 Schiedsrichter, Trainer
6 Eingangshalle

5



Technische und technologische Anlagen

In den Zuschauertribünen Nord, gegenüber der Regie und den Reporterkabinen, befindet sich eine 6 m × 18 m große feste Bühne. Unter dieser Bühne stehen mehrere durch Elektromotor angetriebene Bühnenwagen, die je nach Bedarf auf die Parkettfläche herausfahren und die Bühne auf eine maximale Fläche von 16 m × 18 m erweitern können. Einer dieser Bühnenwagen hat die Größe eines Boxringes und kann bis zur Hallenmitte gefahren werden. Hinter der festen Bühne, unter den Tribünen, ist ein fahrbarer Tribünenwagen stationiert, der auf das feste Podium herausfährt, wenn die Bühne nicht für Veranstaltungen benötigt wird. Dadurch kann die Zuschauertribüne Nord ebenfalls voll genutzt werden.

Neben dieser Bühnenanlage sind zwei doppelstockige 3 m × 6 m große Hebebühnen angeordnet, die dem Transport der Geräte, der Tische und Stühle dienen, aber auch durch Hochfahren auf Bühnenhöhe die Bühnenfläche erweitern.

Im Dachraum sind eine Reihe von Seilwinden aufgestellt, die Laststangen hochziehen, an denen Vorhänge oder Netze befestigt sind, die zur Bühnengestaltung oder Spielfeldtrennung benötigt werden. Außerdem werden die im Mittelring hängenden Lautsprecher und die Boxringbeleuchtung in die benötigte Höhe bewegt.

Zur Bühnenausstrahlung und Effektbeleuchtung bei Kultur- und Sportveranstaltungen sind unter der Saaldecke über den Zuschauertribünen und – abgehängt auf einer ringförmigen Beleuchterbrücke in Saalmitte – einstellbare Scheinwerfer eingebaut. In der gesamten Saaldecke sind für die Flächenausleuchtung des Parketts Leuchten vorgesehen.

Zur Vermeidung von Lärmstörung von aussen und innen und zur Unterbringung von Echo wurde eine Vielzahl von raum- und bauakustischen Maßnahmen durch schalldämmende und absorbierende Auskleidungen erforderlich. Um eine gleichmäßige und gute Tonübertragung von der Bühne zum Zuschauer zu gewährleisten, ist eine ringförmige bewegliche Lautsprecheranlage installiert.

Für die Übertragungsmöglichkeiten bestimmter Veranstaltungen über Funk und Fernsehen ist gesorgt. Es sind Anschlußräume, Kabelwege, Kamerastandorte, feste Kabelverbindung zur Regie, Reporterkabinen und vor allem eine ausreichende Beleuchtungsstärke vorhanden, die auch Übertragungen für das Farbfernsehen ermöglicht.

An der Ostseite der Halle, an einer von allen Zuschauern, Kampfrichtern und den Regieräumen gut einzusehenden Stelle, ist eine elektronische Anzeigetafel für Spielergebnisse aufgebaut.

Zur Verbesserung einer Regieverständigung und zur ständigen Verbindung aller Kommandostellen sowie zur Sicherheit der Stadthalle sind folgende Anlagen eingebaut: Fernsprechanlage MSN 7/70, elektrische Uhrenanlage, Linienfeuermeldeanlage LFM 240, Beschallungsanlage, Wechselsprechanlage WL 20 im Linienverkehr, Fernbeobachteranlage, Kameras in der Halle, Fernsehempfänger in den Mehrzweckräumen, im Reporterbereich und in der Nebenhalle, Antennenanlage, Antennenverlegung für transportable Dolmetscheranlage im Bereich der Halle.

Zur Gewährleistung der in der Stadthalle geplanten Veranstaltungen und Funktionen sind alle erforderlichen haustechnischen

6
Bestuhlungsplan für Sportveranstaltungen
1. Obergeschoß 1 : 600
(maximal 1111 Tribünenplätze)

1 Luftraum
2 Empore
3 Foyer
4 Bühnenbereich – Tribünenwagen
5 Pausenversorgung
6 Vordach

7
Kegelbahn im Kellergeschoß 1 : 250

1 Vorbereitungsraum
2 Getränkebar
3 Lager
4 Gästebereich I
5 Gästebereich II

8
Die automatische Anzeigetafel in der Halle



Anlagen eingebaut, unter anderem auch eine neontechnische Leuchtschrift und Gebäudeanstrahlung, druckluftgesteuerte Rauchabzugsklappen sowie eine automatische Kegelaufstellungs- und Anzeigeanlage.

Gestaltung

Die Gestaltung der Fassade entspricht der konstruktiven Lösung. Das Gebäude ist über die gesamte Hallenhöhe mit Copilitgläsern verglast, die Fugen werden mit Alu-U-Profilen abgedeckt. Über dem Erdgeschoß wird eine 8,0 m breites Vordach um die gesamte Halle gezogen, das alle Ein- und Ausgänge überdacht, die Anschlußgelenke zur Gaststätte und dem Versorgungsgebäude herstellt und der Fassade eine bedeutende Profilierung gibt. Die Erdgeschoßaußenwand bilden stark strukturierte Sichtbetonplatten, die nur durch die Eingangstüren unterbrochen wird. Die Außenwand steht frei vor den Stützen und endet etwa 1,00 m unter dem Vordach. Die Holzverkleidung wurde über diese Wand in das Halleninnere geführt. Der Abstand zwischen Wand und Vordachdecke wird mit einer zurückgesetzten rahmenlosen Verglasung geschlossen. Die angrenzende Halle des Versorgungsgebäudes wird ebenfalls durch eine Copilitverglasung belichtet. Die Seite zum Stadthalleneingang wurde über die gesamte Höhe mit Stahl-Alufenstern gestaltet. Die Stirnseiten bilden geschlossene Wandscheiben mit vorgeblendeten Natursteinplatten aus Schiefer.

Konstruktion

Das Gebäude besteht aus zwei voneinander unabhängigen, selbständigen Konstruktionen, die durch eine Bewegungsfuge bis auf den Baugrund getrennt sind.
Beide Konstruktionen wurden in Montagebauweise errichtet. Beim Innenskelett ist jedoch ein erheblicher monolithischer Anteil, bedingt durch den kreisförmigen Grundriß, vorhanden.

- Haupttragkonstruktion für das Dach

Die Haupttragkonstruktion besteht aus dem Hallendach (Seilnetzkonstruktion – stützenfreier Hallenraum), den Außenstützen und dem dazugehörenden Ringfundament. Für das Dach wurden Stahlkassettenplatten verwendet, die mit HWL-Verbundplatten und drei Lagen Pappe abgedeckt sind.

Die Seilbinder (Zugseil, Stabilisierungsseil, Stahlrohrspreizen) spannen vom inneren Zugring (Stahl) zum äußeren Druckring



9

10

11





12



9
Blick vom Hotel „Thüringen Tourist" auf die Stadthalle

10
Das Foyer im Erdgeschoß. Die künstlerische Gestaltung wurde von Ali Baumgarten ausgeführt

11
Der Haupteingang zur Stadthalle

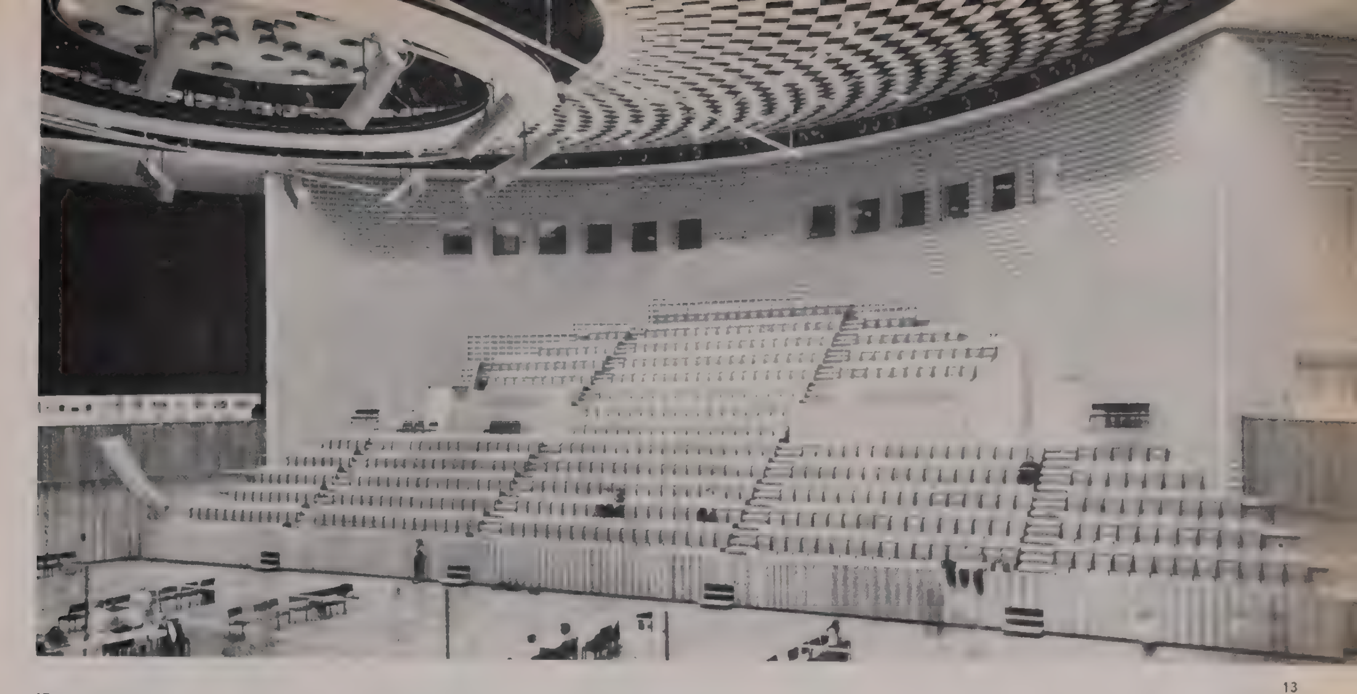
12
Blick in das Foyer im ersten Obergeschoß

13
Die dem Podium gegenüberliegende Tribüne auf der Südseite der Halle

14
Blick auf die Nordtribüne mit dem Podium

15
Blick gegen die Saaldecke mit der Beleuchtungsanlage. Die Saaldecke verdeckt die Seilnetzkonstruktion des Dachraumes, in dem sich Laufstege und Arbeitsbühnen befinden.

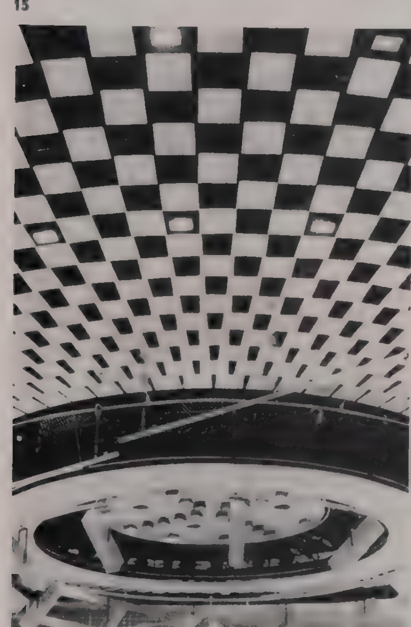
16
Die Kegelbahn im Kellergeschoß wird auch gastronomisch betreut.

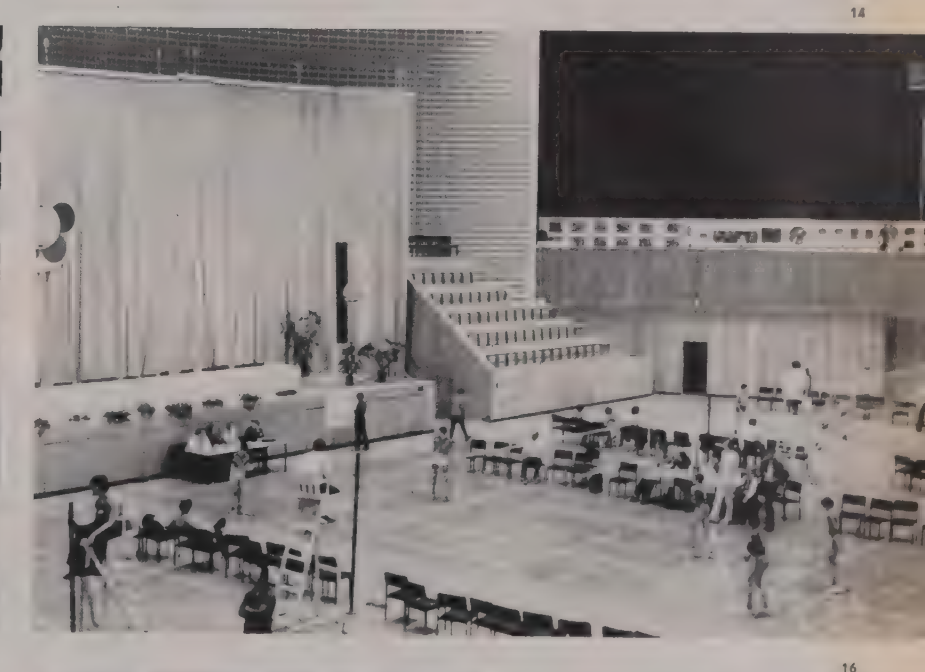


15

13

14





16

(Stahlbeton) und wurden vorgespannt. Die Außenstützen – Stahl- und Stahlbetonverbundstützen – sind in einem Ringfundament eingespannt. Das Dach und die gesamte Tragkonstruktion für das Dach wurden von dem „Projektierungs- und Forschungsinstitut LENSNIIEP" Leningrad projektiert.

Das Innenskelett – bestehend aus einer Stahlbetonskelettmontagebauweise – ist auf die 2-Mp-Bauweise aufgebaut und hat einen erheblichen Anteil an Sonderelementen. Die Stabilisierung des teilweise über fünf Geschosse gehenden gelenkigen Skelettes erfolgt mittels Deckenscheiben und monolithischen radialen und tangentialen Wandscheiben. Bedingt durch ein erforderliches Kellergeschoß und hohen Grundwasserstand, wurde das gesamte Innenskelett in einer Wanne gegründet.

Das Versorgungsgebäude besteht aus einer zweigeschossigen Stahlbetonskelettkonstruktion. Die Stützweite des Daches von 18 m wird durch geschweißte Stahlträger erreicht. Die Gründung erfolgt wie bei der Stadthalle in einer Wanne.



17

17 Die Eingangshalle zu der Trainingshalle im Versorgungsgebäude wird auch für kleinere Ausstellungen genutzt.

18 Blick in die Trainingshalle

18

Plakatwettbewerb für die X. Weltfestspiele

Dozent Dr.-Ing. Eberhard Just
Technische Universität Dresden
Sektion Architektur
Gebiet Grundlagen der Gestaltung



1 Erster Preis des Wettbewerbs: stud. arch. Angelika Lang

2 Zweiter Preis des Wettbewerbs: stud. arch. Rosemarie Freude



Es gehört nun schon zur guten Tradition, daß an der Sektion Architektur der Technischen Universität Dresden für Architekturstudenten des ersten Studienjahres ein Plakatwettbewerb durchgeführt wird.

In jedem Jahr wird dafür das für die studentische Jugend aktuellste gesellschaftliche Ereignis als Thema gewählt. Für 1973 waren die X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten als Thema gestellt

Sowohl die Weltfestspiele allgemein als auch besondere Veranstaltungskomplexe wie zum Beispiel das Tribunal gegen den Imperialismus oder das politische Lied konnten als Gestaltungsgegenstand gewählt werden.

Die gesellschaftspolitisch-inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Thema und seine Durchdringung, gepaart mit ersten erworbenen Fähigkeiten und Fertigkeiten der Flächen- und Schriftgestaltung, verleihen dem Plakatwettbewerb über die fachliche Seite hinaus auch kulturpolitische Bedeutung.

Politische und fachwissenschaftliche Bildung werden hier praktisch miteinander verknüpft. Zugleich wird für den Architekturstudenten deutlich, wie künstlerische Gestaltungsgrundlagen, zum Beispiel eben auch bei der Plakatgestaltung, eingesetzt werden können. Dieser alljährlich wiederkehrende Plakatwettbewerb ist für die Studenten der TU Dresden gleichzeitig die erste praktische Zusammenarbeit mit den Studenten der Hochschule für bildende Künste Dresden. Diese Zusammenarbeit wurde durch eine gemeinsame Vereinbarung beider Ausbildungsstätten geregelt.

Insgesamt wurden ein erster Preis, zwei zweite Preise, ein dritter Preis und sieben Anerkennungen vergeben. Die Abbildungen 1 bis 6 zeigen die Mehrzahl dieser Plakatentwürfe.

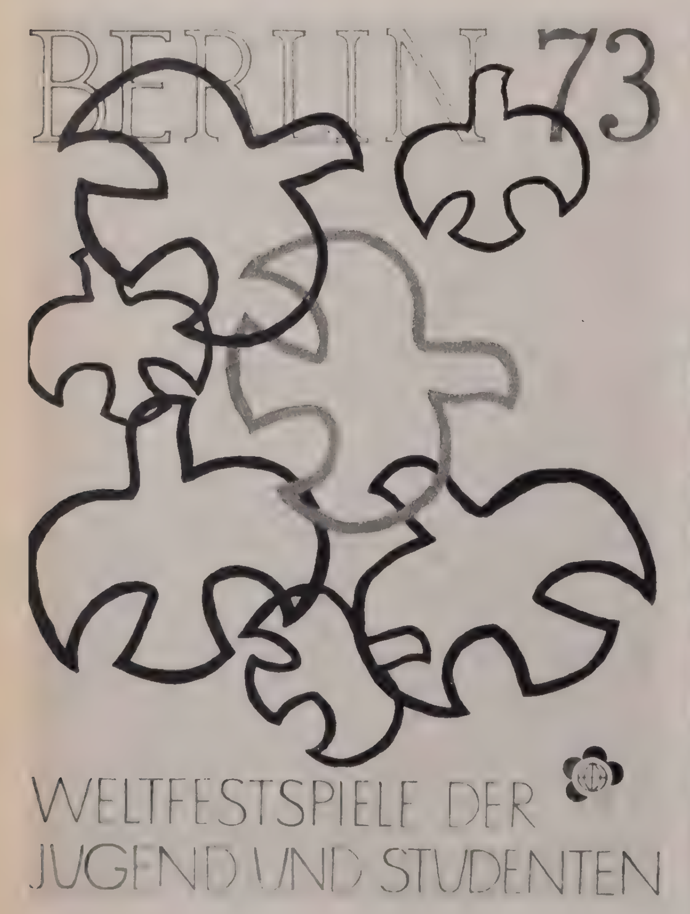


3 Zweiter Preis des Wettbewerbs: stud. arch. Betina Koksch



4 Dritter Preis des Wettbewerbs: stud. arch. Gisela Roth

5 Anerkennung: stud. arch. Christian Heyde



6 Anerkennung: stud. arch. Matthias Borner



Zur städtebaulichen Investionsvorbereitung im komplexen Wohnungsbau

Ergebnisse des wissenschaftlich-produktiven Studiums bei der Weiterbildung leitender Kader

Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar
Weiterbildungsinstitut für Städtebau und Architektur

Die Verwirklichung der vom VIII. Parteitag beschlossenen Aufgaben zur Verbesserung der Wohnbedingungen der Bevölkerung erfordert eine hohe Qualität der Leitung und Planung der Reproduktion der Grundfonds auf dem Gebiet des komplexen Wohnungsbaus. Dabei sind in der Vorbereitungsphase vorrangig Fragen

- der einheitlichen Leitung und Planung
- der klaren Abgrenzung der Verantwortung
- der rechtzeitigen und effektiven Erarbeitung der Dokumentationen und
- der rationellen Gestaltung des Prozeßablaufes

zu sehen.

Diese aktuelle Problematik wurde bewußt für das wissenschaftlich-produktive Studium bei der Weiterbildung leitender Kader in Städtebau und Architektur aufgegriffen und entsprechend vorbereitet. Mit der Aufgabenstellung zu dem Fallbeispiel im Nachwuchskaderlehrgang vom 9. 10. bis 1. 12. 1972 erging der simulierte Auftrag, einen Entwurf zu einer für alle Bezirke verbindlichen Rahmenregelung einzubringen. In entsprechenden Rollenfunktionen haben die Teilnehmer in drei Gruppen die Investitionsvorbereitungsphosen

- Ausarbeitung der langfristigen Konzeption
- Ausarbeitung der Dokumentation zur Investitionsvorentscheidung
- Ausarbeitung des Verbindlichen Angebotes zur Grundsatzentscheidung

untersucht und Lösungsvorschläge erarbeitet.

Neben dem wissenschaftlich-produktiven Ergebnis ist bei der Fallmethode in gleicher Weise auch das Training von Fähigkeiten und Verhaltensweisen der Leitkader bei der Vorbereitung von Entscheidungen und das Training von Methoden der wissenschaftlichen Arbeitsorganisation Gegenstand des Bildungs- und Erziehungszieles, auf das aber hier nicht näher eingegangen werden soll.

Die Arbeit begann mit einer gründlichen Analyse von Ergebnissen vorhergegangener Lehrgänge zu ähnlichen Fallbeispielen und von Lösungsvorschlägen, die in Kooperation zwischen dem WBI und einigen Bezirken vorbereitet worden waren. Der Schwerpunkt der Aufgabe bestand darin, eine einheitliche, anwendungsbereite, durchgängige und kontrollfähige Rahmenregelung zu fixieren mit einer übersichtlichen graphischen und verbalen Darstellung des Prozeßablaufes und einer eindeutigen Abgrenzung der Liefer- und Leistungsumfänge.

Im folgenden soll lediglich auf die Darstellung des Prozeßablaufes eingegangen werden.

Auf der Grundlage der Blockschaltbildtechnik sind die wichtigsten Aufgaben und Verantwortungen der städtebaulichen Investitionsvorbereitung mit Zuordnung der Prozeßschritte zu den Funktionsträgern dargestellt. Es geht dabei nur um den prinzipiellen Ablauf, der aber den unterschiedlichen bezirklichen Erfordernissen gerecht wird. Nur die wesentlichsten Aktivitäten der Planung und der Leitungsentscheidungen sind unter Wahrung der durchgängigen Verantwortung und bei Beachtung der primären Vertragsbeziehungen erfaßt.

Zur Differenzierung der Gesamtabläufe und zur besseren Überschaubarkeit ist der jeweilige Hauptprozeßfluß graphisch hervorgehoben. Im Interesse einer gleichbleibenden Tiefe in der Aussage wird eine weitere Aufgliederung der Arbeitsschritte Unterprogrammen vorbehalten, die sich entsprechend einordnen lassen.

Insgesamt soll mit diesen Lösungsvorschlägen nicht eine allseitig abgesicherte Forschungsarbeit, sondern vielmehr eine Diskussionsgrundlage zu einer aktuellen Problematik vorgestellt werden, die außerdem verdeutlichen soll, welche wissenschaftlichen Potenzen sich durch die Fallmethode bei der Weiterbildung leitender Kader in Städtebau und Architektur freisetzen lassen.

Ausarbeitung der langfristigen Konzeption

Doz. Dr.-Ing. Heinz Schwarzbach
Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar
Weiterbildungsinstitut für Städtebau und Architektur

Bei der Bearbeitung dieses für die städtebauliche Investitionsvorbereitung neuen Prozeßabschnittes kam es darauf an, die in der Durchführungsbestimmung (GBl Teil II, Nr. 44 vom 21. 7. 72) festgelegten Aufgaben, Verantwortungen und Leistungsumfänge der Beteiligten entsprechend der Besterfahrungen der Bezirke so zu präzisieren, daß die Mitarbeit der Organe des Bauwesens an der langfristigen Konzeption (im folgenden als LK bezeichnet) zu einer großen Stabilität und Planwirksamkeit der Aussagen der LK für die nachfolgenden Prozeßabschnitte der Investitionsvorbereitung führt. Schwerpunkt der Untersuchung war deshalb die städtebauliche Studie zur Generalbebauungsplanung der Städte (GBPl/St) oder Generalbebauungsplan – Teilgebiete –, also die Ausarbeitung der Mikrostandortinformation.

Die vorliegende Studie entstand in Gemeinschaftsarbeit mit dem Büro des Bezirksarchitekten Erfurt auf der Grundlage der Ergebnisse des wissenschaftlich-produktiven Studiums im 14. und 15. Grundlehrgang und des Nachwuchskaderlehrganges am WBI (s. Abb. 1).

Die Ausarbeitung der langfristigen Konzeption erfolgt durch eine Arbeitsgruppe des Rates des Bezirkes als kontinuierlicher arbeitsteiliger Prozeß in Verantwortung der Bezirksplankommission (BPK), unter Mitwirkung des Bezirksbauamtes, der Abteilung Wohnungspolitik, der Abteilung Verkehr, Straßenwesen und Wasserwirtschaft und anderer Fachabteilungen des Rates des Bezirkes, der Baukombinate und Baureparaturbetriebe, der Versorgungsträger und Versorgungsbetriebe und nach Abstimmung der Ergebnisse mit der Staatlichen Plankommission sowie den Fachministerien. Zustimmungen und Bestätigungen während der Ausarbeitung erteilen die Räte der kreisfreien Städte, die Räte der Kreise und der Rat des Bezirkes. Die LK wird nach Bestätigung der langfristigen Planung durch den Ministerrat von den Volksvertretungen (Stadtverordnetenversammlungen, Kreistage und Bezirkstag) beschlossen.

In Vorbereitung des Ratsbeschlusses zur langfristigen Konzeption der Grundfondsreproduktion im komplexen Wohnungsbau sind alle oben genannten Organe beteiligt. Sie erarbeiten

Grundlagen und Zielstellung für Aussonderung, Erhaltung, Ersatz und Erweiterung der baulichen Grundfonds des komplexen Wohnungsbaus und Maßnahmen zur Organisation und Ausarbeitung der langfristigen Konzeption.

Die zentralen staatlichen Vorgaben und Orientierungen sind Grundlage für die Ausarbeitung bezirklich differenzierter wohnungs- und städtebaupolitischer sowie technisch-ökonomischer Zielstellungen. Sie sind vom Rat der Stadt zu bestätigen und den beteiligten Organen, Institutionen und Betrieben für ihre Zuarbeit verbindlich vorzugeben.

Der Ratsbeschluß enthält außerdem Festlegungen der Aufgaben und der Verantwortung, des Leistungsumfanges und die Prozeßorganisation der an der Ausarbeitung der LK Beteiligten. Bestandteil des Beschlusses sind Entscheidungskriterien (Katalog), die durch die Arbeitsgruppe entsprechend den beschlossenen Prämissen (zentrale staatliche Vorgaben und bezirkliche Zielstellungen) gewichtet werden. Der Ratsbeschluß geht den Räten der kreisfreien Städte, den Räten der Kreise und den beteiligten Institutionen und Betrieben als Auftrag und Grundlage für die nachfolgenden Arbeitsschritte zu.

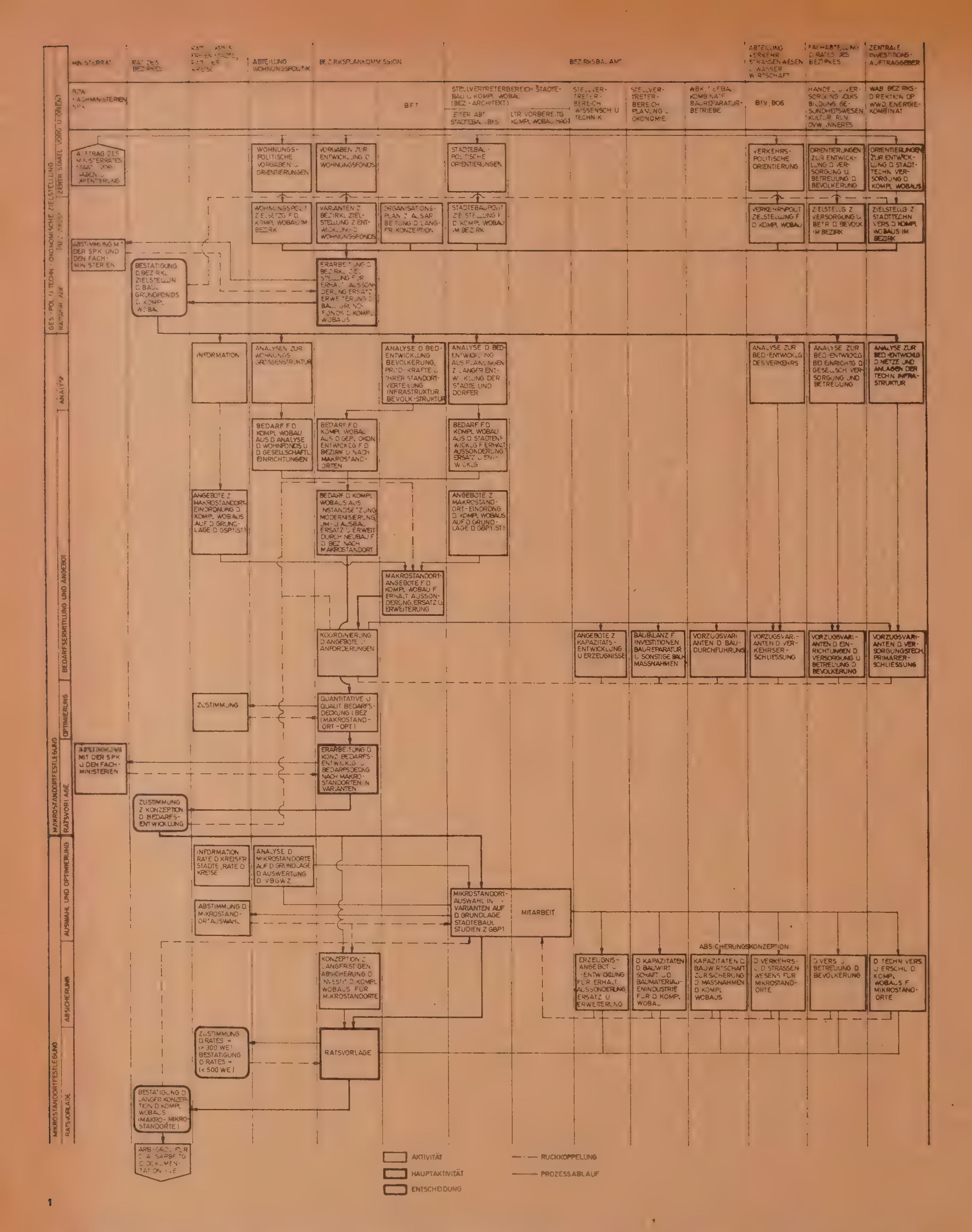
Auf der Grundlage der vom Rat bestätigten bezirklichen Zielstellung ist in Verantwortung der BPK und unter Mitwirkung der oben genannten Organe, Institutionen und Betriebe die

Konzeption zur Bedarfsentwicklung und Bedarfsdeckung für den Bezirk und nach Makrostandorten in Varianten

zu erarbeiten. Dieser Arbeitsschritt hat die Festlegung der Makrostandorte des komplexen Wohnungsbaus zum Gegenstand und basiert auf Varianten der Bedarfsermittlung und Möglichkeiten der Bedarfsdeckung durch die Zweige und Bereiche. Das Ergebnis ist den örtlichen Räten zur Zustimmung vorzulegen. Auf dieser Grundlage werden in Verantwortung der BPK unter Mitarbeit der oben genannten Organe, Institutionen und Betriebe für die Makrostandorte

Konzeptionen zur Sicherung der Bedarfsdeckung für Aussonderung, Erhaltung, Ersatz und Erweiterung nach Mikrostandorten durch die örtlichen Organe, Zweige und Bereiche in Varianten

erarbeitet. Der Arbeitsschritt hat die Mikrostandortfestlegung des komplexen Wohnungsbaus zur Aufgabe und beinhaltet die langfristige Absicherung der erforderlichen Maßnahmen und Kapazitäten. Grundlage hierfür sind die städtebaulichen Studien zur Generalbebauungsplanung der Städte oder der Generalbebauungsplan – Teilgebiete – für die ausgewählten Standorte.



1

Durch Rückkopplung sind die Ergebnisse vorausgegangener Arbeitsschritte zu präzisieren. Die LK ist den örtlichen Räten der Kreise und kreisfreien Städte als Arbeitsgrundlage für die Ausarbeitung der Dokumentation zur IVE zur Bestätigung und dem Rat des Bezirkes 1 1/2 bis 2 Jahre vor Beginn eines Fünfjahrplanes erneut zum Beschluß vorzulegen.

Die städtebauliche Studie zur GBPl (St) oder GBPl – Teilgebiete – dient der Erhöhung der Planwirksamkeit der städtebaulichen Investitionsvorbereitung in der Phase der GBPl (St) und stellt eine Präzisierung der vorliegenden GBPl (St) für den Zeitraum der nächsten 10 bis 15 Jahre für den komplexen Wohnungsbau dar. Aufgaben der Studie zur GBPl (St) sind

- die Auswahl der Mikrostandorte des komplexen Wohnungsbaus für Aussonderung, Erhaltung, Ersatz und Erweiterung und deren städtebauliche Einordnung in die Gesamtstadt auf der Grundlage der GBPl (St)

1 Graphische Darstellung des Prozeßablaufes zur Ausarbeitung der langfristigen Konzeption der Grundfondsreproduktion des komplexen Wohnungsbaus

2 Graphische Darstellung des Prozeßablaufes zur Ausarbeitung der Dokumentation IVE

▪ die Ermittlung der stadttechnischen Anschlußbedingungen und des voraussichtlichen Investitions- und Baubedarfs nach Standort, Umfang, Art und Zeitpunkt der Bauleistungen für Aussonderung, Erhaltung, Ersatz und Erweiterung

▪ die frühzeitige Einflußnahme auf die Erzeugnisentwicklung in den Wohn-, Gesellschaftsbau- und Tiefbaukombinaten sowie Baureparaturbetrieben und

▪ die Ermittlung des günstigsten zeitlichen Ablaufes der Vorbereitung und Durchführung der Vorhaben des komplexen Wohnungsbaues.

Ziele der Studie zur GBPl (St) und der GBPl – Teilgebiete – sind

▪ die Mikrostandortauswahl und Erarbeitung standortkonkreter Informationen für die Entwicklung des Gesamtwohnfonds und dessen Hauptrelationen für Aussonderung, Erhaltung, Ersatz und Erweiterung nach Makrostandorten

▪ die Erarbeitung von Grundlagen für die Aufgabenstellung des Hauptauftraggebers zur Ausarbeitung der Dokumentation zur Investitionsvorentscheidung (Bebauungskonzeption)

▪ Nachweis der Erfüllung der wohnungs- und städtebaupolitischen und technisch-ökonomischen Zielstellungen

▪ Nachweis der zweckmäßigsten Proportionen zwischen Aussonderung, Erhaltung, Ersatz und Erweiterung am Makrostandort

▪ Nachweis des standortbedingten Aufwandes der stadttechnischen Versorgung des Verkehrs und des Umweltschutzes

▪ Nachweis der notwendigen Maßnahmen und Kapazitäten zur Absicherung der Investitionen

▪ Nachweis der zeitlichen und räumlichen Einordnung der Investitionen

▪ Nachweis der Einhaltung gesetzlicher Bestimmungen und staatlicher Niveau- und Aufwandsnormative

▪ Nachweis der Konzentration und Kombination von Versorgungs- und gesellschaftlichen Einrichtungen und

▪ Nachweis der Nutzungseffektivität der Investitionen durch die Investitionsträger.

Die Studie umfaßt

▪ die Einordnung und Beziehung der Mikrostandortvarianten in die Gesamtstadt bzw. in das Siedlungssystem Stadt und

▪ die Analyse und Planung der Mikrostandorte als Mikrostandortinformation (Tabellen) und die Darstellung der städtebaulichen Planung (Karten und Pläne der GBPl (St))

Ausarbeitung der Dokumentation zur Investitionsvorentscheidung

Doz. Dr.-Ing. Fritz Täger
Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar
Weiterbildungsinstitut für Städtebau und Architektur

Diese zweite Prozeßphase der städtebaulichen Investitionsvorbereitung fußt auf den in der vorausgegangenen langfristigen Konzeption fixierten Grundlagen, die in der bisherigen Planungspraxis häufig den Anforderungen nicht genügten und dann kurzfristig zusätzliche städtebauliche Vorleistungen notwendig machten.

Zur Phase Ausarbeitung der Dokumentation zur Investitionsvorentscheidung (IVE) entstanden sowohl das Forschungsergebnis im Rahmen des Forschungsvorhabens Sozialistischer Städtebau der Kooperationspartner des WBI, Büro für Städtebau des Rates des Bezirkes Leipzig und Büro des Chefarchitekten der Stadt Leipzig als auch das Ergebnis einer Gruppe des Nachwuchskaderlehrganges in einwöchigem wissenschaftlich-produktivem Studium. Nur das letztere soll hier ausschnittweise vorgestellt und dabei lediglich auf den Prozeßablauf wie folgt eingegangen werden (s. Abb. 2):

1. Auftragserteilung/Übergabe der Arbeitsunterlagen einschließlich der Standortbestätigung
(Leistungen des HAG an den GAN)
Der Hauptauftraggeber (HAG) erteilt dem Generalauftragnehmer (GAN) den Auftrag zur Erarbeitung des Angebotskataloges. Dazu werden die Arbeitsunterlagen einschließlich der der Standortbestätigung dem GAN übergeben. Zwischen HAG und GAN wird die Mitarbeit zur IVE vertraglich fixiert. Der Vertrag enthält die Mitarbeit des GAN an der Bebauungskonzeption und die Erarbeitung des Informationsangebotes zur Investitionsvorentscheidung (IVE). In diesem Vertrag wird auch die Zusammenarbeit zwischen dem Büro für Städtebau (BfS) und dem GAN geregelt.

1.1. Aufbereitung des Angebotskataloges
Vom GAN wird dem HAG der Angebotskatalog (zeit- und standortbezogen) zugestellt.

2. Auftragserteilung/Übergabe der Arbeitsunterlagen 1
(Leistungen des HAG an den Städtebau)
Dieser Arbeitsschritt unterteilt sich in zwei Stufen

▪ Der HAG erteilt an das Tiefbauamt bzw. an die Medienträger und an die Fachabteilungen den Auftrag zur Zuarbeit (siehe 2.1/2.2).

▪ Die Zuarbeit fließt in die Arbeitsunterlagen 1 ein. Diese werden dem BfS und dem GAN übergeben. Zu

2

RAT DES BEZIRKES | 1. STELLV. DES BBD | HAG | BÜRO FÜR STÄDTEBAU | GAN | TIEFBAUAMT BZW. MEDIENTRÄGER | FACHABTEILUNGEN | RAT DER STADT

START
2.1 AUFTRAGSERTEILUNG/ÜBERGABE DER ARBEITSUNTERLAGEN 0
2.1.1 AUFBEREITUNG ANGEBOTSKATALOG
2.2 AUFTRAGSERTEILUNG ÜBERGABE DER ARBEITSUNTERLAGEN 1
2.2.1 ZUARBEIT
2.2.2 ZUARBEIT
2.3 ERARBEITUNG VON VARIANTEN FÜR DIE
2.4 MITARBEIT
KONSULTATION
KONSULTATION
2.5 ERARBEITUNG DER BEBAUUNGSKONZEPT
2.6 AUFBEREITUNG
2.7 BESCHLUSS
2.8 ÜBERLEITUNG
STOP

diesem Zeitpunkt erfolgt die Auftragserteilung durch den HAG an das BfS zur Erarbeitung der Bebauungskonzeption.

2.1. Zuarbeit des Tiefbauamtes und der Medienträger

2.2. Zuarbeit der Fachabteilungen der örtlichen Räte
Die Auftragserteilung erfolgt durch den HAG mit dem Ziel der Erarbeitung von Vorschlägen für die Realisierung und Einholung von Forderungsprogrammen der örtlichen Fachabteilungen. Übergabe der Arbeitsunterlagen.

3. Erarbeitung von Varianten für die Konzeption
In Zusammenarbeit zwischen dem BfS und dem GAN werden auf der Grundlage der übergebenen Arbeitsunterlagen Bebauungsvarianten erarbeitet.

3.1. Einleitung des Bestätigungsverfahrens

3.2. Auswahl einer Bestätigungsvariante
Die Varianten werden durch den HAG dem 1. Stellvertreter des Bezirksbaudirektors zur Auswahl und Bewertung vorgelegt.

3.3. Bestätigung der Vorzugsvariante
Die Bestätigung erfolgt durch den Rat des Bezirkes oder durch ein beauftragtes Gremium, wie die ständigen Kommissionen.

3.4. Übergabe der Arbeitsunterlagen 2
Die bestätigte Vorzugsvariante wird vom HAG dem BfS zur weiteren Bearbeitung übergeben. Bei eventuellen Hinweisen bzw. Änderungen ist der GAN nochmals einzuschalten.

4. Mitarbeit des GAN
Der GAN ist zur gemeinsamen Erarbeitung der Bebauungsvarianten und der Bebauungskonzeption mit dem BfS verpflichtet. Der GAN und das BfS führen Konsultationen mit dem Tiefbauamt oder mit den Medienträgern und den Fachabteilungen der örtlichen Räte durch.

5. Erarbeitung der Konzeption
Die bestätigte Vorzugsvariante dient als verbindliche Arbeitsgrundlage für die Erarbeitung der Bebauungskonzeption. Die Öffentlichkeitsarbeit ist nach Möglichkeit im Arbeitsschritt 3. vorzubereiten.

5.1. Informationen an den Rat der Stadt

5.2. Öffentliche Auslegung/Einbeziehung der Massenorganisationen
In die Aufgabenverantwortung des BfS fällt das Vorstellen und die Erläuterung der Bebauungskonzeption vor der Bevölkerung und den örtlichen Organen. Anregungen und Hinweise sind zu prüfen und nach Abstimmung mit dem HAG einzuarbeiten. Die Gesamtverantwortung und Entscheidungsbefugnis liegt beim HAG.

5.3. Städtebauliche Bestätigung
Dem Stadtarchitekten werden vom BfS die Unterlagen zur städtebaulichen Bestätigung vorgelegt.

6. Aufbereitung der Bebauungskonzeption
Die fertiggestellte Bebauungskonzeption wird durch den HAG für die Vorlage beim Rat des Bezirkes aufbereitet.

7. Beschluß
Die beschlossene Bebauungskonzeption wird die verbindliche Grundlage zur weiteren Erarbeitung der IVE

8. Überleitung
Die verbindliche Bebauungskonzeption wird mit entsprechenden Hinweisen durch den HAG an den GAN, an das Tiefbauamt bzw. die Medienträger und an die Fachabteilungen der örtlichen Organe zur Erarbeitung der Informationsangebote übergeben.

9. Erarbeitung des Informationsangebotes des GAN

10. Erarbeitung des Informationsangebotes des Tiefbauamtes und der Medienträger

11. Erarbeitung des Informationsangebotes der Fachabteilungen der örtlichen Organe

12. Fertigstellung der IVE
Der HAG erarbeitet auf der Grundlage der gesamten Zuarbeiten die IVE. Es wird empfohlen, die IVE gemäß erster Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Staatliche Bauaufsicht der Staatlichen Bauaufsicht zur Erteilung eines Prüfbescheides vorzulegen.
Anschließend ist die IVE der Gutachterstelle zu übergeben.

13. Verteidigung bei der Gutachterstelle
Die Verteidigung erfolgt bei Bebauungskonzeptionen mit weniger als 1000 WE beim Rat des Bezirkes, bei solchen mit mehr als 1000 WE beim Ministerium für Bauwesen.

14. Aufbereitung der IVE
Nach dem Begutachtungsverfahren sind die Auflagen und Hinweise einzuarbeiten. Die überarbeitete IVE wird zur Beschlußfassung weitergeleitet.

15. Beschlußfassung
Der Rat des Bezirkes beschließt die Investitionsvorentscheidung.

Ausarbeitung des verbindlichen Angebotes zur Grundsatzentscheidung

Dr.-Ing. Kurt Eberlein
Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar
Weiterbildungsinstitut für Städtebau und Architektur

In diesem Prozeßabschnitt wird die Zusammenarbeit des Wohnungsbaukombinates zur Grundsatzentscheidung dargestellt unter der Voraussetzung, daß in den beiden vorherliegenden Bearbeitungsphasen eindeutige Festlegungen unter Mitwirkung des Kombinates erfolgt sind. Dabei geht es um eine allgemeingültige Regelung, die für alle unterschiedlichen Betriebsstrukturen der Wohnungsbaukombinate in gleicher Weise Gültigkeit hat und besonders in der Kopfleiste ihren Niederschlag findet.

Der Schwerpunkt der Untersuchung besteht darin, das Kombinat in seiner Gesamtverantwortung als Generalauftragnehmer herauszuarbeiten. Davon sind die inner- und außerkombinatlichen Beziehungen abgeleitet.

An dem aufgezeigten Lösungsvorschlag sind neben den Teilnehmern des Nachwuchskaderlehrganges Vertreter
des VEB BK Leipzig, Betrieb Produktionsvorbereitung,
des VEB WBK Magdeburg, WBK-Projekt,
des VEB WBK Halle, Betrieb Projektierung und Technologie, und
der BA der DDR, Institut für Wohn- und Gesellschaftsbau,
beteiligt, die in der Zwischen- und Entverteidigung des Fallbeispiels sowie in gesonderten Stellungnahmen zur Präzisierung des Ergebnisses beitrugen (s. Abb. 3).

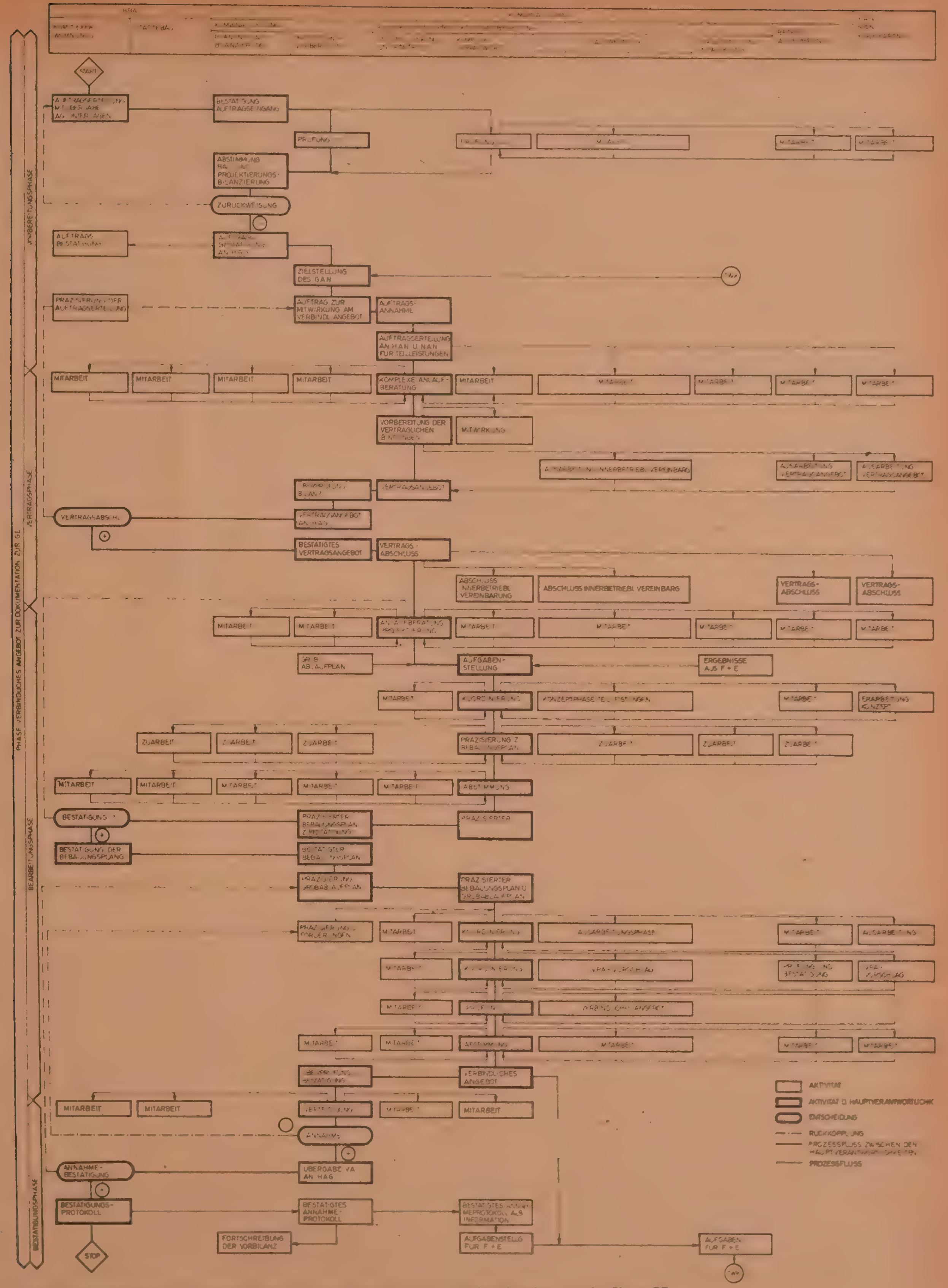
Die Darstellung eines so komplizierten Prozeßablaufes in einem Blockschaltbild erfährt zwangsläufig eine Vereinfachung, die zwar der Zielstellung der Untersuchung entspricht, aber nicht in vollem Umfang die vielschichtigen Wechselbeziehungen widerspiegeln kann. Im Hinblick auf eine weitere Differenzierung wird der gesamte Ablauf in vier Hauptabschnitte untergliedert, an denen im folgenden, ohne auf alle Aktivitäten im einzelnen einzugehen, einige wesentliche Probleme aufgezeigt werden sollen.

■ Die **Vorbereitungsphase** beginnt mit der Auftragserteilung durch den HAG und der Übergabe der Arbeitsunterlagen, die neben der bestätigten IVE-Dokumentation mit evtl. Auflagen, den Bilanzvorentscheid, die langfristigen Wirtschaftsverträge mit den Medienträgern u. a. m. enthält. Danach erfolgt eine umfangreiche Prüfung im Kombinat bis zur Auftragsbestätigung. Abgeschlossen wird diese Arbeitsphase mit der Festlegung der innerbetrieblichen Führungsgrößen unter Berücksichtigung der technisch-wissenschaftlichen Konzeption und der Auftragserteilung an alle bei der Ausarbeitung notwendigen inner- und außerbetrieblichen Kooperationspartner. Besondere Beachtung findet dabei, bereits jetzt schon alle in Frage kommenden HAN oder NAN in die Prüfung der Arbeitsunterlagen einzubeziehen.

■ Die **Vertragsphase** beginnt mit der komplexen Anlaufberatung, in der hinsichtlich der Vertragsgestaltung wichtige Abstimmungen erfolgen, wie Abgrenzung der Verantwortungsbereiche, Präzisierung der Zielstellung des GAN, Einflußnahme durch den HAG bezüglich der territorialen Bedingungen. In dem Vertragsangebot des GAN sind alle Kooperationspartner mit ihren Teilangeboten einbezogen. Nach Abschluß des Hauptvertrages zwischen dem GAN und dem HAG werden im Rücklauf alle weiteren Vertragsabschlüsse getätigt. Bei Ablehnung durch den HAG erfolgt in der Rückkopplung eine Präzisierung der Auftragserteilung an den GAN. Eine besondere Schwierigkeit tritt auf, wenn HAN oder NAN die Forderung erheben, den Auftrag zur Projektierung mit dem Auftrag zur Ausführung zu koppeln. Das ist ein echtes Problem, das gegenwärtig in der Praxis unterschiedlich überbrückt wird:

1. Durch Vertragsgestaltungsverfahren wird der HAN oder NAN zur Übernahme des Auftrages gezwungen.
2. Der GAN erteilt vorbehaltlich der zu treffenden Grundsatzentscheidung auf Risiko den Auftrag zur Ausführung.

■ Die eigentliche **Bearbeitungsphase** ist in eine Konzept- und in eine Ausarbeitungsphase untergliedert, um im Abstimmungs- und Bestätigungsverfahren Fehlleistungen frühzeitig zu erkennen und zu beheben. Dazwischen wird die mit der Aufgabenstellung vorgegebene Bebauungskonzeption zum Bebauungsplan präzisiert und als eigentliche Arbeitsunterlage einer besonderen Bestätigung zugeführt. Für den gesamten Arbeitsabschnitt liegt die Hauptbelastung bei einem Komplexverantwortlichen, der die fachlich-inhaltlichen Belange bis zur letzten gestalterischen Entscheidung komplex anleitet, koordiniert sowie das



3 Graphische Darstellung des Prozeßablaufes der Ausarbeitung des verbindlichen Angebotes in der Phase GE

Verbindliche Angebot zusammenstellt und insgesamt vertritt. Diese Verantwortung sollte ihm darüber hinaus durchgängig von den ersten Arbeiten an dem betreffenden **Vorhaben bis zur Übergabe des Finalproduktes** obliegen.

Die bauwirtschaftliche Erarbeitung liegt in **den jeweiligen Fachbereichen unter Mitwirkung** der Ausführung. HAN und NAN **erarbeiten die kompletten verbindlichen** Preisangebote für ihre Teilleistungen selbst. Nur für NAN ohne eigene Projektierungskapazität erstellen die Fachbereiche des GAN das verbindliche Preisangebot. Diese **NAN wirken aber dabei mit und erklären** es als verbindlich.

■ In der **Bestätigungsphase** übergibt der **GAN das in seiner Verantwortung erar**beitete Verbindliche Angebot und wird mit **dem Annahmeprotokoll vorerst entlastet.**

Alle weiteren Leistungen zur Vervollständigung der Dokumentation zur Grundsatzentscheidung obliegen der Verantwortung des HAG und stehen außerhalb dieser Be**trachtung.**

Besondere Beachtung sollte nach der Verteidigung des Verbindlichen Angebotes im **Kombinat die Kennzahlenerfassung** erfahren und in Form von Plankennziffern ab**gespeichert werden.**



1

Lärmkarte Halle-Neustadt

Dr.-Ing. Richard Neuhofer
Arbeitshygienische Untersuchungsstelle des Bauwesens im Bezirk Halle

Dipl.-Ing. Ditmar Hunger
Büro für Städtebau und Architektur
Abteilung Halle-Neustadt

Der fortschreitende Prozeß der Industrialisierung und der Technisierung des Alltags der Menschen bringt ständig neue Verbesserungen und Erleichterungen mit sich; schnelle und bequeme Verkehrsmittel lassen Entfernungen zusammenschmelzen, Aufzüge ersetzen das Treppensteigen, und moderne Maschinen ermöglichen eine ständige Verringerung der körperlichen Arbeit, doch parallel dazu ist eine allgemeine Erhöhung der Einflüsse durch Störwirkungen auf den Menschen, insbesondere des Lärms zu beobachten.

So stellten sowjetische Wissenschaftler fest, daß der Lärmpegel in Großstädten in den letzten 10 Jahren allein durch höhere Anzahl, Leistung und Geschwindigkeit der Verkehrsmittel um 8 bis 12 dB angestiegen ist (1).

In Kenntnis dieser und anderer Probleme wurde in der DDR das „Gesetz der sozialistischen Landeskultur" geschaffen. Damit sind grundsätzliche Voraussetzungen und Möglichkeiten gegeben, den Menschen und seine Umwelt vor störenden Einflüssen zu bewahren. Die kontinuierliche Steigerung des Lebensniveaus der entwickelten sozialistischen Gesellschaft erfordert insbesondere die Verbesserung der allgemeinen Lebensbedingungen, besonders der Wohnverhältnisse unserer Menschen.

Neben der Abgas- und Staubbelästigung tritt der Lärm als wesentlicher Faktor negativer Umweltbedingungen auf, was in der 1. DB zur 4. DVO zum Landeskulturgesetz — Schutz vor Lärm — Begrenzung der Lärmimmission entsprechende Berücksichtigung findet.

Die gesetzlichen Forderungen allein reichen aber nicht aus, um den Kampf gegen den Lärm erfolgreich zu führen, da den staatlichen Organen objektive Voraussetzungen (z. B. Angaben zum Ist-Zustand) zur Einleitung von Lärmschutzmaßnahmen fehlen.

Die Lärmkarte Halle-Neustadt wurde unter diesem Aspekt als Bestandteil des Generalbebauungsplanes erarbeitet und ist somit eine Voraussetzung für die Durchsetzung des Landeskulturgesetzes, da sie exakte Aussagen zu Immissionsschwerpunkten vermittelt und damit eine Grundlage für die Aufstellung eines effektiven Lärmbekämpfungssystems sein kann. Da städtebauliche Anlagen einen hohen materiellen Wert darstellen, sollte das vorrangige Ziel der Lärmbekämpfung im städtischen Raum darin bestehen, bei Perspektivplanungen künftiger städtebaulicher Anlagen unter Berücksichtigung der volkswirtschaftlichen Möglichkeiten und gesetzlichen Forderungen wirksame Lärmschutzmaßnahmen vorzusehen (2,3).

Im folgenden wird über die Messung und Bewertung des Verkehrslärms im Straßennetz der Wohnkomplexe I und II einschließlich des Bildungszentrums der Stadt Halle-Neustadt zur Ermittlung der Lärmbelästigung auf die Anwohner berichtet (s. Abb. 1) (4).

Dabei wurde den besonderen Bedingungen hinsichtlich des Charakters einer „Großbaustelle" und der damit verbundenen hohen Verkehrsbelegung mit Baufahrzeugen Rechnung getragen.

Meßprogramm und Meßverfahren

Ende 1971 führten Mitarbeiter der Arbeitshygienischen Untersuchungsstelle des bezirksgeleiteten Bauwesens auf einer Fläche von 1,6 km² Messungen des Verkehrslärms durch. Der Lärmpegel wurde entsprechend dem neuen Trend in der Verkehrslärm-Meßtechnik an einer Vielzahl von Meßpunkten (65 MP) in 128 Zeitintervallen von 15 bis 25 min (entspricht 180 bis 300 Einzeltakten) aufgenommen und in einer Taktzeit von 5 s im Maximalwertverfahren (maximal A-bewerteter Impulsschallpegel) direkt abgelesen oder auf Magnettonband gespeichert. Die zur Auswertung zur Verfügung stehende effektive Gesamtmeßdauer betrug ungefähr 42 Stunden (30000 Einzeldaten).

Die Messungen wurden in den Zeiten von 5.30 bis 7.00 Uhr und 15.30 bis 18.00 Uhr durchgeführt, in denen auch — wie Verkehrszählungen bestätigten — die Spitzen der Verkehrsbelegung liegen.

Auf „Nachtmessungen" in der ungünstigsten halben Nachtstunde von 5.30 bis 6.00 Uhr konnte — nachdem die ersten Messungen zeigten, daß sich erwartungsgemäß keine Unterschiede im Vergleich zu den Tageswerten ergaben — verzichtet werden.

Sonnabends und sonntags wurden lediglich 18 Zeitintervalle registriert; auf Grund der wesentlich geringeren Belegung der Hauptnetzstraßen mit Baufahrzeugen liegen diese L_{eq}-Werte erheblich unter denen der Wochentagswerte.

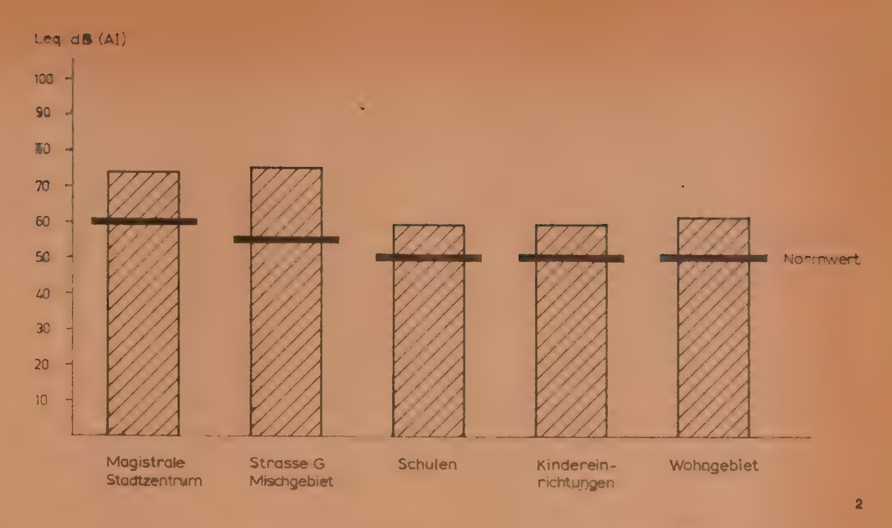
Der Meßwagen befand sich während der Lärmmessungen auf den Fuß- bzw. Wirtschaftswegen; das Mikrofon wurde jeweils in 3 m Höhe und 1 m Abstand von Wohn- und Gesellschaftsbauten montiert.

Grundsätzlich wurden an jedem Meßpunkt zwei, im Zweifelsfall und bei unterschiedlichen örtlichen und verkehrsbedingten Gegebenheiten drei oder vier Messungen durchgeführt. In jedem Fall stand im Vordergrund, den am jeweiligen Meßpunkt ermittelten L_{eq}-Wert an das Ergebnis des benachbarten, in einem Straßenabschnitt liegenden Meßpunktes „logisch und lückenlos anzuschließen"; unter Umständen konnte also auch auf eine zweite Messung verzichtet werden.

1
Übersichtsplan Gesamtstadt

2
Mittlere Pegelwerte im Stadtgebiet

3
Lärmkarte Halle-Neustadt (Ausschnitt)



Bewertung, Darstellung und Diskussion der Meßergebnisse

Bei der Beurteilung der Meßergebnisse wurden die Grenzwerte nach der 1. DB zur 4. DVO zum Landeskulturgesetz — Schutz vor Lärm — Begrenzung der Lärmimmission, und der TGL 10687, Bl. 2, „Zulässiger Lärm" (5,6), zugrunde gelegt.

Die Grenzwerte für Nachbarschaftslärm und Lärmeinwirkungen auf Anwohner und Anlieger dürfen nur dann überschritten werden, wenn die Einhaltung der zulässigen Lärmpegel (äquivalenter Dauerschallpegel und einmalige Schalleinwirkungen) in Wohnräumen und Räumen gesellschaftlicher Bauten garantiert wird.

Für die Bewertung der Meßergebnisse wurde unter Berücksichtigung der augenblicklichen Straßenbelegung und der Besonderheit „Großbaustelle" Rechnung tragend (Baustellenverkehr und Umleitungen) laut TGL 10687, Bl. 2, Tabelle 4, folgende Gebietseinteilung vorgeschlagen:

- Stadtzentrum 6.00 bis 22.00 Uhr 60 dB(AI); 22.00 bis 6.00 Uhr 50 dB(AI) Magistrale
- Mischgebiet 6.00 bis 22.00 Uhr 55 dB(AI); 22.00 bis 6.00 Uhr 45 dB(AI) Straße G
- Wohngebiet 6.00 bis 22.00 Uhr 50 dB(AI); 22.00 bis 6.00 Uhr 40 dB(AI) alle übrigen Meßpunkte.

Obwohl diese Entscheidung eine Ermessensfrage ist, dürfte kein Zweifel darüber bestehen, daß Halle-Neustadt im Endausbau in seiner Gesamtheit der Lärmbeurteilungsstufe Wohngebiet zugeordnet werden muß. Die Einordnung der Magistrale (z. Z.

3

F 80, zentrale Trasse der Baustellenversorgung) und Straße G (z. Z. einzige Zufahrt zum Plattenwerk) in die Lärmbeurteilungsstufe Wohngebiet erscheint erst nach Herstellung und Übergabe der Südumgehung bzw. nach Entlastung der Straße G berechtigt.

Da die augenblickliche Verkehrssituation in Halle-Neustadt (überdurchschnittlich hoher Anteil an Baufahrzeugen beeinflußt maßgebend die Größenanordnung des zu berechnenden Dauerschallpegels) zu einer Überbewertung der im Endausbau zu erwartenden Lärmbelastung führen könnte, sind bei der Beurteilung der nach Abschluß der Bauarbeiten sich ergebenden Lärmsituation entsprechende Korrekturwerte zu berücksichtigen, die im Rahmen dieser Betrachtungsweise nur als Schätzwerte angenommen werden.

Die durchschnittlichen L_{eq}-Werte für die funktionellen und räumlichen Strukturbereiche Kindereinrichtungen und Schulen, Magistrale, Straße G und Wohngebiet (alle übrigen Meßpunkte) sind in Abbildung 2 den gekennzeichneten gültigen Normwerten gegenübergestellt.

Darüber hinaus wurden in einem Plan des Straßennetzes (I. u. II. WK) die Meßpunkte 1 bis 65 eingetragen (s. Abb. 3); aus den Meßwerten an den einzelnen Meßpunkten ergaben sich die Ableitung der Pegelbereiche und damit die spezifischen Strichstärke-Darstellungen in bezug auf die Lärmbelastung der Anlieger im Bereich der eingezeichneten Straßen.

Entsprechend den Forderungen der TGL wurden vorwiegend solche Nachweisorte meßtechnisch erfaßt, in deren Bereich man von vornherein eine ungünstige Lärmsituation erwarten konnte. Da es sich bei den Eintragungen der Lärmkarte um einen am Gebäude maximal vorliegenden Geräuschpegel handelt, können keine exakten Schlußfolgerungen hinsichtlich der Flächenbelastung durch Lärm, d. h. der Lärmeinwirkung der je Flächeneinheit entfallenden Einwohnerzahl, gezogen werden.

Es sei darauf hingewiesen, daß sich die in den Straßen eingezeichneten Strichstärken auf die jeweils der Straße nächstliegenden Gebäudekomplexe beziehen. Ein Teil der festgelegten Pegelbereiche (Wahl der Strichstärken in einigen Sammel- und Anliegerstraßen) sind z. T. nur Anhaltswerte, die auf Schätzungen beruhen, wobei die für andere Städte erarbeiteten Ergebnisse und Erfahrungswerte, die Modelluntersuchungen nach PETZOLD (2) und analoge Nachweisorte bei gleicher Bebauungskonzeption u. ä. Gebäudeparametern berücksichtigt wurden.

Die Abbildungen 2 und 3 verdeutlichen, daß an fast allen Meßpunkten der vorhandene Lärmpegel die zugeordneten Grenzwerte übersteigt. Im Bereich Magistrale und Straße G, insbesondere in den 1. und 2. Kindereinrichtungen (siehe Abb. 3) liegen die Normüberschreitungen bei 15 bis 20 dB.

Es kann eingeschätzt werden, daß ein Teil der Kindereinrichtungen und Schulen bei der augenblicklichen und im Endausbau zu erwartenden Verkehrssituation einen falschen Standort haben.

Außer den bereits genannten Gebäudekomplexen trifft das auch auf die 7., 8., 12., 18. und 19. Kindereinrichtung sowie auf die 1., 2. und 9. POS zu. An dieser Stelle ist zu bemerken, daß die im Landeskulturgesetz geforderten Richtwerte des zulässigen Nachbarschaftslärms erst nach Fertigstellung des I. und II. WK Verbindlichkeit erlangten.

Ungünstig ist die Situation in einigen Gebäudeteilen des Bildungszentrums. Am kreuzungsnächsten Gebäudeteil wurde auch sonntags ein Leq-Wert von 72 dB(Al) registriert. Auch im Endausbau (nach Übergabe der Südumgehung und normaler Verkehrsbelegung) ist ein äquivalenter Dauerschallpegel von 68 bis 70 dB(Al) zu erwarten. Die hohen Werte sind hier durch Schaltvorgänge und Bremsgeräusche (Verkehrsregelung durch Lichtsignalanlagen) bedingt.

Die Lärmbelastung der Anwohner von Halle-Neustadt kann nach dem folgenden Schema zusammenfassend charakterisiert werden:

- Hauptnetzstraßen
(Einteilung nach der augenblicklichen Belegung und Verkehrssituation)

Hauptverkehrs- und Verkehrsstraßen

a) Magistrale, Straße G .... 73 bis 76 dB(Al)
b) Zollrain, P.-Müller-Str.
Kreuzung Magistrale, z. T.
E.-Thälmann-Str. .... 69 bis 72 dB(Al)
c) Zscherbener Straße,
P.-Müller-Str., E.-Thälmann-Str. .... 65 bis 68 dB(Al)

- Nebennetzstraßen

Sammelstraßen .... 61 bis 64 dB(Al)
z. T. unter 60 dB(Al)
Anliegerstraßen .... unter 60 dB(Al)

Die Meßergebnisse veranschaulichen, daß die Höhe des Geräuschpegels an jedem beliebigen Punkt des untersuchten Gebietes durch die Lärmemission der Straßen (Magistrale, Straße G, Zollrain, Zscherbener Str., P.-Müller-Straße und E.-Thälmann-Str.) maßgebend beeinflußt wird.

Sehr nachteilig wirkt sich die beidseitig, zum Teil geschlossene Randbebauung im Kreuzungsbereich Paul-Müller-Str./Magistrale auf den Lärmpegel in den der Straße zugewandten Wohnzimmern aus; durch Reflexion tritt eine zusätzliche Pegelerhöhung auf.

Im Bereich der von einem Großteil der Baufahrzeuge befahrenen Straßen Magistrale, Straße G und Zollrain wurden sonnabends/sonntags um durchschnittlich 3, zum Teil sogar bis 7 dB(Al) niedrigere L_{eq}-Werte gemessen als an den Wochentagen (Mo bis Fr). Daraus kann geschlußfolgert werden, daß im Endausbau — abgesehen von einem spürbar niedrigeren Lärmpegel in den oben genannten Straßen — insgesamt ein um schätzungsweise 3 bis 5 dB(Al) geringerer Grundgeräuschpegel zu erwarten ist.

Vom Standpunkt der Lärmbekämpfung muß in diesem Zusammenhang die Forderung gestellt werden, daß man bei der Realisierung zukünftiger städtebaulicher Vorhaben eine geschlossene Bebauung der Wohnkomplexe ohne Baulücken in Richtung zum Plattenwerk durchführen sollte; damit entfallen in den bewohnten Gebieten ein Großteil der Paletten- und sonstigen Schwersttransporte.

Wie bereits mehrfach betont, ergaben sich nur geringfügige Unterschiede zwischen den L_{eq}-Werten der „Nacht- und Tagbelastung". Unter Berücksichtigung dar Tatsache, daß in der „Stadt der Chemiearbeiter" vorwiegend Schichtarbeiter leben, wird eine gleichrangige Diskussion hinsichtlich der „Nachtbelastung" ohnehin gegenstandslos. Theoretisch müßten in Halle-Neustadt auch am Tage die Normwerte der Nachtbelastung gelten.

Bei einer Bewertung der Meßergebnisse unter Berücksichtigung eines mittleren Schalldämmaßes R von 20 dB kann eingeschätzt werden, daß auch bei geschlossenen Fenstern nur an 25% der Nachweisorte zulässige Pegelwerte in den Wohnräumen und Räumen gesellschaftlicher Bauten vorliegen. Wenn man bedenkt, daß geschlossene Fenster nur in einem vollklimatisierten Raum auf die Dauer zumutbar sind, dann erübrigt sich eine Diskussion hinsichtlich des zu erwartenden Schalldämmaßes der Fenster- und Fassadenelemente sowie eine Bewertung der Lärmsituation nach Ziffer 2.4.2. der 1. DB zur 4. DVO zum Landeskulturgesetz (Grenzwerte innerhalb von Wohnräumen und Räumen gesellschaftlicher Bauten).

Berechnung des äquivalenten Dauerschallpegels anhand von Verkehrszählungen

Die Berechnung der Lärmemission ist weniger zeitaufwendig und kostenintensiv als die Messung und hat den Vorteil, daß ihr geplante oder vorausgeschätzte Daten zugrunde gelegt werden.

Am 21. 5. 1970 wurden vom Rat der Stadt Halle, Abt. Verkehrsplanung, an den Zählstellen Magistrale/Knoten 37 und Magistrale/Straße G Verkehrszählungen, unterteilt nach den Fahrzeugarten PKW, Krad/Moped, Nutzfahrzeuge und Fahrräder, durchgeführt. Davon ausgehend wurden theoretische L_{eq}-Werte berechnet und mit den gemessenen Schallpegelwerten verglichen, zumal im Schrifttum erhebliche Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Auslegung des jeweiligen Berechnungsverfahrens bestehen. Über den Rahmen der Thematik „Lärmkarte Halle-Neustadt" hinaus sollte damit ein Beitrag zur Vereinheitlichung und Präzisierung der Berechnungsverfahren geleistet werden.

In den nächsten Abschnitten erfolgt eine kurze Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse. Zunächst wurden die wichtigsten Berechnungsverfahren in Form einer Literaturübersicht zusammen- und graphisch gegenübergestellt.

Die Diskussion der Berechnungsverfahren ergab, daß sich der äquivalente Dauerschallpegel in 25 m Entfernung von einer ebenen geraden glatten Straße für fließenden Verkehr nach der im TGL-Entwurf 10687, Bl. 6 (7), angegebenen Formel

$$L_{eq} = 33 + 10 \lg N \quad dB(Al)$$

mit ausreichender Genauigkeit berechnen läßt (ohne Berücksichtigung von Korrekturwerten).

Vergleich der Meßergebnisse mit den berechneten L_{eq}-Werten. Schlußfolgerungen in Bezug auf den TGL-Entwurf 10687, Bl. 6

Ausgangspunkt für die Berechnung der L_{eq}-Werte im Bereich Magistrale und Straße G waren die stündlich von 5.00 Uhr morgens bis 21.00 Uhr abends registrierten Verkehrsdichten (beide Richtungen zusammen), getrennt nach den Anteilen PKW, Krad/Moped und Nutzfahrzeuge. Die Umrechnung in PKW-(Lärm)-Einheiten erfolgte entsprechend der Festlegung: 1 Krad/Moped = 3 PKW-E und 1 Nutzfahrzeug (im Gegensatz zu (7)) = 6 PKW-E, weil unter den speziellen Bedingungen einer „Großbaustelle" (hoher Anteil an Schwersttransporten, Baggern, Kippern, Paletten) Nutzfahrzeuge im Durchschnitt 8 bis 15 dB lauter als Personenkraftwagen sind. Nur für Lieferfahrzeuge, Kleinstbusse und mittelschwere Lastkraftwagen dürfte der Umrechnungsfaktor 1 LKW = 4 PKW-E den Realitäten entsprechen. Das stimmt auch mit eigenen Meßergebnissen gut überein.

Aus der Summe der PKW-(Lärm)-Einheiten ergab sich nach der oben genannten Formel der äquivalente Dauerschallpegel in 25 m Entfernung.

Aus den L_{eq}-Werten für jede Stunde zwischen 5.00 bis 21.00 Uhr läßt sich der äquivalente Dauerschallpegel für die 8 ungünstigsten zusammenhängenden Stunden zwischen 6.00 und 22.00 Uhr und die ungünstigste halbe Stunde zwischen 22.00 bis 6.00 Uhr ermitteln.

Diese L_{eq},25-Werte gelten — das sei nochmals betont — für eine glatte Asphaltfahrbahn ohne Berücksichtigung von Korrekturwerten (z. B. Straßenbelag, Randbebauung, Steigung, Kreuzung usw.) und betragen:

L_{eq}, 25 = 67 Magistrale — „Nachtbelastung",
L_{eq}, 25 = 67 Magistrale — „Tagbelastung",
L_{eq}, 25 = 64 Straße G — „Nachtbelastung",
L_{eq}, 25 = 66 Straße G — „Tagbelastung".

Nach dem TGL-Entwurf 10687, Bl. 6 (7), sind zu den oben aufgeführten Werten für die Einflußfaktoren, die zu einer höheren Lärmemission führen, entsprechende Korrekturwerte zu addieren. Wenn mehrere Einflußfaktoren gleichzeitig zutreffen, geht nur der jeweils größte Korrekturwert in die Berechnung ein. Nach der angegebenen Tabelle würde für die Rechenwerte ein maximaler Korrekturwert von 3 dB in Frage kommen und sich damit ein L_{eq}-Wert ergeben, der erheblich von den gemessenen Werten abweicht (Differenz von 5 bis 8 dB).

Es wird vorgeschlagen, das im TGL-Entwurf angegebene Berechnungsverfahren unter Berücksichtigung folgender Aspekte zu präzisieren:

1. Zu dem Rechenwert L_{eq},25 ist nicht nur der jeweils größte Korrekturwert, sondern die Summe einiger theoretisch möglicher Korrekturwerte zu addieren. Auch nach BRUCKMAYER (8) bewegt sich der äquivalente Dauerschallpegel unter ungünstigen Verhältnissen in einem Differenzbereich von 0 bis 15 dB, der einem Korrektursummenwert gleichkommt.
2. Die Korrekturwerte sind auf eine Fahrzeuggeschwindigkeit von 50 km/h zu beziehen.
3. Die Tabelle ist mit folgenden Korrekturwerten zu erweitern:
   a) Geschwindigkeitskorrektur für Schnellstraßen und Stadtautobahnen (9),
   b) Korrekturwert für hohe LKW-Anteile bzw. Schwersttransporte,
   c) Streuungs- und Absorptionskorrektur (analog TGL-Entwurf 10687, Bl. 6, S. 5 u. 6) und
   d) Reflexionskorrekturwert (analog TGL-Entwurf 10687, Bl. 6, S. 5 u. 6).

Für alle Gebäude der Magistrale und Straße G wurden entsprechende Korrekturwerte geschätzt oder berechnet (Straßendecken-, Reflexions/Absorptions-, Geschwindigkeits- und Kreuzungs-Korrekturwerte). Durch Addition und Substraktion der Korrekturwerte erfab sich eine Gesamtkorrektur und damit für jeden Block der Magistrale und Straße G eine bestimmte Gebäudekonstante. Die korrigierten Rechenwerte (berechneter L_{eq}-Wert + Gesamtkorrektur) stimmen mit den gemessenen L_{eq}-Werten annähernd überein.

Kernstück der Untersuchungsergebnisse sind zwei Diagramme mit den jeweiligen Blockkonstanten. Ausgehend von den Daten der Verkehrsbelegung

und der entsprechenden Umrechnung in PKW-(Lärm)-Einheiten kann zu jeder beliebigen Zeit für jeden Block der Magistrale und Straße G ein L_{eq}-Wert ermittelt werden, der einem maximal möglichen äquivalenten Dauerschallpegel in 1 m Wandabstand bei geringster Entfernung zur Lärmquelle unter Berücksichtigung aller bautechnischen, räumlichen und verkehrsbedingten Gegebenheiten, die eine Lärmpegelerhöhung bewirken, darstellt.

Diese Unterlagen vermitteln dem Städteplaner wichtige Erkenntnisse für die territoriale und städtebauliche Planung sowie Berechnung des Schallschutznachweises bei neu zu errichtenden und zu rekonstruierenden Bauwerken.

Schlußfolgerungen für den städtebaulichen Planungsprozeß

Die Ergebnisse der Lärmkarte bestätigen die bekannte Tatsache, daß der Straßenverkehr den mit Abstand bedeutendsten Lärmerzeuger im städtischen Raum darstellt. Wenn man bedenkt, daß die lebenswichtige Funktion des Stadtverkehrs immer mehr an Bedeutung gewinnt, dann erhebt sich die Frage, ob für die nächste Zeit überhaupt noch eine reelle Chance besteht, die damit verbundenen Störungen entscheidend zu vermindern.

■ In Diskussionen über das Lärmproblem wird häufig die Forderung gestellt, daß der Lärm an der Quelle zu beseitigen sei. Obwohl das zu unterstützen ist, scheint hierbei eine den Realitäten entsprechende Betrachtungsweise angebracht zu sein, zumal gerade in den Ländern, wo geräuschärmere Kraftfahrzeuge gefahren werden, der Verkehrslärm nicht geringer geworden ist, da die zu erwartende Senkung des Lärmpegels durch eine sehr hohe Motorisierung, verbunden mit großen Fahrleistungen, kompensiert wird. Auch wir müssen mit einer ähnlichen Entwicklung rechnen. „Allgemein läßt sich feststellen, daß sich der Straßenverkehr bis 1990 (bezogen auf 1965) etwa verdrei- bis vervierfachen wird, wenn der heutige Trend anhält. Dabei würde der PKW-Verkehr mit einem Zunahmefaktor von 4,0 bis 6,0 den größten Zuwachs erfahren. Der Verkehr mit Nutzfahrzeugen wird sich im gleichen Zeitraum etwa verdoppeln" (10).

Eine echte Alternative könnte eine neue Generation der Kraftfahrzeuge sein (z. B. Elektroauto) mit deren Wirksamwerden allerdings bei einer derzeitigen Beurteilung von Lärmschutzmaßnahmen vorerst nicht gerechnet werden kann, insbesondere, wenn man die technische Realisierbarkeit unter Berücksichtigung einiger ökonomischer Aspekte betrachtet.

■ Eine entscheidende Verbesserung der Lärmsituation setzt eine echte Auseinandersetzung aller Beteiligten mit der Problematik Lärm voraus; außerdem ist jeglicher Ressortgeist zu überwinden.

Neben der Analyse vorhandener städtischer Anlagen und der Einleitung reparierender Maßnahmen, die meist organisatorische, vor allem aber ökonomische Probleme aufwerfen, muß der Lärmschutz integrierter Bestandteil des städtebaulichen Planungsprozesses und des baulichen Realisierungsprozesses werden, indem die Gesetze der Schallausbreitung und die Wechselbeziehungen zwischen Verkehrsanlagen und schutzbedürftigen Gebäuden entsprechende Beachtung finden.

Betrachtet man die Untersuchungsergebnisse der Lärmkarte Halle-Neustadt unter diesem Aspekt, ergeben sich einige Anhaltspunkte und Möglichkeiten für die Planung, die sich wie folgt charakterisieren lassen:

1. Stadtstruktur
2. Äußeres Verkehrsnetz
3. Verkehrsorganisation
4. Straßenbau
5. Fassadengestaltung

Stadtstruktur

Die Struktur der Stadt wird geprägt durch die verschiedenen Wohnkomplexe bzw. Wohngebiete sowie das Stadt- und Bildungszentrum, welche durch leistungsfähige netzbildende Straßen vierspurigen Ausbaues erschlossen und umgrenzt werden.

Die innere Hauptachse des Verkehrssystems — die Magistrale — trägt dabei die primäre Verteilungsfunktion des individuellen Verkehrs und ist zugleich die Haupttrasse des öffentlichen Massenverkehrs in Richtung Stadtzentrum Halle.

Gleichzeitig bildet die Magistrale einen Schwerpunkt der städtebaulichen Gestaltung der Stadt, weshalb an ihr neben wichtigen gesellschaftlichen Bereichen auch repräsentative Wohnbauten angeordnet wurden.

Ähnliches trifft auf die netzbildenden Straßen zu (z. B. Paul-Müller-Straße, durch zweiten Saaleübergang Verbindung nach Halle-Süd), an denen in geringem Abstand Wohnbebauung vorgesehen wurde.

■ Die von der Magistrale als Hauptlärmquelle ausgehenden Emissionen wirken nicht nur auf die ihr unmittelbar zugeordneten Gebäude ein, sondern beeinflussen infolge großer Baulücken wesentlich den Nachbarschaftslärm dahinterliegender Gebiete.

Besonders zeigt sich das beim I. WK, dessen relativ offene Bebauungsformen nur wenig Möglichkeiten zur Verhinderung der Schallausbreitung durch Abschattung bieten. Dies bezieht sich auch auf die Lärmemission innerhalb des Wohnkomplexes, wobei hinzu kommt, daß durch die einseitige Erschließungsmöglichkeit der Wohnblöcke (Schlafzimmerseite!) die Bildung von verkehrsfreien, somit möglichen Ruhezonen entscheidend eingeschränkt wird.

■ Die Standorte einiger Kindereinrichtungen und Schulen in direkter Nähe zu verkehrsreichen Straßen (z. B. Straße G oder Zscherbener Straße) bedingen erhebliche Überschreitungen der einzuhaltenden Immissionswerte. Das trifft insbesondere auch auf den Standort des Bildungszentrums am Knoten Magistrale/Straße G zu. So befinden sich die Unterrichtsräume der POS, der MLU u. a. in einem Abstand von 16 bis 28 m zu den genannten Straßen.

■ Wichtig für die Beurteilung der Lärmsituation ist eine nähere Betrachtung der Problematik der Ausweisung der Anlagen des ruhenden Verkehrs.

Während die geplanten Hochgaragenstandorte günstig in Randlage vorgesehen sind, üben die inmitten der Bebauung befindlichen offenen Stellplätze einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf die Lärmbelästigung der Anwohner aus. Obwohl die Höhe der Lärmpegel nur unwesentlich von den Fahrvorgängen an den Stellplätzen abhängig sind, muß auf die Wechselbeziehung zwischen Parkplatzstandort und dem somit gegebenen Quell- und Zielpunkt des Verkehrs hingewiesen werden.

Das bedeutet:

Die Lärmbelastung ist besonders beim reinen Wohngebiet abhängig von den durch die Stellflächen festgelegten Fahrtrichtungsmöglichkeiten und den sich daraus ergebenden Belegungen der benutzten Straßen.

Äußeres Verkehrsnetz

Die Stadt wird äußerlich durch noch zu errichtende Anlagen des überörtlichen Verkehrs, die F 80 (Südumgehung), den Gimritzer Damm im Osten und die Nordstraße, alle mit vierspurigem Ausbau, umgeben.

■ Obwohl bei der Konzipierung des Wohngebietes Gimritzer Damm eine Auseinandersetzung mit der Problematik Lärm erfolgte (Sammelstraße einschließlich Stellflächen in Randlage gelegt; dadurch verkehrsfreie Innenräume und außerdem Abstandsvergrößerung zur F 80), muß dennoch mit erheblichen Immissionen auf die am Rand gelegenen Gebäude (etwa 65 bis 75 dB(AI) 1 m vor Gebäude) gerechnet werden. (Derzeitig untersucht ein Neuererkollektiv im Auftrag des Büros für Städtebau und Architektur mögliche Schallschutzmaßnahmen in Abhängigkeit von den jeweilig aufzuwendenden Kosten.)

■ Ebenfalls erstreckt sich das Wohngebiet West bis unmittelbar an die F 80, es sind aber zum Zwecke der Abschattung in der jetzigen Bebauungskonzeption Reihengaragen parallel zur Trasse ausgewiesen, wodurch nur geringe Einflüsse auf das Wohngebiet zu erwarten sind.

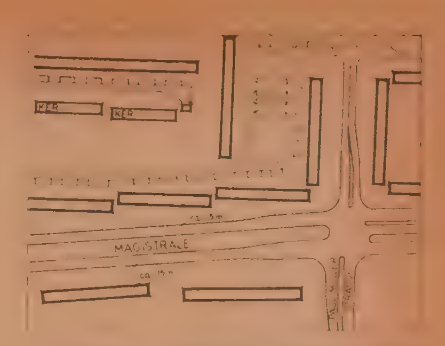
■ Nachteilig wirkt sich die Nähe der Wohnbebauung des Wohnkomplexes IV (durchschnittlich 20 m) zur Nordstraße aus.

■ Günstiger ist die Situation im benachbarten Wohnkomplex III, wo zwischen Wohnbebauung und Nordstraße Sportflächen bzw. ein Garagenkomplex angelegt werden.

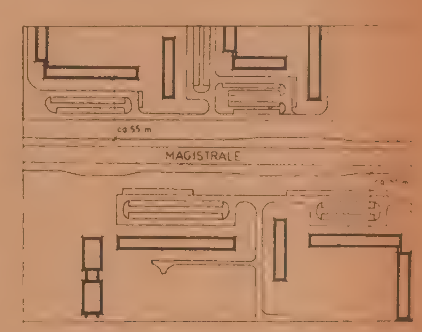
■ Am Südrand des WK II befindet sich ein größeres Naherholungsgebiet, so daß die Lärmbelästigungen der F 80 kaum von Bedeutung sein können.

■ Das am Südrand des WK I gelegene Kinderdorf wird teilweise durch geplante Erdaufschüttungen (Rodelberg) vor dem Lärm der F 80 geschützt. Trotzdem ist ein gewisser Einfluß von dem auf einem Damm gelegenen Trassenbereich, sowie der Brücke über der Reichsbahntrasse und dem Knoten Süd zu erwarten.

■ Die Reichsbahntrasse selbst, die von der S-Bahn und dem Zubringerverkehr nach den Chemiekombinaten stark befahren wird, beeinflußt kaum die Lärmsituation, da sie günstig im Einschnitt (Trog) bzw. Tunnel gelegen ist.



4 Vorhandene städtebauliche Lösung im Bereich der Magistrale (geringer Abstand zur Magistrale; kein ruhiger Innenhof, da Erschließung und Parkplätze innenliegend)



5 Geplante städtebauliche Lösung im Bereich der Magistrale (Zuordnung der Erschließung und Parkplätze zur Hauptlärmquelle Magistrale bei gleichzeitiger Abstandsvergrößerung ohne Flächenverlust; es ergeben sich ruhige Innenhöfe)

Verkehrsorganisation

Während die bisher aufgezeigten Mängel für einen längeren Zeitraum nicht reversibel sind, da sie infolge planerischer Festlegungen zur gebauten Realität wurden, können verkehrsorganisatorische Maßnahmen nur zeitweilig von Bedeutung sein, aber dennoch entscheidenden Einfluß auf die Wohnbedingungen ausüben.

■ Die hohen Pegelwerte an der Magistrale resultieren aus der Aufnahme des Durchgangsverkehrs der F 80 (in der Woche hoher Anteil an Nutzfahrzeugen, am Wochenende starker PKW-Verkehr in Richtung Harz). Erst mit Fertigstellung der Südumgehung (1974) ist eine Entlastung zu erwarten.

■ Die für eine Großbaustelle typische Fahrzeugmischung mit einem hohen Anteil lärmintensiver Baufahrzeuge bewirkt für viele Jahre eine zusätzliche Lärmbelastung. Besonders kritisch ist die Situation an der Straße „G", die bis zur Fertigstellung der Weststraße (1972) als einzige Zufahrt zum Plattenwerk und anderer Betriebe des Versorgungsgebietes der Stadt existiert.

Hinzu kommt, daß diese Straße über mehrere Jahre die einzige Zufahrt zum WK I und II von der Magistrale her darstellte, da die Anbindung des Zollrains und der Paul-Müller-Straße erst Ende 1971 erfolgte.

■ Von Einfluß auf die Lärmbelästigung sind auch Störwirkungen, die sich aus dem Verkehrsablauf ergeben. So erhöhen Brems- und Beschleunigungsvorgänge an den signalisierten Knoten der Magistrale die L_{eq}-Werte um 3 bis 5 dB(AI).

Wesentlich ungünstiger wirken sich die teilweise erheblichen Geschwindigkeitsüberschreitungen — besonders bei Baufahrzeugen — aus. In diesem Zusammenhang sei auch auf rücksichtslose Fahrweisen, wie unnötiges Beschleunigen auf kurzen Strecken und anschließendes Bremsen oder das zu

laute Warm-Laufen-Lassen der Motoren hingewiesen.

Straßenbau

Die Beschaffenheit der Fahrbahnoberfläche übt einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf die Höhe der Lärmpegel aus. So zeigen Meßergebnisse (9) bei Bitumenbeton-Fahrbahnen geringere Werte als bei den anfänglich in Halle-Neustadt gebauten Zementbetondecken. Daß sich Fahrbahnunebenheiten besonders ungünstig auf die Lärmsituation auswirken, bedarf keiner näheren Erläuterung. Es sei aber darauf hingewiesen, weil bereits einige schadhafte Stellen (Bruchstellen infolge Absenkung, Ausschlagen der Fugen durch fehlenden Fugenverguß) der verhältnismäßig neuen Straßen Halle-Neustadts erhebliche Lärmpegelerhöhungen hervorrufen.

Fassadengestaltung

Von entscheidender Bedeutung für den Lärmpegel in den Wohnungen ist die Fassadengestaltung der Gebäude.

- Es muß eingeschätzt werden, daß die Fenster infolge schlechter Baugüte bzw. versäumter Instandhaltung oft nicht die projektierten Dämmwerte erreichen.
- Die Anbringung von Loggien an Gebäuden im Bereich lärmintensiver Straßen ergibt zusätzliche Nachteile für die betreffenden Wohnungen. Nicht nur, daß der eigentliche „Freisitz" infolge des hohen Straßenlärms und der damit verbundenen Abgas- und Staubbelästigung kaum genutzt werden kann, durch Reflexionen wird bei ungünstigen Bedingungen der Lärmpegel in der Wohnung sogar erhöht.

Deshalb sollte in solchen Situationen im Interesse der Bewohner auf Loggien als Gestaltungsmittel verzichtet werden.

Maßnahmen zur Verbesserung der Lärmsituation an den bestehenden städtebaulichen Anlagen

Die erst in den letzten Jahren entstandenen baulichen Anlagen der Stadt stellen Grundfonds erheblichen Umfanges dar, die infolgedessen einer effektiven Auslastung bedürfen. Deshalb ist es nicht möglich, stadtstrukturelle Veränderungen zur Verbesserung der Lärmsituation vorzunehmen, vielmehr müssen Maßnahmen eingeleitet werden, die eine Erhöhung des moralischen Wertes der Grundfonds bewirken. Dafür ergeben sich folgende Möglichkeiten:

- bauphysikalische Maßnahmen an den Gebäuden (Abdichten der Außenhaut verbunden mit Klimatisierung, Einbau von Fenstern mit Mehrfachverglasung, schallabsorbierende Fassadenelemente u. a.)
- Errichtung von Schutzwänden (Beton, Kunststoff, Metall) oder die Aufschüttung von Dämmen in Verbindung mit Schutzbepflanzungen
- verkehrsorganisatorische Maßnahmen (z. B. Verkehrsverbote, Geschwindigkeitsbegrenzungen, Signalisierung mit grüner Welle).

Darüber hinaus gilt es, der Instandhaltung des Straßennetzes besonderes Augenmerk zu schenken, um Fahrbahnschäden zu vermeiden, den Fugenverguß bei Zementbetondecken zu erhalten und glatte Fahrbahnoberflächen (Bitumenbeton) zu schaffen. Wenngleich die Möglichkeiten eingeschränkt sind, sollten die Freiflächen im Bereich von Gebäuden und Verkehrsanlagen einer maximalen Begrünung unterzogen werden.

Es steht außer Zweifel, daß wirksame Maßnahmen mit hohen Kosten verbunden sind. Dennoch muß in den nächsten Jahren in besonders kritischen Fällen etwas getan werden, um so schrittweise das Anliegen des Gesetzes der sozialistischen Landeskultur zu erfüllen. Das setzt aber voraus, finanzielle Mittel für den Lärmschutz, wie für andere Ressorts auch, einzuplanen.

Möglichkeiten einer lärmschutzgerechten Planung

Lärmschutz ist kein Selbstzweck, sondern Bestandteil der vom VIII. Parteitag der SED auch an den Städtebau gerichteten Forderung, die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Bevölkerung entscheidend zu verbessern. Vordringlich erscheint dabei eine bewußtseinsmäßige Auseinandersetzung aller am Stadtplanungsprozeß Beteiligten mit der entsprechenden Problematik zu sein. Letztlich planen und projektieren wir heute eine Wohnumwelt, die für einen größeren Zeitraum von Bestand sein wird, das heißt auch konkret, daß die zu erwartende Lärmsituation mit der Planung festgelegt wird.

Bei Beachtung der im folgenden dargelegten Vorschläge, deren Anwendung im städtebaulichen Planungsprozeß bei dem heutigen Stand der Bautechnologien, dem vorhandenen Typenangebot und den gegebenen ökonomischen Verhältnissen realisierbar erscheint, könnte eine gewisse Verbesserung der zu erwartenden Lärmsituation erreicht werden. Voraussetzung dafür ist allerdings eine positive Einstellung zum Lärmschutz und der Wille zu einer interdisziplinären Zusammenarbeit aller an der Planung beteiligten Fachbereiche bzw. Institutionen.

- Der städtische Straßenverkehr sollte konsequent auf wenigen hochgradig ausgebauten Hauptnetzstraßen gebündelt und flüssig geführt werden (11).
- Hauptnetzstraßen sind generell anbaufrei zu halten und nach Möglichkeit im Einschnitt zu führen.
- Hochstraßen in Wohngebieten sind zu vermeiden.
- Hauptnetzstraßen sollten Wohngebiete nicht durchqueren, sondern tangieren.
- Knotenpunktabstände sollten möglichst groß sein.
- Gewährleistung eines flüssigen Verkehrsablaufes
- Wohngebiete bzw. Wohnkomplexe sollten nach Möglichkeit über eine in Randlage befindliche Sammelstraße erschlossen werden (Abb. 6)
- Linienführung und Charakter von Sammelstraßen sollten übereinstimmen
- Wohnstraßen sollten als Schleifen bzw. Stiche geschaltet werden, so daß unnötiger Querverkehr verhindert wird
- Der Hauptanteil der Flächen des ruhenden Verkehrs sollte in Nähe der Sammelstraßen bzw. des Hauptnetzes ausgewiesen werden. Damit wird der innere Verkehr verringert und zugleich eine Abstandsvergrößerung zum Hauptnetz ohne Flächenverlust erreicht (Abb. 4 und 5)
- Ausweisung von Garagen- und Versorgungsbauten an Hauptnetzstraßen zum Zwecke der Abschattung
- Wahl geschlossener Bebauungsformen (Blockbebauung u. ä.) zur Schaffung ruhiger Innenhöfe, spätere bauphysikalische Maßnahmen beschränken sich dann auf eine Gebäudefront
- Nach Möglichkeit sollten die Schlafräume der lärmabgewandten Seite zugeordnet werden
- Zwischen Gebäude und Straße sollte der größtmögliche Abstand bei Beachtung anderer Faktoren, wie Feuerwehrabstand (Halle-Neustadt, z. B. 10 m), Ökonomie u. a. angesetzt werden
- Kindereinrichtungen und Schulen sollten nur in Ruhezonen vorgesehen werden
- Die Fassaden- und Fenstergestaltung ist der Lärmsituation anzupassen
- Anwendung von Rasenbetonzellen für Parkflächen (Absenkung des Lärmpegels durch Absorption).

6



Literatur

(1) Junghans, R.; Stuhrmann, D.: Hohe Leistungen auch ohne starke Lärmabstrahlung
Neues Deutschland vom 17. 4. 1971, S. 13

(2) Petzold, H.: Ein Beitrag zur Lärmbekämpfung im städtischen Raum durch natürliche oder gebaute Hindernisse zur Minderung der Lärmausbreitung
Forschungsbericht – Auftraggeber: Deutsche Bauakademie Berlin, Institut für Städtebau und Architektur, Auftragnehmer: TU Dresden, Sektion Architektur, Bereich Städtebau
Teil I: Städtebauliche Grundlagen – Entwicklung der Forschungsarbeit
Teil II, III und IV: Modelluntersuchungen zur Abschattungswirkung von Hindernissen

(3) Petzold, H.: Tendenzen der Entwicklung des Stadtverkehrssystems und Schlußfolgerungen für die Lärmbekämpfung
AICB-Kongreß Groningen, Mai 1970 (Vortrag)

(4) Neuhofer, R.; Schollmeyer, W.: Lärmkarte Halle-Neustadt. Auftraggeber: Büro für Städtebau und Architektur des Bezirkes Halle, 1971

(5) TGL 10 687, Bl. 2: Schallschutz – Zulässiger Lärm, verbindlich ab 1. 4. 1971

(6) 1. DB zur 4. DVO zum Landeskulturgesetz – Schutz vor Lärm – Begrenzung der Lärmimmission, GBl. Teil II, Nr. 87, vom 20. 11. 1970

(7) TGL 10 687, Bl. 6: Schallschutz – Territoriale und städtebauliche Planung, Entwurf vom November 1970

(8) Schreiber, L.: Lärmschutz im Städtebau
Bauverlag GmbH, Wiesbaden und Berlin, 1970

(9) Rathe, E. J.: Lärm des Straßenverkehrs
Acustica 17 (1966) 268–277

(10) Glißmeyer, H.: Perspektiven und Grenzen des Straßenverkehrs
Deutsche Architektur (1970) 7, 409

(11) Saitz, H.; Stuhrmann, D.: Der Lärmschutz der Stadt Erfurt
Die Straße (1971) 3, 115

6
Erschließungsschema WK VI



Informationen

Bund der Architekten der DDR

Wir gratulieren unseren Mitgliedern

Architekt Bauingenieur Karl Wolf, Weimar,
1. September 1918, zum 55. Geburtstag

Architekt Dipl.-Ing. Rolf Billig, Leipzig,
3. September 1923, zum 50. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Georg Wolf, Meißen,
4. September 1898, zum 75. Geburtstag

Architekt Gerhard Sachs, Calau,
5. September 1903, zum 70. Geburtstag

Architekt Baumeister Josef Zepper, Berlin,
6. September 1903, zum 70. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Werner Heidrich, Altenburg,
7. September 1923, zum 50. Geburtstag

Architekt Diplomgärtner Helmut Gelbrich, Leipzig,
8. September 1913, zum 60. Geburtstag

Architekt Dipl.-Ing. Hans Kluge, Dresden,
9. September 1908, zum 65. Geburtstag

Architekt Werner Dobe, Berlin,
10. September 1913, zum 60. Geburtstag

Architekt Prof. Dipl.-Ing. Werner Schneidratus, Berlin,
10. September 1908, zum 65. Geburtstag

Architekt Dipl.-Ing. Günther Nemetschek, Halle,
14. September 1918, zum 55. Geburtstag

Architekt Willi Listing, Berlin,
21. September 1923, zum 50. Geburtstag

Architekt Baumeister Rudolf Böttger, Dresden,
24. September 1913, zum 60. Geburtstag

Weiterbildungsseminar der Bezirksgruppe Potsdam

„Städtebauliche Planung von Wohnungsneubaugebieten" war das Thema eines ganztägigen Weiterbildungsseminars am 23. 3. 1973.

Mitarbeiter des Instituts für Städtebau und Architektur der Bauakademie der DDR berichteten über jüngste Forschungsergebnisse wie folgt:

Dr.-Ing. Rietdorf zu grundsätzlichen Aufgaben und Problemen der Wohngebietsplanung in der DDR.

Obering. Prendel zur Ausstattung der Wohngebiete mit gesellschaftlichen Einrichtungen.

Dipl. Ing. Kuhnert über rationelle Lösungen für die stadttechnische Erschließung.

Dr.-Ing. Kreß über Erfahrungen aus den Beispielplanungen für Halle-Neustadt und Neubrandenburg-Ost.

Am Seminar nahmen 67 Architekten und Ingenieure aus den bezirklichen Planungs- und Projektierungsbetrieben und aus den staatlichen Leitungen sowie aus Baukombinaten teil.

Auf der Grundlage der Referate kam es zu einem angeregten Meinungsaustausch zwischen den Referenten und den Teilnehmern des Weiterbildungsseminars. Dabei wurde zum Ausdruck gebracht, daß die schwerpunktmäßig auf Probleme der Wohngebietsplanung orientierte Arbeit des Instituts für Städtebau und Architektur der Bauakademie eine wertvolle Unterstützung der Planungspraxis ist.

Die Arbeit an Beispielplanungen auf der Grundlage konkreter Aufgabenstellung wird dabei im wesentlichen Maße zu praktisch fundierten wissenschaftlichen Aussagen führen.

Das Weiterbildungsseminar wurde als ein wertvoller Beitrag zur praktischen Durchführung des Erfahrungsaustausches zwischen Forschung und Baupraxis gewertet.

E. Pfrogner

Kammer der Technik

Information des Fachverbandes Bauwesen der Kammer der Technik über die Bildung einer Zentralen Fachsektion (ZFS) Tiefbau

Die Bildung einer ZFS Tiefbau im Rahmen des FV Bauwesen verfolgt das Ziel, die in der sozialistischen Ingenieurorganisation auf diesem Gebiet tätigen Wissenschaftler, Ingenieure und Neuerer in freiwilliger Gemeinschaftsarbeit vereinen zu helfen, den politisch-ideologischen Klärungsprozeß zu unterstützen und die Initiative der Mitglieder auf die Lösung der Hauptfragen zu orientieren.

Ausgehend von den Bedürfnissen unserer sozialistischen Gesellschaft durchdringt die vom VIII. Parteitag der SED beschlossene Hauptaufgabe auch die weitere wissenschaftlich-technische Entwicklung im Tiefbau. Sie wird auf längere Sicht in erster Linie durch den Wohnungsbau und in zunehmendem Maße durch die sozialistische Rekonstruktion unserer Städte und des innerstädtischen Verkehrs bestimmt. Dabei haben die rechtzeitige und stabile Versorgung mit Wasser, Energie und Nachrichtentechnik, günstige verkehrstechnische Lösungen sowie schadlose und hygienische Abwasser- und Müllbeseitigung sowohl direkten Einfluß auf den materiellen Lebensstandard unserer Werktätigen als auch auf das Tempo des Wohnungsbauprogramms. Daraus leiten sich die Schwerpunktaufgaben der Zentralen Fachsektion (ZFS) Tiefbau in den nächsten Jahren ab.

Sie liegen auf den Teilgebieten unseres Fachbereiches, welche auf der Grundlage unserer volkswirtschaftlichen Möglichkeiten notwendige Voraussetzungen für die planmäßige Durchführung des komplexen Wohnungsbaus schaffen.

Dazu gehören

- die Senkung des stadttechnischen und verkehrstechnischen Erschließungsaufwandes durch rationelle, die Belange des Tiefbaus berücksichtigende Bebauungsformen und verkehrstechnische Lösungen sowie die sinnvolle zeitliche und objektbezogene Koordinierung aller Maßnahmen im unterirdischen Bauraum einschließlich ihrer Dokumentation
- die Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Baukapazitäten und die weitere Senkung des Tiefbauaufwandes durch die Rationalisierung der Konstruktion, Technologie und Produktionsorganisation bei der stadttechnischen Erschließung von Bebauungsgebieten einschließlich der dazu erforderlichen Anlagen und bei den verkehrstechnischen Lösungen.

Es geht dabei gleichzeitig darum, die Effektivität und Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit zu erhöhen, die Qualität der Tiefbauerzeugnisse zu verbessern und die schwere körperliche Arbeit unserer Werktätigen auf den Baustellen zu vermindern.

Sie nutzt zielgerichtet die vorliegenden Erfahrungen und Organisationsformen der Kammerarbeit in unserem Fachbereich, entwickelt diese aufgabenbezogen im Bereich der ZFS oder arbeitsteilig mit anderen Gremien weiter und schließt schrittweise erkennbare Lücken.

Bei Sicherung eines hohen Grades der Variabilität zur Lösung volkswirtschaftlicher Schwerpunktaufgaben bleibt die ZFS orientiert auf die Entwicklung stabiler langfristiger Strukturen ihrer Fachausschüsse und Fachunterausschüsse.

Für den Beginn der Arbeit im Jahre 1973 wurden zunächst folgende FA bestätigt:
FA „Stadttechnische Erschließung",
FA „Tiefbau Koordinierung",
FA „Bodenmechanik und Grundbau" und den selbständigen FUA „Bohrungen und Brunnenbau".

Am 20. März 1973 konstituierte der Vorstand des Fachverbandes Bauwesen der KDT die Zentrale Fachsektion (ZFS) Tiefbau und berief
Koll. Dr.-Ing. Manfred Schulz
Bauakademie der DDR
zu seinem Vorsitzenden.
Als Sekretär der ZFS wurde der
Koll. Dipl.-Ing. Rudolf Johannes,
Bauakademie der DDR
berufen.

Zur Sicherung der freiwillig-technischen Gemeinschaftsarbeit wurden insgesamt 14 Wissenschaftler, Ingenieure und Ökonomen aus Instituten, Hochschulen und Betrieben als Mitglieder des Vorstandes berufen.

KDT-Mitglieder, die an der Mitarbeit in der Zentralen Fachsektion interessiert sind, bitten wir, Ihre Anfragen an die
Kammer der Technik, FV Bauwesen
zu richten.

G. Bittniok

Nachruf für Werner Vollrath

Einen Tag vor seinem 78. Geburtstag verstarb plötzlich der Architekt BdA/DDR Dr.-Ing. Werner Vollrath aus Berlin.

1895 in Gotha geboren, studierte er in Darmstadt bis 1923, er schloß seine Studien mit einer Dissertation über die Schloßanlagen in Weimar ab. Dann war er in Weimar tätig, wo man ihm Leitung und Einrichtung des Staatlichen Hochbauamtes in Hildburghausen 1927 übertrug. Seine Wirkungsstätte war das westliche und südwestliche Thüringen. Neben modernen Bauaufgaben, so im Krankenhausbau, setzte er sich besonders für die Erhaltung und die Pflege des Orts- und Heimatbildes dieses thüringischen Gebietes, also die Bewahrung und den Schutz der baulichen und landschaftlichen Umwelt, ein. Später wurde er Leiter des Hochbauamtes in Eisenach. Hier entwickelte er eine grundlegende Konzeption zur Rekonstruktion der Wartburg. Zur Rettung und Erhaltung kriegszerstörter einmaliger nationaler Gedenkstätten und Baudenkmale, so der Bach- und Lutherhäuser in Eisenach, erwarb er sich große Verdienste und sicherte ihren späteren völligen Wiederaufbau. In dem reizvollen Rhönort Dermbach schuf er in den fünfziger Jahren eine gediegene gastliche Stätte mit dem Ausbau des großen Fachwerkbaues des „Sächsischen Hofes" zu einem neuzeitlichen Hotel im Stile der Thüringer Landschaft zusammen mit den Schnitzern von Empfertshausen eingerichteten großartigen Gast- und Gesellschaftsräumen. Außer anderen Planungen bearbeitete er einen Generalbebauungsplan mit Kurparkgestaltung in Bad Liebenstein.

Ab 1952 war er mit mehreren Forschungsaufträgen für das Institut für Typung der Bauakademie tätig. 1956/60 gehörte Werner Vollrath dem VEB Typenprojektierung als wissenschaftlicher Mitarbeiter an.

Seit 1965 stellte er seine reichen Berufserfahrungen in den Dienst der Berliner Denkmalpflege des Magistrats von Groß-Berlin. Für die in den letzten sieben Jahren ausgeführten und geplanten Restaurierungsarbeiten, Wiederaufbauplanungen und wissenschaftlichen Dokumentationen war er dem Leiter der Berliner Denkmalpflege zuverlässiger und sachkundiger Helfer und freundschaftlich verbundener Mitstreiter.

Dr. Vollrath gehörte der Architektengeneration an, welche die gründliche Kenntnis der Bau- und Stilformen der Baugeschichte vereinigen konnte mit dem schöpferischen Umdenken für moderne Aufgabenstellungen und zeitgemäße funktionsgerechte Verwendbarkeit.

Bis in den letzten Stunden seines arbeitsreichen Lebens schöpferisch tätig für den Ausbau einer denkmalpflegerischen Komplexaufgabe im Zentrum der Hauptstadt, war der mit seinen Aufgaben verwachsene und geistig jung gebliebene Architekt Werner Vollrath ein verdienstvoller Baufachmann.

Dipl.-Ing. Fritz Rothstein
Architekt BdA DDR



Lehre und Praxis

Studentenseiten der HAB Weimar

Zum ersten Mal stellt sich eine der Studentengruppen des BdA der DDR mit eigenen Berichten über ihre gesellschaftliche Tätigkeit vor. Aus diesem Novum soll, das ist auch der Wunsch der Redaktion, eine Regel werden. Die Redaktion wird den BdA-Studentengruppen dafür gern entsprechende Seiten einräumen, die, dem Vorschlag der Weimarer Gruppe folgend, unter dem Titel „Lehre und Praxis" erscheinen könnten. Wir würden es begrüßen, wenn sich die BdA-Studentengruppen aus Dresden und Berlin der Initiative aus Weimar anschließen würden. red.

1 Blick in die Ausstellung

Ergebnisse der Leistungsschau

1. Preis
Dipl.-Ing. Oeser (Diplomarbeit)
Rekonstruktion innerstädtischer Bereiche
Weimar-Innenstadt zwischen Graben und Markt, speziell Fußgängerbereich Dimitroffstraße und Schloßgassenviertel
AG Wohn- und Gesellschaftsbauten
Betreuer: Prof. Dr.-Ing. habil. Stahr

2. Preis
Dipl.-Ing. Hubrich, Dipl.-Ing. Kottusch
UIA-Studentenwettbewerb (siehe deutsche architektur 4/73)
Betreuer: Prof. Dr.-Ing. habil. Stahr
Dr.-Ing. Salzmann

3. Preis (Abb. 3 bis 6)
stud. ing. Enzmann
1. Studienjahr, Entwurf 1 „Erwachsenenerholung, passiv", AG Gestaltungs- und Entwurfslehre
Betreuer: Dr.-Ing. Salzmann

Die Studentengruppe des BdA/DDR an der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar möchte sich aktiv an der Gestaltung unserer Fachzeitschrift beteiligen.
Wir, die Studenten dieser Hochschule, werden in periodischen Abständen eine Druckseite gestalten.
Das Ziel unserer Beiträge ist, allgemein interessierende Studentenarbeiten vorzustellen, durch Aufzeigen von Meinungen, Kommentaren, Karikaturen u. ä. die Studenten mehr für die Praxisprobleme zu interessieren und schließlich den Wettbewerb zwischen den Architekturstudenten unserer Republik zu initiieren und zu aktivieren.
Anläßlich der X. Weltfestspiele veröffentlichen wir die erste Studentenseite in der deutschen architektur. Ga/Kr



WER SIND WIR?
WAS TUN WIR?
WAS WOLLEN WIR?

Wir, das sind die Mitglieder der Studentengruppe des BdA/DDR. Diese Gruppe wurde im Oktober 1968 im Beisein des Präsidenten des BdA der DDR an der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar gegründet. In der BdA-Studentengruppe sind die besten und aktivsten Studenten des 2.–4. Studienjahres und Forschungsstudenten der Sektionen Architektur und Städtebau organisiert. Die Mitgliederzahl ist vorläufig auf 25 Studenten begrenzt. Nach einer vierteljährlichen Kandidatenzeit werden die Studenten in die Studentengruppe und damit in den Bund der Architekten der DDR aufgenommen. Die Studentengruppe ist organisatorisch ein Teil der Hochschulgruppe, wird aber direkt vom Bezirksvorstand des BdA/DDR angeleitet. Diese Organisationsform hat sich bisher sehr bewährt.

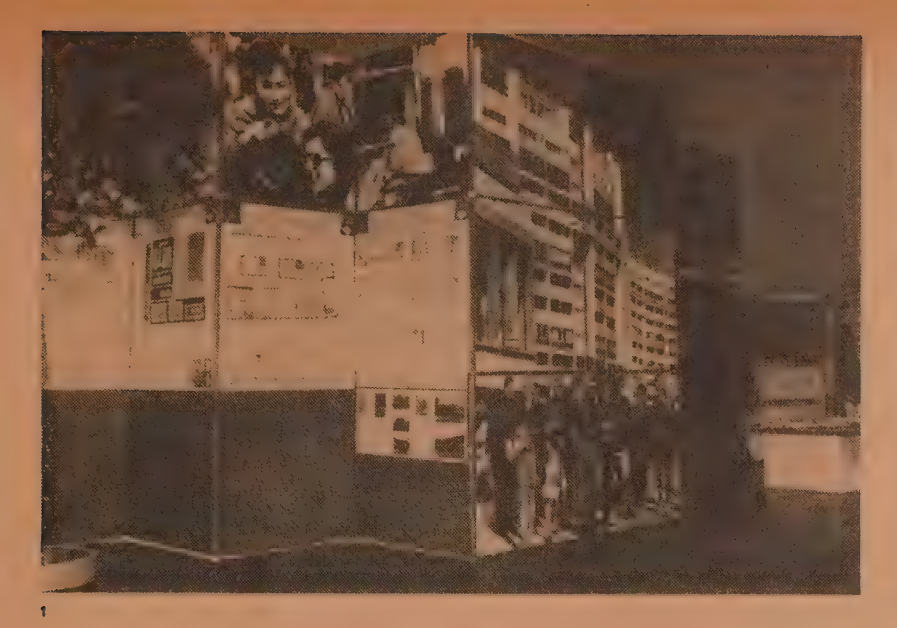
Die BdA-Studentengruppe wurde gegründet, um die Studenten an den vielfältigen Formen der BdA-Arbeit teilhaben zu lassen, um ein spezielles studentisches Forum des fachlichen Gedankenaustausches, Wettbewerbes und der fachlichen Verbindungen zu schaffen, und schließlich, um diese Studenten frühzeitig mit der Praxis und deren Problemen vertraut zu machen. Diese letztgenannte Zielstellung sehen wir selbst als die wichtigste an. Das spiegelt sich in unserem Arbeitsplan, unserem Tun und letztlich auch in dem Symbol, das wir dieser Studentenseite gaben, wider. Wir veranstalten Diskussionen, Werkstattgespräche oder Exkursionen mit bzw. zu bezirklichen Fach- und Betriebsgruppen, nehmen an der bezirklichen Weiterbildung und soweit als möglich an den erweiterten Bezirksvorstandssitzungen teil und übernehmen in Gruppenarbeit kleinere Studien- bzw. Variantenuntersuchungen für die Praxis. Im Rahmen des Festivalaufgebotes haben wir mehrere Betriebe und Institutionen entsprechend unserer Möglichkeiten unterstützt und uns selbst dabei qualifiziert.

Wir knüpfen und pflegen Kontakte zu den Architekturfakultäten der sozialistischen Staaten, haben aber bisher trotz mehrerer Anläufe den studentischen fachlichen Gedankenaustausch und Wettbewerb unter den Architektursektionen unserer Republik noch nicht ins Leben rufen können. Vor zwei Jahren regten wir an, jährlich die besten Diplomarbeiten in einem offiziellen Studentenwettbewerb auszuzeichnen.

Vielleicht findet dieser Vorschlag Resonanz.

Wir wünschen uns mehr und vielfältigere Beziehungen zur Praxis, zu Betriebs- und Fachgruppen des BdA/DDR. Was kann auch die Praxis dafür tun? Wir nannten einige Möglichkeiten ... We

Diese Studentenseiten wurden von Beatrice Gattos, Bernd Ettel, Ernst Kristen und Jürgen Wendt gestaltet.



1



4

4 Zentrum für Unterhaltung, Tanz und kleine Veranstaltungen

5 Zentrum für Individualunterhaltung

6 Große Sitzgruppe mit Lichtplastik

FDJ – Studententage der Weimarer Hochschulen 1973

Die FDJ-Studententage haben sich unter den gesellschaftlichen Höhepunkten unserer Hochschule einen festen Platz erobert. Sie gestalten sich zu einem Höhepunkt in der Vorbereitung der X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten.

Die große Vielseitigkeit des Programms entsprach den vielfältigen Bedürfnissen und fand allseitige Anerkennung.

Die Leistungsschau war das umfangreichste und das öffentlich wirksamste Vorhaben der Studententage. Über 4500 Besucher zählte die Ausstellung. Tägliche Informationsprogramme gaben einen guten Überblick über das Arbeitsfeld der Studenten. Jeden Tag stellte sich innerhalb der Kulturprogramme eine Sektion vor, um in der Bevölkerung das Interesse für die Problematik der Studenten zu wecken.

Die Leistungsschau hatte im wesentlichen 3 Schwerpunkte als Zielstellung:

1. die Öffentlichkeit von Weimar sollte die Möglichkeit haben, sich von den Leistungen der Studenten zu überzeugen;
2. es war eine gute Gelegenheit, die Ergebnisse in der Ausbildung und Erziehung zu vergleichen;

die Gremien, die einen Wettbewerb innerhalb der Hochschule ins Leben gerufen hatten, konnten überprüfen und nahmen eine Wertung und Prämiierung vor;

3. Sie war eine Dokumentation der Einheit von Lehre, Forschung und Praxis.

Die wissenschaftliche Studentenkonferenz der Sektion Architektur zeigte die Schwerpunkte unserer Ausbildung.

Unter der Thematik „Rekonstruktion und Umgestaltung unserer Städte" wurde die klare Orientierung der Ausbildung der Sektion auf die vom VIII. Parteitag der SED gestellten Aufgaben zur Verbesserung der Wohn- und Lebensverhältnisse der Arbeiter und der anderen Werktätigen ausgedrückt. Die Berichte über Entwürfe und Untersuchungen zur Rekonstruktion der Stadt Weimar und die Objekte der Leistungsschau, die sich auf das Territorium bezogen, erregten besonderes Interesse und dokumentieren die enge Verbindung zwischen Lehre, Forschung und Praxis.

Eine umfassende Wertung können wir nicht vornehmen. Die FDJ-Studententage 1973 an unserer Hochschule waren ein großes Ereignis und ein voller Erfolg.

Aus der großen Auswahl der Arbeiten möchten wir die interessantesten vorstellen.

Et

2

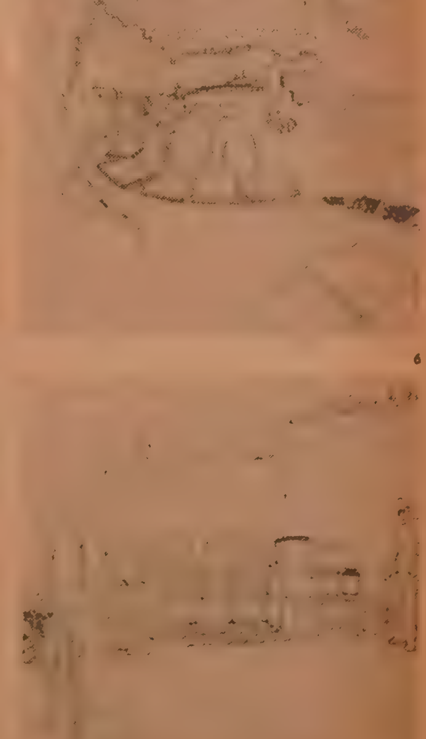


3



5

6



Aus der Sowjetunion

Effektive Wege zur Einsparung von Baustoffen

A. Deminow, Leiter der Hauptverwaltung für Baustoffindustrie in Moskau

Welche Wege zur Einsparung von Zement und anderen Baustoffen gelten als die effektivsten?

Hier sind vor allem die Erfahrungen von Interesse, die das Werk für Stahlbetonfertigbauteile Nr. 7 gemacht hat. Nachstehend sei lediglich ein Beispiel für die schöpferische Lösung dieses Problems angeführt.

Seit eh und je wurden die massiven Stahlbetonblöcke für die Innenwände als Vollkörper gefertigt. In die Metallform wurden die Bewehrungsskeletts eingesetzt, mit Beton übergossen, durchgerüttelt und bedampft. Dann war der Block im wesentlichen fertig. Das ist zwar am einfachsten, aber auch am kostspieligsten, denn hier arbeitet, wie die Konstrukteure sagen, bei weitem nicht die ganze Betonmasse. Das heißt, es werden Zement und nichtmetallisches Baumaterial vergeudet. Außerdem werden die Erzeugnisse ungerechtfertigt schwer.

Die Rationalisatoren des Betriebes schlugen deshalb vor, Hohlblöcke herzustellen. Um das Formen zu vereinfachen, wurde beschlossen, in den Beton Rohre aus Papier einzulegen. Diese und andere Maßnahmen werden es dem Werk ermöglichen, bis zum Ende des Planjahrfünfts 22 000 t Zement und 84 000 m^3 nichtmetallisches Baumaterial einzusparen. Die Masse eines aus diesen modernen Bauteilen montierten Hauses vermindert sich dabei um ein Vielfaches. Folglich sinken die Transportkosten, es erhöht sich die Arbeitsproduktivität auf den Montageplätzen, und die Bauzeiten werden verkürzt.

Es gibt noch einen weiteren effektiven Weg für die Einsparung von Zement, nämlich die Verwendung „aktiverer" Zuschlagstoffe. So haben die Kollektive des Kombinats für Stahlbetonkonstruktionen Nr. 2 und das Werk für Stahlbetonfertigbauteile Nr. 12 beschlossen, in diesem Jahr als Betonzusatzstoffe 120 000 t Asche von Wärmekraftwerken zu nutzen. Innerhalb eines Jahres können auf diese Weise etwa 6 000 t Zement und 20 000 m^3 Keramsitkies eingespart werden. Insgesamt werden wir bis zum Ende des Planjahrfünfts etwa 500 000 t Asche, d. h. faktisch alle Abfälle der Moskauer Kraftwerke verarbeiten.

Eine bedeutende Einsparung des wertvollen Rohstoffs kann mit Hilfe der sogenannten Plastimente erzielt werden. Außer den allgemein bekannten Sulfit-Alkohol-Ablaugen und Kalziumchlorid mengen wir dem Beton eine kombinierte Mischung aus Nitrat- und Chlorsalzen bei. Dieser Zusatz beschleunigt gleichzeitig die Betonerhärtung. Die chemische Zusammensetzung der Mischung, die von unseren Fachleuten gemeinsam mit Wissenschaftlern des Moskauer Instituts für Autobahnen ausgearbeitet wurde, hat sich in vielen Betrieben der Hauptverwaltungen bewährt. Insgesamt werden nach diesem System 600 000 m^3 plastifizierter Beton hergestellt, so daß bis zum Ende des Planjahrfünfts 200 000 t Zement eingespart werden können.

Große Veränderungen haben sich in den letzten Jahren in der Industrie für keramische Baustoffe und Bindemittel vollzogen. Das Kollektiv des Kombinats für keramisches Verkleidungsmaterial in Kutschinsk modernisierte zum Beispiel in kurzer Zeit die Plattenproduktion von Grund auf; 13 moralisch veraltete technologische Straßen auf der Basis von Tunnelöfen wurden durch neuzeitliche Straßen unter Verwendung von Schlitzrollenöfen ersetzt. Dadurch konnte die Arbeitsproduktivität erheblich gesteigert und der Verbrauch an Gas und Elektroenergie auf einen Bruchteil verringert werden. Die Mitabeiter des Kombinats, die an der Ausarbeitung und Einführung der neuen Technologie beteiligt waren, wurden 1972 mit dem Staatspreis ausgezeichnet.

Um bei der Herstellung von Verkleidungsplatten Glasur einzusparen, haben unsere Konstrukteure spezielle Sprühmaschinen entwickelt und an bestimmten Stellen bereits eingeführt. Durch ihren Einsatz verringert sich der Verbrauch dieses wertvollen Materials um 40 Prozent.

Ein umfangreiches Programm auf dem Gebiet der Materialökonomie verwirklichten die Betriebe der Holzverarbeitungsindustrie. Beispielsweise wurde im Holzverarbeitungskombinat Nr. 3 eine neue Anlage für die Herstellung von Holzspanplatten eingerichtet. Während diese Erzeugnisse früher aus besonderem Holz hergestellt wurden, verarbeiten die Maschinen heute ausschließlich Spanabfälle. Die jährliche Einsparung an Holz beträgt Zehntausende von m^3. Zehn Prozent Rohstoff werden von den Betrieben eingespart, die dazu übergegangen sind, Fensterblöcke mit Einzelflügeln herzustellen.

Viel Interessantes gibt es von unserer Parkettproduktion zu berichten. Im Holzverarbeitungskombinat Nr. 13 verwendet man heute für die Parkettbrettchen anstelle des teuren Eichenholzes chemisch bearbeitetes weiches Laubholz, das übrigens nach einer Spezialbehandlung dem Eichenholz an Festigkeit nicht nachsteht. Im gleichen Betrieb wurde die herkömmliche Konstruktion der Parkettbretter und des Tafelparketts verändert. Ihre Qualität hat sich dadurch nicht verschlechtert, doch der Verbrauch an Hartholz ging um 10 % zurück. Die Erzeugniskosten konnten um 632 000 Rubel gesenkt werden.

Ein wirkungsvolles Mittel zur Senkung des Materialaufwandes bei Tischlereierzeugnissen ist die kombinierte Verwendung von Holz und Chemieerzeugnissen. Beispielsweise entfällt bei einer Verkleidung der Türflügel mit Polyvinylfolie die Verkleidung mit Messerschnittfurnier. Auf diese Weise kann Holz eingespart werden. Der Arbeitsaufwand geht um 40 % zurück, und die Herstellungstechnologie wird bedeutend vereinfacht. Bis zum Ende des Planjahrfünfts werden unsere Betriebe völlig zu dieser Art der Verkleidung übergehen, was zu einer jährlichen Einsparung von 735 000 Rubel führen wird.

Wenn von der Chemisierung des Bauwesens die Rede ist, muß man auch die Neuentwicklungen der Industrie an synthetischen Baustoffen sowie an Verkleidungs- und wärmeisolierenden Materialien und damit im Zusammenhang die Erfolge der Vereinigung „Stroiplastmass" erwähnen. Das Kollektiv dieses fortschrittlichen Betriebes hat sich verpflichtet, im Jahre 1973 für fast 1,5 Millionen Rubel Rohstoff einzusparen. Zum besseren Verständnis dafür, wodurch eine so große Einsparung möglich ist, soll ein Beispiel angeführt werden: In einem Jahr werden 500 000 m^2 Schichtpreßstoff von 1,0 bis 1,2 mm Stärke hergestellt. Die Fachleute wissen, daß die Herstellung einer derart dünnen Verkleidung bisher noch nicht gelungen war. In der Regel schwankt die Wandstärke des Preßstoffes zwischen 1,5 und 2 mm. Ihre Verringerung ergibt eine große Einsparung an Melaminharz und Weichmachern.

In diesem Jahr soll auch die Produktion der schalldämpfenden Gassilikatplatten „Silakpor" aufgenommen werden. Diese Erzeugnisart kann ohne Stärke hergestellt werden, die gegenwärtig in großen Mengen für die Produktion der bekannten „Akmigran"-Platten verwendet wird. Außerdem wird im Moskauer Kombinat „Mosasbotherm" bald die Herstellung von hauchdünnen Glasfasern anlaufen. Hieraus können Isolierplatten hergestellt werden, von denen ein m^3 nur 10 bis 20 kg wiegt. Dadurch wird nicht nur der Materialaufwand der Erzeugnisse gesenkt, sondern es werden auch ihre thermophysikalischen Eigenschaften verbessert.

Die Arbeiterkorrespondenten der „Sozialistitscheskaja industrija" sahen seinerzeit eine der Hauptursachen für den zu hohen Zementverbrauch in der schlechten Qualität der Zuschlagstoffe Sand, Kies und Splitt. Bereits in diesem Jahr wird die Hälfte aller in unseren Gruben gewonnenen Zuschlagstoffe klassifiziertes gewaschenes nichtmetallisches Baumaterial sein. Alle Betriebe für Stahlbetonfertigbauteile werden dann gewaschenen Sand erhalten. In den Gruben erfolgt gegenwärtig die komplexe Mechanisierung und Automatisierung des Abbaus, der Vorzerkleinerung und des Transports des nichtmetallischen Baumaterials. Außerdem wird die hydromechanische Gewinnung von Sand und Kies unter Einsatz leistungsstarker Saugbagger eingeführt.

(Aus „Sozialistitscheskaja industrija" vom 1. März 1973)

Bücher

Im August 1973 erscheinen im VEB Verlag für Bauwesen:

Autorenkollektiv/Grothe
Löschwasserversorgung in Gebäuden
1. Auflage

Backe
Werkstoffkunde für die Bauindustrie
11. Auflage

Böhnki
Technologie des Straßenbaus. 1. Auflage

Nowitzki/Schwarz
Baumaschinenkunde. 4. Auflage

Richter/Förster
Bautechnische Berechnungen. 2. Auflage

Schaller
Beschichtungslehre Bd. 2. 1. Auflage

Schönburg
Beschichtungslehre Bd. 1. 2. Auflage

Weigelt
Fliesen- und Plattenarbeiten. 1. Auflage

Wilcke
Stuck- und Gipsarbeiten. 2. Auflage

Wilcke/Berger
Dachdeckungsarbeiten. 1. Auflage

Wilcke
Gewinnen, Bearbeiten und Versetzen von Werkstein. 1. Auflage

Kurzfassung	Содержание

DK 711.451.001.1

Griebel, N.

Zwanzig Jahre Karl-Marx-Stadt – Rückblick und Ausblick

deutsche architektur, Berlin 22 (1973) 8, S. 456 bis 465, 24 Abbildungen, 4 Lagepläne

1165 wurde Chemnitz als königlicher Fernhandelsmarkt und Reichsstadt gegründet. Begünstigt durch die Lage an Handels- und Verkehrsstraßen, wuchs die Stadt im Mittelalter und in der Neuzeit zu einer bedeutenden Industriemetropole.
1945 war ein beträchtlicher Teil des Stadtinnern, große Wohngebiete, Industriezentren und wertvolle Barockbauten zerstört. Nach der ersten Aufbauetappe wurde Chemnitz 1952 Bezirksstadt und erhielt 1953 in Würdigung der revolutionären Traditionen seiner Arbeiterbewegung den Namen Karl-Marx-Stadt. Gegenwärtig beträgt die Einwohnerzahl rund 300 000 Menschen. Die im Zentrumbereich der Stadt gelegenen repräsentativen Neubauten und Freiflächen, die kulturhistorisch wertvollen Baukörper und neuentstandene Wohngebiete kennzeichnen die weitere Entwicklung der Stadt als einen wichtigen Standort von Industrie, Verkehr und Kultur. Der weitere Aufbau des Stadtzentrums und weiterer zentrumsnaher Bereiche wird bei der Verdichtung neubebauter Flächen und bei der Umgestaltung von Altbaugebieten die weitere Verbesserung der funktionellen Struktur zum Ziel haben.

УДК 711.451.001.1

Griebel, N.

456 **Двадцатилетие Карл-Маркс-Штадта – взгляд назад и перспектива**

дойче архитектур, Берлин 22 (1973) 8, стр. 456 до 465, 24 илл., 4 плана расположения

Город Кемниц был основан как королевский рынок дальней торговли и германский город в 1165 г. Благодаря его благоприятному расположению на дорогах торговли и коммуникации, город в средневековье и в новом времени развивался в значительный промышленный город. Большая часть внутреннего города, обширные жилые районы, центры промышленности и драгоценные сооружения в стиле барокко были разрушены в 1945 г. После первого этапа реконструкции, Кемниц в 1952 г. стал окружным городом. В 1953 г. он получил название Карл-Маркс-Штадт в признании революционных традиций его рабочего движения. Численность населения в настоящее время ок. 300 000 человек. Расположенные в центре города репрезентативные новостройки и незастроенные места, ценные с точки зрения истории культуры сооружения и ново возведенные жилые районы характеризуют дальнейшее развитие города как важного места индустрии, сообщения и культуры. Дальнейшая застройка центра города и дальнейших близких к центру областей служит дальнейшему улучшению функциональной структуры при уплотнении новозастроенных мест и при переоформлении областей старой застройки.

DK 711.58(47+57)

Rietdorf, W.

Neue Wohngebiete in Moskau und Vilnius

deutsche architektur, Berlin 22 (1973) 8, S. 466 bis 475, 18 Abbildungen, 7 Modellfotos, 6 Lagepläne

1971 bis 1975 werden in der Sowjetunion 580 Millionen m² Wohnfläche neu geschaffen – das sind Wohnungen für rund 60 Millionen Menschen. An Schwerpunktstandorten der Entwicklung der Produktivkräfte entstehen jährlich rund 20 neue Städte und 50 Siedlungen mit städtischem Charakter. Hier werden einige neue Wohngebiete in Moskau und Vilnius vorgestellt. Die Wohngebiete Weschnjaki-Wladytschino und Iwanowskoje in Moskau und die Wohngebiete Zirmunai, Lazdynai und Karoliniskes in Vilnius bieten rund 290 000 Menschen neue Wohnungen. Typisch für alle neuen Wohngebiete sind die optimale Gliederung der städtebaulichen Strukturen, die Anwendung rationalisierter Typenprojekte, die sorgfältige Planung der Freiräume, die Experimentierfreudigkeit der Architekten und die enge Zusammenarbeit zwischen der Projektierung und der Bauausführung.

УДК 711.58 (47+57)

Rietdorf, W.

466 **Новые жилые районы в Москве и Вильнюсе**

дойче архитектур, Берлин 22 (1973) 8, стр. 466 до 475, 18 илл., 7 модельных фото, 6 планов расположения

В периоде от 1971 до 1975 г. Советском Союзе намечено создать 580 млн. кв. м. новой жилой площади, т.-е. квартиры на ок. 60 млн. человек. В центрах развития производительных сил будут возникать ок. 20 новых городов и 50 поселков городского характера. В статье представлены некоторые новые жилые районы в Москве и Вильнюсе. Районы Вежняки-Владычино и Ивановское в Москве и Цирмунаи, Лаздынай и Каролинискес в Вильнюсе дают новые квартиры ок. 290 000 людям. Характерными для всех новых жилых районов являются оптимальное расчленение новых структур, применение рационализационных типовых проектов, тщательное планирование свободных пространств, радость экспериментирования архитекторов и тесное сотрудничество между проектированием и выполнением строительных работ.

DK 711.52 711.58(0.79)(100)

Näther, J.; Stingl, H.; Kuntsch, D.

Internationaler Seminarwettbewerb Warschau/Goclaw 1972

deutsche architektur, Berlin 22 (1973) 8, S. 476 bis 487, 10 Abbildungen, 13 Lagepläne, 3 Perspektiven, 6 Strukturschemata, 11 Bebauungsstrukturen

Für den Bau eines Wohngebietes für 100 000 Einwohner in Warschau und zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Architektenverbänden wurde Anfang 1972 ein internationaler städtebaulicher Wettbewerb vom Verband Polnischer Architekten (SARP) ausgeschrieben, an dem sich zehn Entwurfskollektive aus acht Großstädten beteiligten. Nach Abgabe der Wettbewerbsunterlagen (die in unserem Beitrag vorgestellt werden) begann die zweite Phase des Wettbewerbs, ein anschließendes Seminar in der Stadt Kasimierz. In interessanten Begegnungen und Diskussionen wurden alle eingereichten Arbeiten analysiert und ausgewertet.

УДК 711.52 711.58 (0.79) (100)

Näther, J.; Stingl, H.; Kuntsch, D.

476 **Международный конкурс семинаров Варшава/Гоцлав 1972 г.**

дойче архитектур, Берлин 22 (1973) 8, стр. 476 до 487, 10 илл., 13 планов расположения, 3 перспективы, 6 схем структуры, 11 структур застройки

Для постройки жилого района на 100 000 жителей в Варшаве и в целях способствования сотрудничеству между социалистическими союзами архитекторов Союз архитекторов Польши открыл в начале 1972 г. международный градостроительный конкурс, в котором участвовали десять коллективов проектантов из восьми крупных городов. После отдачи материалов конкурса (которые представляются в нашей статье) началась вторая фаза конкурса – семинар в г. Казимирце. Все предложенные работы были анализированы и оценены в рамках интересных встреч и обсуждений.

DK 725.7/.9

Luther, H.

Stadthalle der Freundschaft in Suhl

deutsche architektur, Berlin 22 (1973) 8, S. 488 bis 494, 12 Abbildungen, 6 Grundrisse

Die städtebauliche Lösung des Stadtzentrums in Suhl ist das Ergebnis eines 1966 durchgeführten Wettbewerbs. Die Konzeption wurde im Frühjahr 1968 durch das Büro für Städtebau des Rates des Bezirkes Suhl im Zusammenwirken mit der Bauakademie der DDR überarbeitet. Das Politbüro des ZK der SED und das Präsidium des Ministerrates der DDR bestätigten das Vorhaben, in Suhl nach dem Vorbild der Leningrader Jubiläumshalle eine Stadthalle zu errichten. Der Standort der Halle befindet sich im zentralen Punkt des Stadtzentrums. Sie ist von bestehenden und geplanten gesellschaftlichen Bauten wie Kulturhaus, Haus der Bildung, Schwimmhalle, Warenhaus, Rat des Bezirkes, Hotel und einer Reihe von Gaststätten umgeben. Da außer der täglichen sportlichen Nutzung auch politische oder kulturelle Großveranstaltungen, festliche Bälle, Konferenzen, Ausstellungen usw. durchgeführt werden können, wird die Halle zur ständigen Belebung dieses zentralen Bereiches beitragen.

УДК 725.7/.9

Luther, H.

488 **Городской зал дружбы в г. Зуле**

дойче архитектур, Берлин 22 (1973) 8, стр. 488 до 494, 12 илл., 6 гориз. проекций

Градостроительственное решение центра города Зуля является результатом проведенного в 1966 г. конкурса. Концепция была переработана весной 1968 г. бюро градостроительства совета округа Зуля в содействии с Академией строительства ГДР. Политбюро ЦК СЕПГ и Президиум Совета Министров ГДР подтвердили намерение постройки в Зуле городского зала по примеру ленинградского юбилейного зала. Место сооружения зала находится в центральной точке центра города. Вокруг него – существующие или запланированные общественные здания как дом культуры, дом образования, крытый бассейн для плавания, универмаг, дом совета округа, гостиница и ряд ресторанов. Зал будет значительно способствовать постоянному оживлению этой центральной области, так как он открывает возможность проведения целого ряда мероприятий, как напр. спортивных, политических и культурных мероприятий, балов, конференций, выставок и т. д.

DK 330.142.21.003.2:711.58

Schwarzbach, H.; Täger, F.; Eberlein, K.

Zur städtebaulichen Investitionsvorbereitung im komplexen Wohnungsbau

deutsche architektur, Berlin 22 (1973) 8, S. 497 bis 500, 3 Schemata

In der Vorbereitungsphase zum komplexen Wohnungsbau sind besonders die Fragen der einheitlichen Leitung und Planung, der Abgrenzung der Verantwortungsbereiche, der rechtzeitigen Erarbeitung der Dokumentationen und der rationellen Gestaltung des Prozeßablaufes als vorrangig zu werten. Zu dieser aktuellen Problematik wurde am Weiterbildungsinstitut für Städtebau und Architektur der Hochschule für Architektur und Bauwesen ein Lehrgang durchgeführt. Die Autoren erläutern die Ergebnisse des Fallbeispieles für die Ausarbeitungen der langfristigen Konzeption, der Dokumentation und des verbindlichen Angebots zur Grundsatzentscheidung, auch an Hand von Blockschaltbildern des Prozeßablaufes.

УДК 330.142.21.003.2:711.58

Schwarzbach, H.; Täger, F.; Eberlein, K.

497 **О градостроительной подготовке капитальных вложений в комплексном жилищном строительстве**

дойче архитектур, Берлин 22 (1973) 8, стр. 497 до 500, 3 схем

В фазе подготовки комплексного жилищного строительства первые места занимают вопросы единого управления и планирования, ограничения административных областей, своевременной выработки документаций и рационального оформления хода процессов. Институт дальнейшей квалификации в областях градостроительства и архитектуры у ВУЗа архитектуры провел курс обучения по этой актуальной проблематике. Авторы объясняют результаты примерного случая по выработкам долгосрочной концепции, документации и обязательного предложения для принципиального решения. В этом применены также диаграммы хода процесса.

Summary

DK 711.451.001.1

Griebel, N.

Twenty-Year History of Karl-Marx-Stadt – Retrospective and Outlook 456

deutsche architektur, Berlin 22 (1973) No. 8, pp. 456–465,
24 illustrations, 4 layouts

Chemnitz was founded as a royal trade centre and free imperial city back in 1165. It was favourably situated close to trade and transport routes and, therefore, became an important manufacturing and even industrial centre in the Middle Ages and more recently.
Vast parts of the centre, housing quarters, industrial areas, and valuable baroque buildings were found to be destroyed in 1945. Chemnitz was declared a county capital after its first reconstruction phase in 1952, and in 1953 the city was renamed Karl-Marx-Stadt in honour of its revolutionary working class traditions. Today, its population is roughly 300,000. Centrally situated are respectable new buildings, open spaces, structures of cultural and historic value, and new housing areas which, in fact, outline the future of the city as an important areas centre of industrial activity, transport, and culture. Reconstruction of both the centre and additional sub-centres is going on and is geared to further improving the functional structure of the whole city by a variety of approaches, including higher density of new building areas and reshaping of old-age building areas.

DK 711.58(47+57)

Rietdorf, W.

New Housing Areas in Moscow and Vilnius 466

deutsche architektur, Berlin 22 (1973) No. 8, pp. 466–475,
18 illustrations, 7 model photographs, 6 layouts

The dwelling area completed in the USSR between 1971 and 1975 will account for 580 million square metres, providing new flats for some 60 million people. Some 20 new towns and 50 urban settlements are being built annually in priority areas where productive forces will undergo above-average development. Some new housing areas of Moscow and Vilnius are described in this article. They are Veshnyaki-Vladychino and Ivanovskoye in Moscow as well as Zirmunai, Lazdynai, and Karoliniskes in Vilnius where dwellings are completed for about 290,000 dwellers. Characteristics typical of all the new housing areas optimum organisation in terms of urban design, system construction, careful planning of open spaces, architectural experimentation, and adequate coordination of design with site works.

DK 711.52 711.58(0.79)(100)

Näther, J.; Stingl, H.; Kuntsch, D.

International Competition and Seminar Warsaw/Goslav 1972 476

deutsche architektur, Berlin 22 (1973) No. 8, pp. 476–487,
10 figs., 13 layouts, 3 perspectives, 6 structures diagrams, 11 town planning structures

An international town planning competition in which ten design teams from eight big cities took part was launched by the Association of Polish Architects early in 1972. Subjects included the construction of a housing area for 100,000 dwellers in Warsaw and encouragement of cooperation between the associations of architects in socialist countries. Submission of entries (which are described in this article) was followed by the second phase of the competition, a seminar in the city of Kasimierz. All entries received by the competition committee were analysed and evaluated in interesting meetings and discussions.

DK 725.7/.9

Luther, H.

Friendship Community Hall in Suhl 488

deutsche architektur, Berlin 22 (1973) No. 8, pp. 488–494,
12 figs., 6 floor plans

The urban solution found for the centre of Suhl actually has resulted from a competition in 1966. In spring 1968, the concept was revised by the town planning bureau of the county council in cooperation with the Academy of Building of the GDR. The project to complete in Suhl a community hall after the model of the Jubilee Hall in Leningrad then was approved of by the Political Bureau in the Central Committee of the Socialist Unity Party of Germany and by the Presidium of the Council of Ministers of the GDR. The site of the hall is at a focal point in the centre. It is or will be surrounded by existing or planned public buildings, such as a house of culture, a house of education, a swimming hall, a department store, the headquarters of the county council, a hotel, and a number of restaurants. The hall will be designed for multipurpose usage, sports, political meetings, cultural events, halls, conferences, exhibitions, and the like, and, therefore, it will, no doubt, be a permanent source from which life in this central area is activated.

DK 330.142.21.003.2:711.58

Schwarzbach, H.; Täger, F.; Eberlein, K.

Preparation of Town Planning Investment in Complex Housing Construction 497

deutsche architektur, Berlin 22 (1973) No. 8, pp. 497–500,
3 diagrams

When complex housing construction schemes are to be prepared, i.e. design and completion of housing with all amenities, priority consideration should be given to integrated and straightforward planning and management, clear-cut distribution of responsibilities, early preparation of documentation, and economised scheduling of all processes involved. These topical problems were the subjects of a refresher course organised by the Upgrading Institute for Town Planning and Architecture in the College of Architecture and Building. Explanations and block diagrams are presented by the authors in describing the results of a case example by which to prepare a long-range concept, the drawings and specifications and other documentation, as well as a definite quotation for decision-making.

Résumé

DK 711.451.001.1

Griebel, N.

Vingtième anniversaire de Karl-Marx-Stadt – rétrospective et prévision

deutsche architektur Berlin, 22 (1973) 8, p. 456–465,
24 fig., 4 tracées

Chemnitz, centre marchand royal et ville libre, fut fondé en 1165. Grâce à sa situation aux routes commerciales et chemins de grande communication, cette ville s'épanouit au moyen âge et temps moderne en un métropole importante d'industrie.
En 1945, un pourcentage considérable du centre-ville, des zones résidentielles et bâtiments baroques à valeur historique furent détruits. A la fin de la première phase de sa reconstruction, Chemnitz devint, en 1952, capitale d'une région et en 1953, comme appréciation des traditions révolutionnaires de son mouvement ouvrier, elle fut nommé Karl-Marx-Stadt. Cette ville compte à présent 300 000 habitants environ. Les bâtiments nouveaux représentatifs et espaces libres au centre-ville, les bâtiments architecturaux historiques et les zones d'habitation nouvelles caractérisent le développement continu de la ville comme centre important d'industrie, communication et culture. La construction future du centre-ville et des zones à proximité du centre sera orientée, par la comprimation des espaces bâtis à nouveau et la réorganisation des zones des anciens bâtiments, à l'amélioration de la structure fonctionelle.

DK 711.58(47+57)

Rietdorf, W.

Zones d'habitation nouvelles à Moscou et Vilnius

deutsche architektur Berlin 22 (1973) 8, p. 466–475,
18 fig., 7 photos de maquettes, 6 tracés

Dans la période entre 1971 et 1975 580 million m² surfaces habitables nouveaux furent construites en Union Soviétique – cela signifie des habitations pour 60 million habitants environ. Dans les centres prioritaires du développement des forces productrices 20 villes nouvelles et 50 implantations au caractère de ville sont construites chaque an. Cette article donne un aperçu sur quelques zones d'habitation nouvelles à Moscou et Vilnius. Les zones d'habitation Vechniaki-Vladytchino et Ivanovskoie à Moscou et les zones résidentielles Zirmunai, Lazdynai et Karoliniskes à Vilnius offrent des habitations nouvelles à 290 000 habitants environ. La division optima des structures urbanistiques, la construction des projets-types normalisés, la planification soigneuse des espaces libres, l'enthousiasme pour les expériences de la part des architectes et la coopération étroite entre les bureaux d'étude du projet et l'exécution des travaux sont les traits caractéristiques de toutes les zones d'habitation nouvelles.

DK 711.52 711.58(0.79)(100)

Näther, J.; Stingl, H.; Kuntsch, D.

Concours international et seminaire Varsovie/Goclav, 1972

deutsche architektur Berlin, 22 (1973) 8, p. 476–487,
10 fig., 13 tracés, 3 vues persp., 6 schémas de structure, 11 struct. de bât.

Au début de 1972, l'Union des Architectes Polonais (SAPR) avait organisé un concours international urbanistique pour la construction d'une zone d'habitation pour 100 000 habitants à Varsovie et pour l'augmentation de la coopération entre les unions socialistes des architectes, concours auquel participaint dix collectifs d'architectes de huit grandes villes.
Après la remise des projets du concours (auquels se réfère le présent article) la deuxième phase du concours commençait, un seminaire dans la ville de Kasimierz. Tous les travaux remis furent analysés et évalués dans les rencontres et discussions très intéressantes.

DK 725.7/.9

Luther, H.

Hall de ville de l'amitié à Suhl

deutsche architektur Berlin, 22 (1973) 8, p. 488–494,
12 fig., 6 plans horiz.

La solution urbanistique du centre-ville de Suhl est le résultat d'un concours organisé en 1966. Le bureau d'urbanisme du Conseil de la région de Suhl avait révisé la conception, au printemps 1968, en coopération avec l'Académie du Bâtiment dans la RDA. Le bureau politique du Comité Central du Parti Socialiste Unifié d'Allemagne (SED) et la présidence du Conseil des Ministres de la RDA avaient confirmé le projet visant à construir à Suhl un hall de ville, inspiré du hall d'anniversaire à Léningrad. Le hall de ville est situé au noyau central du centre-ville. Il est entourné des bâtiments publics existants et planifiés comme maison de culture, maison de l'éducation publique, hall de natation, magasin, bâtiment du Conseil de la région, hôtel et un nomre de restaurants. Le hall de ville contribuera à l'animation de cette zone centrale et permettra, en dehors de l'usage journalier pour les buts du sport, l'organisation des grands événements politiques ou culturels, des bals, conférences, expositions etc.

DK 330.142.21.003.2:711.58

Schwarzbach, H.; Täger, F.; Eberlein, K.

Quelques observations sur la préparation des investissements urbanistiques pour la construction complexe des immeubles d'habitation

deutsche architektur Berlin, 22 (1973) 8, p. 497–500,
3 schémas

Dans la phase préparatoire du bâtiment résidentiel complexe les questions de la direction et planification uniformes, de la délimitation des sphères de responsabilité, de l'élaboration à temps des documentations et du déroulement rationnel du procès sont les plus importantes. Un seminaire de l'Institut d'Enseignement d'Urbanisme et Architecture auprès de l'Ecole d'Architecture et du Bâtiment avait pour sujet ces problèmes. Les auteurs discutent les résultats du cas praxique des élaborations de la conception à long terme, de la documentation et de l'offre définitif relativ à la décision principale, en tenant compte des diagrams par bloc du déroulement du procès de construction.



Schloß Augustusburg
Schloß Breitungen
Schloß Molsdorf
Schloß Rammenau
Schloß Spyker
Operncafé Berlin
Secundogenitur Dresden
Teehäuschen Dessau
Schloßgartensalon und Orangerie Merseburg
Kulturhaus Hans Marchwitza Potsdam
Stadthauskeller Weimar
Ermelerhaus Berlin
Zum Weinberg Wismar
Hohe Lilie Erfurt
Waldschänke Moritzburg
Eselsmühle Halle-Neustadt
Holländerwindmühle Dorf Mecklenburg
Moritzburg Halle
Weinkeller Buttergasse Magdeburg
Kasseturm Weimar
Nicolaiturm Eisenach
Zum Kaffeebaum
Zills Tunnel
Weinstube Plovdiv und Barthels Hof Leipzig
Alter Schwan Erfurt
Zur Goldenen Kanne und Zu den Schwänen Prag
Unter dem Rathausrad
Zur Königin Elisabeth
Feste Spielberg Brno

Bach / Driefer / Groß

Gaststätten in historischen Bauten

1. Auflage, 204 Seiten, 254 Abbildungen davon 175 Fotos, zum Teil farbig, 5 Tafeln, Leinen, etwa 46,— M, Sonderpreis für die DDR etwa 37,— M
Bestell-Nr. 5615076

VEB Verlag für Bauwesen Berlin

Index 31409